



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

8. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 30. Januar 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt**Fragestunde**

– Drucksache 4/175 –	241
Torsten Renz, CDU	241
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	241

Antrag der Fraktion der CDU:

Reform der öffentlichen Verwaltung

– Drucksache 4/164 –	241
Eckhardt Rehberg, CDU	241, 252
Minister Dr. Gottfried Timm	243, 254, 255
Reinhardt Thomas, CDU	246, 255
Heinz Müller, SPD	246, 249, 250
Dr. Armin Jäger, CDU	250
Gabriele Schulz, PDS	250

**Persönliche Bemerkung des
Abgeordneten Gerd Walther, PDS,
gemäß § 88 GO LT**

Beschluss	255
-----------------	-----

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:

**Föderalismus voranbringen –
Länderkompetenzen stärken**

– Drucksache 4/47 –	255
---------------------------	-----

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechts- und Europaausschusses**

– Drucksache 4/172 –	255
----------------------------	-----

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD, CDU und PDS**

– Drucksache 4/195 –	255
Bodo Krumbholz, SPD	255
Karsten Neumann, PDS	256
Sylvia Bretschneider, SPD	258
Peter Ritter, PDS	261
Michael Ankermann, CDU	261
Angelika Gramkow, PDS	264
Beschluss	266

Antrag der Fraktion der CDU:

**Stärkung der politischen Bildung
in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/165 –	266
Ilka Lochner-Borst, CDU	266
Mathias Brodtkorb, SPD	267
Dr. Gerhard Bartels, PDS	267
Vincent Kokert, CDU	268
Beschluss	270

Antrag der Fraktion der CDU:

Zahlungsmoral in Mecklenburg-Vorpommern

– Drucksache 4/166 –	270
Dr. Ulrich Born, CDU	270
Minister Erwin Sellering	273
Rudolf Borchert, SPD	275
Dr. Martina Bunge, PDS	277
Egbert Liskow, CDU	278
Beschluss	280

Antrag der Fraktion der CDU:

Eurorapid

– Drucksache 4/162 –	280
Dr. Ulrich Born, CDU	280, 284
Minister Dr. Otto Ebnet	282
Jochen Schulte, SPD	283, 284
Gesine Skrzepski, CDU	285
Birgit Schwebs, PDS	288
Andreas Petters, CDU	290
Beschluss	293

Nächste Sitzung

Mittwoch, 12. März 2003	293
-------------------------------	-----

Beginn: 9.33 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 8. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/175 vor.

Fragestunde**– Drucksache 4/175 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur, hierzu die **Fragen 1 und 2** der Abgeordneten Kerstin Fiedler, Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Präsidentin! Werte Damen und Herren! Frau Fiedler steht leider noch im Stau aufgrund des berechtigten Demonstrationszuges der Handwerker. Deswegen übernehme ich die Fragen hier. Wir haben folgende Fragen an den Minister:

1. Am 30. Januar 2003 beschließt die Amtschefkonferenz der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder die Imagekampagne für Lehrkräfte. Unsere Frage ist: Nimmt Mecklenburg-Vorpommern an dieser Kampagne teil?

(Angelika Gramkow, PDS: Die hat sie doch schon mal gestellt, die Frage.)

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Renz, einfache, klare Antwort: Ja, Mecklenburg-Vorpommern nimmt daran teil. Erlauben Sie mir nur einen ganz kleinen Hinweis. Diese Amtschefkommission der Kultusminister kommt jetzt gerade in diesen Stunden zusammen, aber fasst noch keinen Beschluss, sondern trägt die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe Imagekampagne zusammen. Darin sind vertreten Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Auf dieser Grundlage soll dann beschlossen werden, wer sich daran alles beteiligt. Wir werden uns auf jeden Fall beteiligen.

Torsten Renz, CDU: Das heißt, dass der zweite Teil unserer Anfrage sich erledigt hat. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es dazu kommt. – Danke schön.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herzlichen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Es liegen keine weiteren Fragen vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Reform der öffentlichen Verwaltung, Drucksache 4/164.

Antrag der Fraktion der CDU:
Reform der öffentlichen Verwaltung
– Drucksache 4/164 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Koalition und Regierung sind einig dahin gehend, dass in Mecklenburg-Vorpommern eine Reform der öffentlichen Verwaltung notwendig ist. In eindrucksvoller Weise – auch die Hochglanzbro-

schüre ist schon fertig – hat die Landesregierung uns in ihrem Eckpunktepapier zur Reform der öffentlichen Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern vorgerechnet, welche Besorgnis erregenden Auswirkungen der bereits eingetretene und der noch zu erwartende Bevölkerungsverlust auf die Kostenrelation Verwaltung pro Einwohner und die Finanzausstattung des Länderfinanzausgleichs hat. Und weiter wurde auch in eindrucksvoller Art und Weise dargelegt, dass Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Stellenbestand aller deutschen Flächenländer hat, wohl-gemerkt Personalstellen der Landesverwaltung, nicht Personalstellen der Kommunalverwaltung, und sich dies auch in Anbetracht weiterer erheblicher Steuermindereinnahmen nicht mehr leisten kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich kann mir die Bemerkung nicht verkneifen: Wenn die CDU eine derartige Lageeinschätzung abgegeben hätte, hätten Sie damit gekontert, dass die CDU das Land schlechtredet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber, wie gesagt, die Ausgangslage und damit der Reformbedarf sind ja inzwischen unstrittig.

Wie soll nun die Reform durchgeführt werden? Der Fisch, so sagt ein altes Sprichwort, fängt am Kopf an zu stinken. Ich denke, dies ist auch richtig im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform. Damit will ich sagen, dass die Reform erst oben auf der Regierungsebene anfangen muss und nicht unten auf der Kreis- und Gemeindeebene.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich habe einmal nachgerechnet, Sie haben heute einen Minister, einen Staatssekretär und elf Abteilungsleiter mehr als 1990, als diese Landesregierung gebildet und dieses Land gegründet wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich habe nur einen Vergleich: Wir haben in diesem Landtag 1990 195 Gesetze verabschiedet, davon waren drei Viertel Vollgesetze – Funktionalreform, Kreisgebietsreform, Schulgesetz, Kommunalverfassung. Sie haben in den letzten vier Jahren gerade mal 74 Gesetze in diesen Landtag eingebracht,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

davon sind viele Gesetze lediglich kleine Korrekturen gewesen. Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen nur sagen: Diese wenigen Zahlen zeigen, dass es wirklich an der Zeit ist, dass Sie damit beginnen, oben anzufangen, Personal abzubauen, bei den Ministern, bei den Abteilungsleitern, und Strukturen zu schaffen, die dieses Land in die Zukunft führen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das ist Ihre Aufgabe.

Und, Herr Ministerpräsident, was mich schon ein Stück weit wundert, ist, dass derjenige, der zitiert wurde, bisher nicht sein Zitat korrigiert hat. „Nordkurier Haff-Zeitung“, 30. Dezember 2002, Überschrift: „Ringstorff gegen weniger Ministerien“ ... ‚Der Wunsch nach Kürzung der Zahl der Landesministerien ist berechtigt, doch reflektiert er nicht, dass während der Koalitionsverhandlungen im Land der größere Partner keine Luft an diesen Punkt ließ‘, reagierte der PDS-Landtagsabgeordnete Gerd Walther auf die Wortmeldung seiner Kollegin Kerstin Fiedler (CDU) ...“ Und weiter: „Alles bleibt wie es ist! Mit diesem bezeich-

nenden Spruch des Ministerpräsidenten sei leider vieles, auch was Strukturfragen anging, geregelt worden, erläuterte Walther.“ Das kann für mich nur der Schluss sein, Herr Ministerpräsident, dass Sie offenkundig höchstpersönlich der Bremsklotz dabei sind, dieser Landesverwaltung, dieser Landesregierung endlich eine zukunftsfähige Struktur zu geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die PDS muss ich natürlich fragen: Wie ernst nehmen Sie Ihre eigenen Ankündigungen aus den Jahren 1996, 1998? Damals wollten Sie sechs Ministerien haben, heute sind Sie froh mit neun.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber es lebt sich ja offenkundig auch gut mit drei als nur mit zwei Ministern.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das stimmt allerdings.)

Hier steht offenbar nicht die Zukunft des Landes im Vordergrund, sondern das eigene parteitaktische Interesse.

(Angelika Gramkow, PDS: Das wäre bei
Ihnen wohl anders, Herr Rehberg? –
Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir – Frau Kollegin Gramkow, ich gehe darauf noch ein – haben ganz konkret bis auf die Abteilung im Wahlkampf gesagt, was wir machen werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, aber die absolute
Mehrheit ist Ihnen allerdings erspart geblieben.)

Nehmen Sie sich mal den Bund der Steuerzahler. Das Hesse-Gutachten liegt doch nun schon seit drei Jahren auf dem Tisch dieses Hauses, auf jedem Tisch von uns. Und hier ist – Wortzitat – gesagt worden: „Ausgangspunkt“ – ich unterstreiche, Ausgangspunkt – „für eine nachhaltige Staats- und Verwaltungsreform ist eine leistungsfähige Landesregierung.“ Das stellt Professor Hesse im Jahr 1999 fest. Das heißt doch, zuerst muss die Ministerialebene reduziert, neu organisiert und konzentriert werden. Interne Organisationsstrukturen und Abläufe müssen gestrafft und Vollzugsaufgaben in den nachgeordneten Bereich übertragen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum schafft es unser Nachbarland Schleswig-Holstein, mitten in einer Legislaturperiode – übrigens, hochinteressant für mich – eine grundlegende Struktur umzusetzen, die die CDU Mecklenburg-Vorpommerns in ihrem Wahlprogramm im Jahr 2002 hatte? Wirtschaft und Arbeit werden zusammengefügt. Was wir nicht gemacht hätten, das Landwirtschaftsministerium aufgelöst und verteilt. Wir hätten einfach Landwirtschaft und Umwelt zusammengefügt. Aber Frau Simonis schafft es mitten in der Legislaturperiode, auch noch ein Ministerium zu reduzieren. Herr Ministerpräsident, nehmen Sie sich doch an Ihrer Amts- und Parteikollegin Heide Simonis ein Beispiel!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Einfach tun!

Übrigens, Sie fahren ja auch die Existenzgründerkampagne „Einfach anfangen“. Nehmen Sie sie ernst, ich denke, dann sind wir ein Stück weiter.

Und sie begründet das noch wie folgt: „Um in einem schnell wachsenden Wettbewerb auf europäischer und globaler Ebene zu bestehen, braucht man eine Konjunktur- und Strukturpolitik aus einer Hand.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist so.)

Da können Sie natürlich sagen, was spart man denn dabei? 130.000 Euro kostet ein Minister beziehungsweise ein bisschen weniger ein Staatssekretär im Jahr. Aber da frage ich Sie: Was kostet schon ein Landrat? Die Frage ist doch berechtigt zu stellen. Sie haben das Argument, dass man mit der Zusammenlegung von Behörden, von Strukturen erhebliche Mittel einsparen kann. Warum nehmen Sie nicht das gleiche Argument für Ihr politisches Handeln als Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern?

(Beifall Harry Glawe, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, wie bewegt und motiviert man eigentlich Menschen mitzumachen? Reformen sind in der Regel, wenn sie denn wirkliche Reformen sind, Einschnitte, auch dadurch motiviert, eigene Anstrengungen zu unternehmen, sparsam, wirtschaftlich und effektiv sowie glaubwürdig zu sein. Wenn Sie die kommunale Ebene wirklich mitnehmen wollen, Herr Ministerpräsident, dann müssen Sie mit gutem Beispiel vorangehen. Und das Argument kann nicht zutreffend sein, dass man hier bis zum Jahr 2006 wartet. Übrigens, wenn man so etwas wirklich ernsthaft will, dann macht man es zu Beginn einer Legislaturperiode. Es ist zwar so, dass die Struktur einer Landesregierung in die Organisationshoheit des Ministerpräsidenten fällt, aber in der Regel ist es so, dass in Koalitionsverträgen vereinbart wird, wie Strukturen in der Landesregierung aussehen.

Meine Damen und Herren, Sie werden sagen, die CDU hat ja kein Konzept.

(Angelika Gramkow, PDS:
Nö, haben Sie auch nicht.)

Wir haben extra deswegen in die Begründung unseres Antrages einen Vorschlag hineingelegt. Das hat nicht nur etwas mit Reduzierung zu tun, das hat – ich fasse das noch einmal zusammen – auch und viel mit Strukturen zu tun. Warum nicht Landwirtschaft und Umwelt zusammenfügen, gerade mit Blick auf die europäische Entwicklung? Welche Begründung gibt es heute noch bei den vielen Querschnitten dafür, dass diese beiden Ressorts auseinander liegen? Welche Begründung gibt es noch? Aber wenn ich den Herrn Landwirtschaftsminister Dr. Backhaus, wenn mir das richtig gesagt worden ist, auf dem Kreisbaurntag in Mecklenburg-Strelitz gehört habe, dann will er an die Landwirtschaftsämter gar nichts herankommen lassen. Aber gerade das Thema Staatliche Ämter für Umwelt und Natur und Landwirtschaftsämter, das packe ich doch viel besser an, wenn es strukturell in einer Hand liegt, und viele andere Dinge mehr, extensive Nutzung, ökologischer Landbau und so weiter und so fort.

(Beifall Renate Holznagel, CDU)

Oder wie ist es denn damit: Es war ständig Programm bei Ihnen, wir bündeln Förderprogramme, wir bündeln Existenzgründung. Was ist daraus geworden? Heute macht Herr Ebnet dies, Herr Holter macht jenes und das Landesförderinstitut ist auch noch da. Herr Ministerpräsident, packen Sie Wirtschaft und Arbeit zusammen und dann wissen die Handwerker draußen, die heute demons-

triert haben, ich habe eine Stelle, an die ich mich wenden kann!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Übrigens, was Sie den Handwerkern noch erklären müssen, ist, warum Sie durch den Seiteneingang ins Schloss gegangen sind und sich nicht den Fragen der Handwerker gestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das müssen Sie den Handwerkern unten noch erklären.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was in Berlin richtig ist, das muss doch in Schwerin nicht falsch sein. Wenn Sie es politisch ernst nehmen – und das halten auch wir von der CDU für sinnvoll und vernünftig –, dass in den Kindertagesstätten Bildung und Erziehung einen höheren Stellenwert bekommen, dann packen Sie die Abteilung wieder in das Kultusministerium zurück. Kindertagesstätten, Jugend und Sport gehören ins Kultusministerium, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie haben das doch 1998 nur aus machtpolitischen Erwägungen aus dem Kultusministerium herausgenommen. Wenn Sie sich politisch selber ernst nehmen, dann gehören die Kindertagesstätten, die Jugendpolitik und die Sportpolitik ins Kultusministerium.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das heißt, unser Vorschlag hat nicht nur etwas mit Reduzierung zu tun. Unser Vorschlag hat auch etwas damit zu tun, dass wir nicht mehr in der Zeit des Aufbaus dieses Landes sind und dass wir auch nicht mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese immense Arbeit in der Landesverwaltung haben. Ich gehe in der Aussprache noch darauf ein, wie wirklich in diesem Land Personal abgebaut wird.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Herr Ministerpräsident, was überhaupt nicht mehr geht, das ist eine Postenversorgung, wie Sie sie betreiben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist schlimm, ja.)

Herr Ministerpräsident, es gibt im Finanzministerium eine Abteilung, die heißt finanzpolitische Grundsatzfragen. Die hat zwei Referate und einen Abteilungsleiter, Herrn Dr. Udo Knapp. Herr Ministerpräsident, um wirklich politisch glaubwürdig zu sein, schaffen Sie diese Abteilung ab! Machen Sie mit Herrn Knapp, was Sie wollen! Der war erst im Kultusministerium, da war er schon fehl am Platze.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Da hat er schon
einen Großschaden gemacht.)

Im Finanzministerium ist er auch fehl am Platze.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie wirklich dringend dazu auf, wenn Sie das Wort Verwaltungsreform glaubwürdig in den Mund nehmen wollen, das ist der erste Schritt, um Glaubwürdigkeit zu erlangen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor uns liegt ein Antrag unter der anspruchsvollen Überschrift „Reform der öffentlichen Verwaltung“.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Inhalt dieses Antrages besteht aus einem Sechsteiler. Darin heißt es: Die Ministerien sind von neun auf sieben zu reduzieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist die Reform der öffentlichen Verwaltung nach den Vorstellungen der CDU.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Auch als Minister müssen Sie schon ein bisschen mehr lesen. Drei Zeilen lesen reicht auch für einen Minister nicht.)

Meine Damen und Herren, hier heißt es nicht etwa ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das reicht nicht!)

Herr Dr. Born, nun bleiben Sie mal ganz ruhig, bleiben Sie mal ganz ruhig!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist zu wenig! Das ist zu dünn!)

Ich habe noch mehr zu sagen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ist zu dürrig.)

Bleiben Sie mal ruhig!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Hier heißt es nicht etwa „Ein kleiner Eckpunkt der Reform der öffentlichen Verwaltung nach Vorschlag der CDU“, sondern die Reform der öffentlichen Verwaltung, Reduzierung der Ministerien von neun auf sieben, Punkt.

(Gabriele Schulz, PDS: Und schon haben wir den Salat.)

Und weiter geht es nicht. Dann hören wir noch etwas von Kästchen und so, da wird etwas neu geordnet.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie müssen gerade von Kästchen reden.)

Aber mehr haben wir nicht gehört, auch von Herrn Rehberg nicht. Geendet hat das Ganze bei Herrn Rehberg, bei einem sehr versierten Landesbeamten.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Meine Damen und Herren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Im Vergleich zum Innenminister ist das vielleicht eine richtige Charakterisierung.)

Ich wünsche der CDU von Herzen – das sage ich ohne Nebengedanken – viel Erfolg. Wir selbst sagen, dass die

Zahl der Ministerien und der Landesbehörden – Herr Rehberg, die haben Sie vergessen – deutlich zu reduzieren ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Fangen Sie mal an damit! – Dr. Armin Jäger, CDU: Warum fangen Sie nicht an?)

Und Sie werden sehen, das wird am Ende auch dabei herauskommen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie haben völlig Recht, man muss das Pferd von der richtigen Seite aufzäumen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

So, das ist der entscheidende Punkt.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Nun heißt es in der Presse vom heutigen Tage, „Nordkurier“: „Die CDU unternimmt bekanntlich das aussichtslose Unterfangen, die Landesregierung per Antrag zur Verkleinerung des Kabinetts ... zu zwingen.“ Aussichtslos ist es nicht,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

es ist nur leider von der falschen Stelle aus angefangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Haben Sie Sorge, dass Sie eingespart würden? – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn ich mich frage, welche Strategie hat eigentlich die CDU beim Thema Verwaltungsreform, und mir mal so anhöre und vortragen lasse, was auf den so genannten Bildungsveranstaltungen der CDU in den Kreisen daraus erkennbar wird, dann sind da ganz interessante Sachen zu hören, zum Beispiel die Aussage, Güstrow, 22. Januar: Strukturdebatten gehören an den Schluss der Diskussion.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die gesamte Regierungsbildung gehört an den Anfang einer Regierungsarbeit. – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Jetzt sagen Sie, bei der Regierungsarbeit gehört es an den Anfang. Ich sage Ihnen, Sie haben Recht, Strukturdebatten gehören an den Schluss der Diskussion. Das gilt für die Kreise ebenso wie für die Behörden des Landes. Davor ist die entscheidende Frage zu stellen, welche Aufgaben sollen eigentlich wegfallen und neu geordnet werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Das haben Sie völlig unterschlagen, Herr Rehberg,

(Harry Glawe, CDU: Und wie haben Sie angefangen?)

und deswegen hat wohl der „Nordkurier“ für heute Recht:

(Dr. Ulrich Born, CDU: Regierungsbildung gehört an den Anfang einer Regierung.)

Es ist aussichtslos, aber nicht für alle Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich wünsche Ihnen und uns allen, dass wir diesen umfassenden Ansatz für eine Reform und Entbürokratisierung der

Verwaltung des Landes und der Kommunen schaffen, und zwar der Gemeindeverwaltung, der Kreisverwaltung und der Landesverwaltung, inklusive der Landesministerien. Wir im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, 1,7 Millionen Einwohner, plus/minus, werden heute von 360 Behörden verwaltet. Ich sage, das sind zu viel.

(Beifall Renate Holznagel, CDU –

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, warum haben Sie die?)

Ich sage, das sind zu viel, und gebe auch Herrn Rehberg Recht – ich habe das in einem Papier der CDU gelesen –, dass auch bei den Kommunen ein Personalabbau weiterhin notwendig ist. Wir haben für das Land in unseren Eckpunkten definiert, wie wir die Landespersonalentwicklung sehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Darauf werde ich noch eingehen, was Sie da so machen. Darauf werde ich noch eingehen, was Sie so veranstalten mit Personalaufbau. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Entscheidend ist allerdings, dass wir Ernst machen mit einer umfassenden Entbürokratisierung und das Ziel verfolgen, mehr Leistung bei weniger Kosten aus der Verwaltung herauszuholen. Weniger Kosten heißt letztlich weniger Behörden und heißt letztlich weniger Personal. Das ist unser Ziel und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dieses Ziel bei diesem umfassenden Ansatz auch mit uns im Auge behalten würden.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Die erste Frage ist: Welche Aufgaben fallen fort? Natürlich auch im Arbeits- und Umweltministerium, das gilt aber für alle Landesbehörden und letztlich für die gesamte Landes- und Kommunalverwaltung. Deswegen bedauere ich ein wenig, dass unter der Überschrift „Reform der öffentlichen Verwaltung“ keine Aussage zu dieser Frage in Ihrem Antrag – Herr Dr. Jäger, Sie gucken so treu – steht, nichts geschrieben, nichts dazu geschrieben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dazu werden wir Ihnen noch etwas sagen dürfen.)

Ich unterstelle Ihnen ja nicht, dass Sie kein Konzept haben, was Herr Rehberg mir unterstellt. Ich unterstelle Ihnen nur, Sie lassen nichts daraus hervorgucken. Schreiben Sie doch auf, wie Sie es machen wollen! Dann können wir gerne darüber reden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Fangen Sie doch schon mal an damit!)

Aber ohne Aufgabenkritik und ohne Deregulierung ist eine Reform der öffentlichen Verwaltung nicht zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Zweiter Punkt. Auf welcher Ebene sollen zukünftig die Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden? Das ist eine ganz entscheidende Frage für die Anzahl und die Aufgabenzuweisungen der Behörden. Sind die sechs kreisfreien Städte und die zwölf Landkreise stark genug, weitere Landesaufgaben zu übernehmen? Ich sage, nein. Das sage nicht nur ich, das sagen sogar die Landräte und Oberbürgermeister selber.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Überhaupt nicht!)

Deswegen sage ich allerdings klar und deutlich, auch die Ebene der vier Regionen in Mecklenburg-Vorpommern muss bei der Arbeit an der Verwaltungsreform ernst-

haft einbezogen werden unter dem Gesichtspunkt, ob dies eine vernünftige Aufgabenebene ist für die Verwaltung. Das kann man nicht ausklammern. Ich habe die Sorge, dass Sie an dieser Stelle nicht hingucken.

(Harry Glawe, CDU: Sie sind doch darauf angesprungen!)

Das ist meine Sorge. Wenn Sie den Kopf schütteln, bin ich froh.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dann lassen Sie uns an dieser Stelle weiterdiskutieren. Die Ebene der Gemeindeverwaltungen, um diese Aufgabenebene auch anzusprechen, hat den Zug der Zeit erkannt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie wissen selber, welche ernsthaften und konstruktiven Bemühungen es bei den Bürgermeistern und Gemeindevertretern und den Amtsausschüssen, wo diese sitzen, gibt, um eine effizientere Reform der Gemeindeverwaltung zu entwickeln. Da sind auch die Beschlüsse der Enquetekommission sehr hilfreich. Aber auch hier haben wir derzeit das Problem, dass wir eine reine Strukturdebatte haben und leider noch keine funktionale Debatte zwischen Kreisen und Gemeinden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Auch da hätte ich gerne mal einen Vorschlag der CDU gelesen unter der Überschrift „Reform der öffentlichen Verwaltung“. Aber nichts zu finden!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie rüber!)

Ich komme zu einem dritten Punkt, das ist das ganze Thema modernes E-Government.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir brauchen ein einheitliches Netzwerk zwischen Landes- und Kommunalverwaltungen, weil wir erreichen wollen, dass das Rathaus beziehungsweise das Gemeindeamt Eingangsportal für den Bürger für alle Verwaltungsdienstleistungen in Mecklenburg-Vorpommern ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann legen Sie doch ein Gesetz dazu vor!)

denn entscheidend bei der gesamten Entbürokratisierung und Funktionalreform ist letztlich die Bürgernähe und die wollen wir ausbauen. Wir brauchen kurze Wege zwischen Bürger und Verwaltung und werden das mittels eines modernen E-Governments auch schaffen.

Ich komme zur Zusammenfassung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: War das schon alles? –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nicht Ihr Ernst.)

Ich würde mich freuen, wenn wir ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, das kann nicht wahr sein. Das war die Einleitung jetzt.)

Ich habe Ihren Vorschlägen „Reform der öffentlichen Verwaltung“, Herr Born, wo nichts steht, außer die Ministerien von neun auf sieben zu reduzieren, leider nichts hinzuzufügen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben nur drei Sätze gelesen. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das merkt man, ja.)

Allerdings sage ich Ihnen auch, unsere etwas bescheidener formulierten Eckpunkte zur Reform der öffentlichen Verwaltung stelle ich gern zur Debatte.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich gehe davon aus, dass die Fraktionen des Landtages diese für die nächste Landtagssitzung auf die Tagesordnung setzen. Dann können wir sehr ausführlich über unsere Eckpunkte sprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wenn Sie das erste Mal im Ausschuss berichten.)

Ihre so genannten Reformvorschläge reichen, glaube ich, nicht weit genug. Deswegen sage ich auch, die Zahl der Ministerien steht selbstverständlich zur Disposition, aber erst einmal geht es um die Aufgabenreduzierung und die Aufgabenverlagerung und am Ende um die Strukturen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, wird eine Regierung zu Anfang gebildet oder am Ende?)

Ich sage noch einmal, die Zusammenarbeit mit allen, auch mit der CDU-Opposition, ist gewünscht. Wenn ich in der Presse lese, zum Beispiel in einer Pressemitteilung des Landkreistages, dass man mir als Innenminister vorwirft, ich hätte „alte Hüte“ formuliert bei unseren Forderungen, dann kann ich das nur als Lob auffassen. Hier scheint jetzt eine Koalition am Werke zu sein, die den Mut fasst, auch unerledigte Forderungen aufzugreifen und sie umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Das sind alte Hüte, aber die wollen wir abräumen und das ist unser Ziel.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gehen Sie mal nach Schleswig-Holstein, da können Sie was lernen!)

Die Umsetzung allerdings, meine Damen und Herren, muss vernünftig und umsichtig erfolgen. Die Bürger und die Mitarbeiter in den Verwaltungen sind mitzunehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Alles Leerformeln.)

Deswegen werden wir einen Zeitplan bei der Umsetzung zu beachten haben, der für so ein großes Vorhaben angemessen ist. Wir dürfen nicht ins Stolpern kommen und das Schrittmaß muss so sein, dass wir Schritt um Schritt das Ziel erreichen,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

keine Hektik, keine Angst, nicht mit der Brechstange. Wir werden alle Argumente abwägen und dann entsprechend des Zeitmaßes, das wir für richtig halten, auch voranschreiten.

(Der Abgeordnete Reinhardt Thomas
meldet sich für eine Anfrage.)

Insofern werden wir am Ende der Arbeit an einer umfassenden Verwaltungsreform weniger Gemeindeämter haben, weniger Kreisverwaltungen, weniger Landesbehörden, weniger obere Landesbehörden und vor allem natürlich auch weniger Ministerien, deutlich weniger Behörden insgesamt. Die heutigen 360 werden sich sehr deutlich, meine Damen und Herren, darauf können Sie sich verlassen, reduzieren. Ich wünsche Ihnen und uns allen viel Tatkraft bei dieser Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion ...

Reinhardt Thomas, CDU: Moment! Ich hatte mich schon vor sehr langer Zeit für eine Anfrage angemeldet, Frau Präsidentin.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Eine Anfrage an den Innenminister.

Reinhardt Thomas, CDU: Gestatten Sie eine Anfrage, Herr Minister?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Der Minister hat ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Er steht eine ganze Weile und wird nicht mal gefragt. Das geht nicht. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU – Minister Dr. Gottfried Timm: Am Ende der Debatte.)

Reinhardt Thomas, CDU: Ja, das ist ja wirklich starker Tobak hier! Ich stehe hier schon fünf Minuten und werde gar nicht registriert.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Der Minister ist bereit, Ihre Anfrage am Ende der Debatte zu beantworten, Herr Thomas.

(Angelika Gramkow, PDS: Das geht nicht.)

Reinhardt Thomas, CDU: Danke.

Sie sprachen von einer ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Am Ende der Debatte!

Reinhardt Thomas, CDU: Am Ende der Debatte, Entschuldigung, dann habe ich das falsch verstanden. Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Dann hat jetzt das Wort der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat ganz zu Recht schon darauf verwiesen, dass der Titel des uns vorliegenden Antrages sehr viel verspricht und dass er in der Tat ein Thema aufgreift – wir müssen nur in die Pressespiegel der letzten Tage schauen –, das in der Tat ein zentrales Thema in unserem Land ist. Und ich prognostiziere Ihnen, es wird auch ein zentrales Thema in den nächsten Monaten und Jahren bleiben.

Und wenn ich die Pressespiegel schon anspreche: In den letzten Pressespiegeln der letzten Wochen war von Seiten der CDU-Fraktion – ich weiß nicht, warum – relativ wenig zu lesen von den Mitgliedern des Sonderausschusses. Von Herrn Ringguth habe ich einen interessanten Hinweis gelesen, auf den ich nachher noch kommen werden, weil ich ihn positiv finde. Es war aber sehr viel die Rede von Herrn Rehberg und von Herrn Petters, wobei bei Herrn Rehberg mich dieses insoweit nicht verwundert, als wir seine Nähe zu dem Thema kennen, er war ja auch Mitglied in der Enquetekommission.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja richtig.)

Doch schauen wir uns einmal an, was diese beiden Herren in den letzten Wochen so von sich gegeben haben. Und wenn Sie gestatten, lassen Sie mich auch gleich

damit beginnen, was Herr Rehberg hier gesagt hat. Hier stellt sich der Vorsitzende der Oppositionsfraktion hin und berichtet mit stolz geschwollener Brust, wie viele Gesetze unter einer CDU-geführten Regierung in diesem Landtag gemacht worden sind, und er zeigt mit dem Finger auf die böse rot-rote Regierung, die viel weniger Gesetze gemacht hat.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Angelika Gramkow, PDS: Deregulierung. – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Und was haben wir vor, meine Damen und Herren? Wonach schreit das ganze Land?

(Gabriele Schulz, PDS: Nach mehr Gesetzen!)

Ich habe mir das extra mitgebracht, es lag aus einem ganz anderen Grund auf meinem Tisch. Da steht im „Nordkurier“, 29.01.2003: „Sonderausschuss des Landtages will Verwaltungsreform zügig vorantreiben“. Und jetzt kommt die Subunterüberschrift: „Kommunale Spitzenverbände erwarten Streichung überflüssiger Gesetze“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Margret Seemann, SPD: Die die CDU gemacht hat.)

Das ist genau der Punkt, Herr Rehberg! Sie haben eine ganze Menge Gesetze produziert, aber Sie haben damit genau das produziert, was wir heute wieder abschaffen wollen, nämlich Überreglementierung und eine viel zu hohe Regelungsdichte in diesem Land. Und heute haben wir die Mühe, den Mist, den Sie damals produziert haben, wieder zusammenzufügen und in geordnete Formen zu bringen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Aber lassen Sie mich auf die Mediendarstellungen der letzten Wochen eingehen. Da kam es einem manchmal so vor, als sei die Argumentation der Opposition nahezu vollständig beliebig.

(Gabriele Schulz, PDS: Ja.)

Sie kam nämlich jedes Mal, immer, wie es gerade passt, vielleicht auch, wie es die Teilnehmer einer Veranstaltung gerade hören wollten, immer aus einer anderen Ecke. Da steht dann, Herr Petters will auf die Bremse treten. Er muss also langsamer machen mit einer Reform. Ganz nebenbei, Herr Petters, wenn Papiere, die vor einem Monat vom Landrat bereits veröffentlicht worden sind und unter die Verwaltungsleitungen des Kreises Ludwigslust verteilt worden sind, jetzt als neues Papier und mit dem Hinweis: „Herr Lehrer, ich weiß was!“ verbreitet werden, kann ich nur sagen, wer mit so wenig Fachkenntnis so viel Pressearbeit macht, da kommt schon Mitleid auf!

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Vizepräsidentin Renate Holznaegel übernimmt den Vorsitz.)

Aber lassen Sie uns noch einmal zu Ihrer Argumentation kommen. Da heißt es: Petters tritt auf die Bremse, es muss langsamer gehen. Dann heißt es aber: Wenn die Landesregierung ein Eckpunktepapier vorlegt, das ist viel zu unpräzise, wir kommen damit nicht vorwärts, damit kann man nicht arbeiten. Ja, wie soll es denn gehen: Langsamer oder schneller? Konkreter oder weniger konkret?

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ach ja, und dann kommt die Argumentation: Es soll gar nicht gehen, wir brauchen das Ganze ja nicht. Auch das findet sich dann in Ihrer so genannten Argumentation. Wir brauchen ja eigentlich nur mehr Geld und schon ist die Sache erledigt, dann brauchen wir keine Reform.

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

Vielleicht kann die Ministerin mal eben so ein paar Hundert Milliönchen ausspucken. Meine Damen und Herren, wer so an das Thema rangeht, der muss sich nicht wundern, wenn er dabei nicht unbedingt ernst genommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Als Nächstes lesen wir dann die Argumentation, wir sollten doch erst einmal umsetzen, was die Enquetekommission empfohlen hat.

(Beifall Andreas Petters, CDU –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Ja, ich bin auch sehr dafür, dass wir das umsetzen, Herr Ringguth, da werden Sie mich immer auf Ihrer Seite haben, aber die Enquetekommission hat beispielsweise Zeitvorgaben gemacht. Die Enquetekommission hat beispielsweise gesagt, bei der Ämterstruktur haben wir eine Phase der Freiwilligkeit bis zum Ende des Jahres 2004.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Da muss aber jetzt das Gesetz her.)

Das heißt, warten wir jetzt bis zum Ende des Jahres 2004 oder wollen wir nicht jetzt an die Verwaltungsmodernisierung ran?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wann kommt
denn der Minister mit dem Gesetzentwurf?)

Ich sage Ihnen, wir wollen jetzt an Verwaltungsmodernisierung heran und nicht bis zum Ende des Jahres 2004 warten. Das heißt, wir werden und wir wollen umsetzen, was die Enquetekommission beschlossen hat, aber wir werden deswegen andere Dinge nicht liegen lassen.

Und ein Weiteres: Ich erinnere mich ja gut an die Beschlussfassung in der Enquetekommission. Wir haben über Ämter gesprochen und da ist der Abteilungsleiter des Innenministeriums mit einer interessanten Idee gekommen, ob wir nicht für Ämter, die mehr als 15.000 Einwohner haben – das ist im Moment nur das Amt Warnow-West, aber da werden andere dazukommen, das wissen wir –, ob wir für die nicht eine andere Struktur, innere Struktur des Amtes vorschlagen wollen. Und, Herr Dr. Jäger, Sie werden sich erinnern, wir haben das nicht als Mussformulierung gemacht, sondern wir haben gesagt, wir machen eine Option. Diese größeren Ämter sollen die Möglichkeit erhalten, wenn sie dies wünschen, einen Wahlbeamten an die Stelle von Amtsvorstehern und leitenden Verwaltungsbeamten zu setzen. So haben wir beschlossen für die Ämter von mehr als 15.000 Einwohnern! Das ist die Linie der Enquetekommission, meine Damen und Herren. Und dann lese ich in der Zeitung, dass Herr Rehberg Ämter über 15.000 Einwohner nicht zulassen will.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch
alles Blödsinn, was Sie erzählen!)

Da frage ich Sie doch, Herr Rehberg: Wo ist dies die Umsetzung der Empfehlungen der Enquetekommission, wenn die Enquetekommission für diese sehr großen Ämter sogar Strukturempfehlungen gibt?! Und Sie sagen ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: In welcher
Zeitung haben Sie das gelesen?)

Das kann ich Ihnen mitbringen, das steht in der „Schweriner Volkszeitung“.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Stimmt nicht! –
Gabriele Schulz, PDS: Die zustimmenden
Voten sind alle vergessen.)

Es ging um eine Debatte in Dorf Mecklenburg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Bleiben
Sie bei der Wahrheit, Herr Müller!
Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Ich bleibe hier bei der Wahrheit

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann lesen Sie es vor!)

und ich habe diesen Zeitungsartikel.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Holen Sie es! Holen
Sie es, zitieren Sie! – Dr. Armin Jäger, CDU:

Das wollen wir dann genau wissen. –

Eckhardt Rehberg, CDU: Aber ein

Wortzitat bitte! – Dr. Armin Jäger, CDU:

Da bin ich aber gespannt. – Gabriele Schulz, PDS:

Lassen Sie es nicht darauf ankommen!)

„Schweriner Volkszeitung“, 18.01.2003: „Fraktionsvorsitzender Eckhardt Rehberg hat mit seinen in Dorf Mecklenburg geäußerten Forderungen, die Größe künftiger Ämter auf eine Einwohnerzahl von 15.000 zu begrenzen, in der Gadebusch-Rehnaer-Region für Unruhe gesorgt.“

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS)

Soll ich den Artikel weiter vorlesen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich glaube eher ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da werde
ich Ihnen gleich was dazu sagen!)

Also, wenn wir jetzt ein Enquetekommissionsgesetz machen, wie Sie es fordern, dann müssen Sie sich zunächst einmal entscheiden, ob es Ämter von mehr als 15.000 Einwohnern geben darf,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da werde ich
Ihnen gleich was dazu sagen, Herr Müller!)

wenn die Beteiligten es wollen, oder ob wir das nicht dürfen. Also nun bleiben Sie mal bei der Wahrheit!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, Sie bleiben
bitte bei der Wahrheit, Herr Müller! –
Glocke der Vizepräsidentin)

Ich habe eher den Eindruck, Ihr Wahlkreis ist in Flunkerstadt an der Schwindel.

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der SPD und PDS)

Das zum Thema Enquetekommission und zum Thema 15.000 Einwohner!

Und dann schauen Sie sich einmal an, was die Enquetekommission zum Thema Funktionalreform und zum Thema Strukturreform gesagt hat! Da gibt es überhaupt keine Argumentation, dass wir bei den Ministerien anfangen sollen, aber für Sie ist das jetzt plötzlich der Königsweg, wie wir zu einer Verwaltungsreform kommen – überhaupt nicht in Übereinstimmung mit dem, was wir in der Enquetekommission diskutiert haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind ja gar nicht dazu gekommen.)

Und ein Nächstes: Wenn Sie möchten, kann ich Ihnen das gerne raussuchen, Herr Rehberg. Sie stellen sich jetzt plötzlich hin und sagen, jetzt brauchen wir was Neues, jetzt brauchen wir ein Gremium unter Leitung des Ministerpräsidenten. Nun bin ich sehr davon überzeugt, dass Gremien, die der Ministerpräsident persönlich leitet, bei der allseits bekannten Durchsetzungsfähigkeit von Harald Ringstorff sehr viel zu Wege bringen werden,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

aber unsere Linie in der Enquetekommission war eine andere. Wir haben gesagt, Funktionalreform muss vom Parlament betrieben werden und das Parlament muss den Druck dahinter machen. Und wir haben ausdrücklich gesagt, das Gremium, das sich mit Funktionalreform befasst, muss unter Leitung eines Landtagsabgeordneten stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ohne die kommunalen Spitzenverbände.)

Herr Rehberg, Sie bekennen sich hier verbal zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquetekommission und Sie erzählen öffentlich immer wieder was anderes, immer das, was Ihnen passt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Gabriele Schulz, PDS: Hat er Ihnen die Suppe versalzen?)

Und viele Leute glauben, bei der CDU ist ja gar keine Linie drin, die erzählen immer was anderes.

(Gabriele Schulz, PDS: So sind sie eben.)

Ich halte diese Auffassung für unkorrekt. Ich glaube, bei der CDU ist sehr wohl eine Linie drin, zumindest bei Ihnen, Herr Rehberg, und auch bei Ihnen, Herr Petters. Es ist die Linie des Nichtwollens, es ist die Linie des Immerwieder-von-einer-anderen-Seite-Sagens, aber hier müssten wir doch eigentlich anfangen, es ist die Linie der Destruktion, es ist die Linie, die am Ende keine Verwaltungsmodernisierung will, weil sie Angst hat, dass diese Verwaltungsmodernisierung der Regierung gutgeschrieben würde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Torsten Koplin, PDS: Richtig.)

Deswegen lassen Sie nichts unversucht, eine Verwaltungsmodernisierung zu torpedieren. Und dann schauen wir uns mal an, was wir heute auf dem Tisch liegen haben. Ja.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Da wird bei der CDU immer wieder argumentiert, dass wir, bevor wir Strukturen verändern, uns zuerst über die Aufgaben unterhalten müssen, die diese Strukturen haben. Und wir haben keine offiziellen Beschlüsse, Herr Dr. Jäger, aber unter uns haben wir uns schon mehrfach darüber ausgetauscht, dass wir alle vielleicht in der Enquetekommission nicht die richtige Reihenfolge gehabt haben und dass es auch in der Enquetekommission sinnvoller gewesen wäre, wir hätten zunächst über Funktionalreform, das heißt über Aufgaben gesprochen. Ja, solche Lernprozesse müssen wir alle machen. Aber hier scheint die CDU weit weg von einem solchen Lernprozess, denn plötzlich geht es um neue Strukturen, und zwar nur auf dem ganz obersten Kopf, auf der ganz obersten Ebene. Über Aufgaben, über veränderte Aufgabenschnitte wird kein einziges Wort verloren, obwohl dies sonst von Ihnen geradezu gebetsmühlenartig wiederholt wird. Sie tun mir Leid, dies halte ich nicht für glaubwürdig. Ich glaube vielmehr, dass dies ein Antrag ist, der nur einen Zweck hat, und das ist der Zweck, Stimmung zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sie wissen ganz genau, dass die Landesregierung mit ihrem Eckpunktepapier – und ich freue mich sehr, dass das mit dem Druck so schnell läuft und dass wir das in hoher Stückzahl dann auch unter den Kommunalpolitikern und mit der Öffentlichkeit diskutieren können –, wenn wir hier ein Papier auf dem Tisch haben, das diese Diskussion ein großes Stück vorwärts bringt, das natürlich noch nicht alle Fragen beantworten kann, dafür haben wir einen Sonderausschuss, das aber die Diskussion ein großes Stück vorwärts bringt,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dann ist man als Opposition natürlich in einer ziemlich traurigen Situation. Und mit einem solchen schlappen Antrag versuchen Sie hier, die Lufthoheit über Stammtischen zurückzuerobieren.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich habe den Eindruck, es handelt sich um das Mittel einer hilflosen Opposition, einer konzeptionslosen Fraktion, um sich hier selbst in der öffentlichen Diskussion zu halten.

(Karin Strenz, CDU: Wahrnehmungsstörungen!)

Ach, wissen Sie, meine Liebe, was die Wahrnehmung angeht, ich bin vor wenigen Wochen im Bayerischen Landtag als Experte für das Konnexitätsprinzip gewesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, das haben wir doch erfunden, das wissen Sie doch! – Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Heike Polzin, SPD: Erfunden!)

Also, Herr Dr. Jäger, erfunden haben Sie das nicht! Erfunden haben Sie das nicht, aber ich will Ihnen gerne bestätigen, dass Sie in diesem Hause den Antrag eingebracht haben, aber ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das. So ist das. – Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Also nun mal langsam, wir machen jetzt keine Konnexitätsdiskussion,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Patentieren wahrscheinlich. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

aber das können wir bei Gelegenheit dann auch noch einmal tun.

Tatsache ist, ich habe mich aus diesem Anlass ein wenig mit bayerischer Innenpolitik befasst, habe im 3. Programm mal die Nachrichten gehört und ich weiß, dass ich jetzt meinen bayerischen Sozialdemokraten wehtue. – Der Wirtschaftsminister ist nicht da. –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Als ich dann im Dezember mich mit bayerischer Innenpolitik auseinander setzte, sah ich, dass die bayerische SPD einen Antrag stellt, die Zahl der Ministerien zu reduzieren, und dass sich der bayerische Finanzminister Herr Faltlhauser in epischer Breite vor die Kamera warf und begründete, warum das alles nichts bringt und warum das alles Unsinn ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das wollen die nicht, das ist klar. – Dr. Ulrich Born, CDU: Ist ja auch ein anderes Land, ein bisschen größer und erfolgreich.)

Und in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, scheint mir das Ganze zu stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das will die Finanzministerin doch auch nicht.)

Ich glaube, die Situationen sind vergleichbar. Wer weiß, dass er in seiner Oppositionsrolle eigentlich ziemlich hoffnungslos danebenhängt,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Und da fing er vor lauter Angst wieder an zu pfeifen!)

der versucht eben mit solchen Anträgen, sich wenigstens noch ein bisschen im Gespräch zu halten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Torsten Koplin, PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wie die Öffentlichkeit dies wertet, deswegen hatte ich eigentlich diese Zeitungsnotiz mit, schauen Sie bitte in den lesenswerten Kommentar von Herrn Guth im „Nordkurier“ vom 29.01.2003, da steht: „Die christdemokratische Opposition bleibt zwar bei ihrer fundamentalen Forderung, wonach Rot-Rot zunächst selbst mit gutem Beispiel vorangehen solle und tun solle, was die CDU nie tat,“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

„nämlich die Anzahl der Ministerien reduzieren.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Es würde ja schon reichen, wenn wir auf die alte Anzahl zurückgehen. – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben doch die Zahl erhöht, Herr Müller!)

„Aber abgesehen von diesem Geplänkel auf einem Nebenschauplatz“ – hören Sie zu! –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

„wird auch die Opposition nicht an dem Gebot der Stunde, dem Gebot der Not vorbeikommen.“ So weit der Kommentar von Herrn Guth.

In der Tat, meine Damen und Herren, es handelt sich um ein Geplänkel auf einem Nebenschauplatz. Ich habe so ein bisschen den Eindruck, Sie machen dieses Geplänkel so, wie manche Leute gute Ratschläge geben, im

Grunde genommen aus Verärgerung darüber, dass Sie kein schlechtes Beispiel mehr abgeben können.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Was?! Wie funktioniert das denn?)

Wir werden uns nicht auf dieses Geplänkel auf einem Nebenschauplatz einlassen, sondern wir wollen eine Verwaltungsreform,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das hat mich nicht überzeugt. – Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger bittet um das Wort für eine Anfrage.)

die die öffentliche Verwaltung in unserem Land, und das heißt Landesverwaltung und Kommunalverwaltungen insgesamt, erfasst.

Und jetzt komme ich zu Herrn Ringguth. Herr Ringguth, Sie haben in der Presse gesagt, dass es dazu eigene Vorstellungen der CDU – ich nehme an, auch schriftlich – geben wird. Ich kann Sie nur herzlich bitten, das tatsächlich zu machen. Sie waren in der letzten Legislaturperiode noch nicht Mitglied des Landtages, aber fragen Sie bitte Ihren Kollegen Herrn Dr. Jäger, wie wir in der Enquetekommission mit den Vorstellungen umgegangen sind, die die CDU dort vorgelegt hat, etwa zur Frage der Ämter- und Gemeindestruktur, etwa zur Frage der Akzeptanzhilfen! Herr Dr. Jäger wird Ihnen bestätigen, dass wir solche Vorschläge, die wirklich an der Sache orientiert waren – und das kann ich diesen Vorschlägen nachträglich ausdrücklich bescheinigen –, dass wir die sehr sorgfältig diskutiert haben, dass wir eine Fülle solcher Vorstellungen, die von der CDU gekommen sind, auch angenommen haben und dass sie Eingang gefunden haben in die Beschlussfassung der Enquetekommission.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger?

Heinz Müller, SPD: Bitte, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich sie am Ende stellen? Ich möchte jetzt nicht stören.)

Frau Präsidentin, so hatte ich Herrn Jäger schon verstanden.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte.

Heinz Müller, SPD: Aber gerne, Herr Kollege.

Wir nehmen solche Vorschläge, ob sie von der CDU kommen, ob sie vom Landkreistag kommen, ob sie vom Städte- und Gemeindetag kommen, von wem auch immer sie kommen, wenn sie an der Sache orientiert sind, sehr ernst. Wir wollen nicht etwas wegwischen, weil uns derjenige, der es sagt, nicht passt, sondern wir wollen uns mit sachlichen Vorschlägen auch sachlich auseinander setzen. Das haben wir in der Vergangenheit getan, das werden wir in der Zukunft tun und wir werden in diesem Zusammenhang im Sonderausschuss über Verwaltungsreformen als Ganzes diskutieren. Und ich bin sicher, dass zu einem relativ späten Zeitpunkt, aber ganz sicher in diesem Zusammenhang natürlich auch die Frage der Zusammensetzung der Landesregierung, ich meine jetzt nicht personell, sondern vom Ressortzuschnitt, mit diskutiert werden wird. Einer solchen sachlichen Diskussion werden wir uns stellen. Und ich bin ganz sicher, dass auch Ministerpräsident Ringstorff einer solchen sachlichen Diskussion noch nie ausgewichen ist und auch in Zukunft nicht

ausweichen wird. Heute, meine Damen und Herren, über die Landesregierung und ihre Zusammensetzung zu reden ist ein reiner Schaufensterantrag. Wir lehnen ihn ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie jetzt die Frage?

Heinz Müller, SPD: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Danke schön.

Herr Kollege Müller, Sie haben sich ja jetzt sehr geübt im Interpretieren von Äußerungen anderer. Deswegen habe ich folgende Frage: Verstehen Sie, was der Herr Innenminister gemeint hat, dass am Ende weniger Gemeindeämter sein sollen? Gibt es da irgendwelche Vorstellungen, unsere Kommunalverfassung so zu ändern, dass es Gemeindeämter gibt?

Heinz Müller, SPD: Ich verstehe den Innenminister so, dass er unter dieser Formulierung zusammenfasst, was wir als Amtsverwaltungen, als Ämter und als amtsfreie Gemeinden kennen, also die Verwaltungen, die für die Gemeinden zuständig sind. Deren Zahl wird sich reduzieren.

Dr. Armin Jäger, CDU: Darf ich nachfragen?

Heinz Müller, SPD: Bitte.

Dr. Armin Jäger, CDU: Heißt das eine neue Kategorie der Gebietskörperschaften in unserer Kommunalverfassung?

(Angelika Gramkow, PDS:
Fragen Sie doch den Minister!)

Der kann es nicht.

Heinz Müller, SPD: Nein, das heißt nicht eine neue Kategorie von Gebietskörperschaften, sondern es handelt sich hier um einen Ausdruck, der nicht Rechts- und Gesetzessprache ist, sondern umgangssprachlich sowohl die Ämter als auch die amtsfreien Städte und Gemeinden meint in ihrer Summe.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Heinz Müller, SPD: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Armin Jäger, CDU: Teilen Sie dann meine Auffassung, dass der Herr Innenminister einmal mehr wieder zur Begriffsverwirrung für die Kommunen beigetragen hat?

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD)

Heinz Müller, SPD: Mir ist dieser Begriff ausgesprochen geläufig. Wenn er bei Ihnen Verwirrung hervorgerufen hat,

(Gabriele Schulz, PDS: Das ist ja sehr
verwunderlich, sehr verwunderlich!)

dann hoffe ich, dass ich mit meinen Erläuterungen dazu beigetragen habe, diese abzubauen.

(Beifall und Heiterkeit bei
Abgeordneten der SPD und PDS)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Müller, wären Sie in der Lage, mir ein einziges Lehrbuch in der Bundesrepublik Deutschland zu benennen, in dem dieser Begriff in der Fachliteratur bezeichnet wird?

(Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Darf man jetzt
nur noch Lehrbücher vorlesen, oder was ?!)

Nur benennen bitte!

Heinz Müller, SPD: Herr Dr. Jäger, darf ich Sie alternativ mit zu meinen Gemeindevertretern als Ausschussmitglieder nehmen, damit wir gemeinsam dort Diskussionen führen? Sie werden den Begriff häufiger hören.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schulz von der Fraktion der PDS.

Gabriele Schulz, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Mut zu solchen Anträgen wie dem vorliegenden CDU-Antrag, den kann man letztlich wohl nur aufbringen, wenn man die Gewissheit hat, die dafür notwendige Mehrheit im Landtag mit Sicherheit zu verfehlen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Oder anders ausgedrückt, derartige Anträge setzen einen korrigierenden Eingriff der Koalitionsmehrheit geradezu voraus.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD,
und Karsten Neumann, PDS)

Damit, meine Herren und meine Damen von der Opposition, verfehlen Sie nicht nur Ihren verfassungsmäßigen Oppositionsauftrag, Sie laufen vor allem Gefahr, diesen zu missbrauchen, etwa nach dem Motto: Die Mehrheit wird's schon wieder richten!

(Karin Strenz, CDU: Ungeheuerlich!)

Meine Damen und Herren, in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS ist unter dem Generalthema „Reform der öffentlichen Verwaltung“ unter anderem festgelegt, dass der Innenminister dem Kabinett für dieses Vorhaben ein Eckpunktepapier, also eine Art Fahrplan vorlegt. Dieser Auftrag wurde fristgemäß und, ich meine, in guter Qualität erfüllt. Durch dieses Eckpunktepapier zur notwendigen Verwaltungsreform wird die öffentliche Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern einen neuen Schub erhalten und eine andere Qualität annehmen, nämlich dass wir in Mecklenburg-Vorpommern vom Ob der Verwaltungs- und Funktionalreform nun zum Wie kommen und nicht nur über die Reduzierung von zwei Ministerien reden.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihr erster und konkreter Beitrag zu einer neuen Qualität der öffentlichen Diskussion hätte daher eigentlich das Zurückziehen Ihres vorliegenden Antrages zur Folge haben müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Aber bevor ich mich den eigentlich vor uns liegenden Anforderungen und Herausforderungen einer umfassenden Verwaltungsreform widmen darf, gestatten Sie mir drei kurze, aber notwendige Anmerkungen zu dem hoffentlich gleich hinter uns liegenden CDU-Antrag.

Erstens wird von der Opposition aufgrund dringend notwendigen Reformbedarfs unverzügliches Handeln der Landesregierung gefordert. Wie dies unter CDU-Führung aussehen würde, kann man am Schicksal der so genannten „kostensenkenden Strukturmaßnahmen“ studieren – mehrjähriger politischer Hickhack und allseits belächelte Ergebnisse. Wer hingegen die jetzige SPD- und PDS-Koalition durch Anträge gewissermaßen anschieben will, der muss auf die Nase fallen, denn der Zug rollt bereits. Meine Damen und Herren von der CDU, nutzen Sie das vorgelegte Eckpunktepapier als Kursbuch, es enthält Abfahrtsort und Abfahrtszeit!

Zweitens weiß die Opposition zurzeit scheinbar nicht, was sie will, oder es interessiert sie nicht, was sie sagt. Mit dem vorliegenden Antrag fordert Eckhardt Rehberg, gewissermaßen die notwendige Reform durch Umstrukturierung von oben nach unten zu beginnen. Ich kann Herrn Timms Zitat aus der SVZ vom 22. Januar 2003 deshalb nur wiederholen. Dem war zu entnehmen: „Strukturbedebatten gehören an den Schluss der Diskussion“, sagte Rehberg.“

(Minister Dr. Gottfried Timm: Ja.)

Spricht der vorliegende CDU-Antrag davon, dass sofortige Umstrukturierungen von oben nach unten Beweis für die Ernsthaftigkeit dieser Reformbemühungen wären – und da möchte ich den schon genannten CDU-Abgeordneten Petters eben auch noch einmal zitieren –, fordert er in der SVZ vom 22. Januar 2003 gewissermaßen per Gegenbeweis das Gegenteil, ich zitiere: „Bis 2006 regeln, welche Aufgaben auf welche Ebene entfallen und welche Aufgaben von oben nach unten übertragen werden können. Erst dann macht es Sinn, Strukturen infrage zu stellen.“

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Jeder so, wie es ihm passt.)

Meine Damen und Herren von der Opposition, von oben nach unten, von links nach rechts – Verwaltungsreform ist aber keine Achterbahn. Nutzen Sie auch hier das Eckpunktepapier als Kursbuch, es enthält Fahrtrouten und Zwischenstationen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Drittens schließlich die Forderungen der CDU-Fraktion, die Zahl der Ministerien von neun auf sieben zu reduzieren. Im Zusammenhang mit den kostensenkenden Strukturmaßnahmen hatte die PDS-Fraktion eine ähnliche Forderung, allerdings als Bestandteil eines Zehnpunkteprogramms entwickelt. Das war schon eine recht eigenartige Debatte. Sie haben ja den 12. Dezember 1996 auch zitiert, Herr Rehberg. Da war von Ringstorffs Märchenstunde, von Rehberg'schen Nebelkerzen oder von Schoenenburgs Beharrungsvermögen die Rede. Und nun muss ich doch kurz zitieren: „Ja, Herr Kollege Schoenenburg, Ihre zehn Punkte, um sich hier groß darzustellen! Zwei Ministerien zusammenzulegen und damit zwei Minister einzusparen, das ist doch absurd. Wir haben mit der kleinsten Landesregierung in der Bundesrepublik Deutschland, was die Ministeranzahl betrifft. Ich glaube, sie ist der Struktur

und auch der Fläche des Landes angemessen.“ Zitierende, Herr Rehberg!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Sehr geehrter Herr Rehberg, eine ehrliche und selbstkritische Relativierung Ihrer damaligen Behauptungen hätte Ihrem heutigen und dazu diametralen Antrag den Weg zu mehr Wahrhaftigkeit eröffnen können.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Benutzen Sie bitte auch hierbei das beschlossene Eckpunktepapier als Kursbuch. Es beinhaltet Ankunftsziel und Ankunftszeit! Die Zahl der Ministerien und Behörden wird reduziert werden, das können Sie sogar im Koalitionsvertrag nachlesen.

(Gesine Skrzepski, CDU: Reine Bibelworte.)

Meine Damen und Herren von der Opposition, sagen Sie jetzt bitte nicht, wir wussten ja auch nicht so recht Bescheid und irgendwas wollen wir ja auch machen. In keinem der bisher vorliegenden Positionspapiere und Statements zur Verwaltungsreform, nicht in den Positionen des Städte- und Gemeindetages, auch nicht in den kritischen Positionen des Landkreistages oder anderen Äußerungen finden sich derart konzept- und zusammenhanglose Forderungen, wie in dem von Ihnen heute vorgelegten Antrag. Auch wenn Sie, Herr Rehberg, von einem zurzeit getrübbten Verhältnis zum Städte- und Gemeindetag sprechen, entbindet das doch die Opposition nicht, vorliegende Positionspapiere zumindest zur Kenntnis zu nehmen und sich sachlich und kritisch damit auseinander zu setzen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie laufen Gefahr, den Reformzug endgültig zu verpassen und sich in einer Geisterbahn zu verirren.

Meine Damen und Herren, am Dienstag hat sich bekanntlich der Sonderausschuss des Landtages konstituiert. Lassen Sie mich kurz aus Sicht der PDS-Fraktion drei kurze Anmerkungen machen:

Erstens. Waren die bisherigen Aktivitäten in Vorbereitung des Eckpunktepapiers vor allem durch regierunginterne Vorarbeiten geprägt, gibt sich der Landtag auch durch diesen Ausschuss die Möglichkeit, diese Problematik öffentlich zu diskutieren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben nicht.)

Die bisher stark emotional geführten öffentlichen Debatten könnten zu tatsächlichen öffentlichen Diskussionen versachlicht werden.

Zweitens. Die Landesregierung wird die Vorhaben zur Verwaltungsreform eng und dauernd mit dem Sonderausschuss koordinieren, so nachzulesen im Kabinettsbeschluss. Dieser Beschluss sollte nach Ansicht der PDS-Fraktion sehr weit ausgelegt werden. Insbesondere bei der Aufgabenübertragung werden wir die Landesregierung beim Wort nehmen. Für die PDS-Fraktion werden dabei neben dem Umweltbereich, der dank des persönlichen Engagements des Ministers bereits wichtige Vorarbeiten geleistet hat, vor allem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Finanzbehörden kritisch zu hinterfragen sein, auch gegen vorhandene Ressortegoismen.

Drittens. Schließlich sollte der Sonderausschuss eigene über das Eckpunktepapier der Landesregierung hinausgehende Problemkreise skizzieren und für seine Arbeit thematisieren. Sollte die Landesregierung beispielsweise Aspekte der Effizienz künftiger Verwaltungsstrukturen favorisieren, so wird meine Fraktion Aspekte demokratischer Beteiligungen und Fragen der Legitimation künftiger Strukturen ergänzend einbringen.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen – und damit möchte ich schließen – sehen ihren Auftrag darin, die Landesregierung bei ihrem Reformvorhaben tatkräftig zu unterstützen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben im Sonderausschuss ausreichend Möglichkeiten einer konstruktiven Beteiligung. Nutzen Sie diese besser als die bisherigen Anträge dazu im Parlament!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schulz.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Herr Müller, zuerst ein persönliches Wort: Ich kann Ihren Frust verstehen,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD:
Welchen Frust?)

dass Sie gegen eine junge Kollegin Ihren Wahlkreis nicht direkt geholt haben.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Na, gucken Sie sich doch mal bitte in aller Ruhe Ihre Relation zwischen Erst- und Zweitstimmen an

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

und lassen Sie mich mal meinen Wahlkreis in der vierten Periode so betreuen, wie ich das für richtig halte! Die Menschen akzeptieren das, das zeigt das Wahlergebnis.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heike Polzin, SPD: Ganz schön weit unten.)

Das lassen Sie ganz einfach meine Sorge sein!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben scheinbar den Ernst der Lage nicht erkannt. Sie haben deswegen den Ernst der Lage offenkundig nicht erkannt, weil der Anteil an den Personalausgaben in den letzten Jahren seit 1999 dramatisch gestiegen ist und bis 2005 ein Anteil von 27,8 Prozent erreicht werden soll. Die Investitionsausgaben sollen von 25,1 Prozent auf 18,7 Prozent sinken. Diese Zahlen sagen eigentlich noch gar nichts. Die größere Dramatik ist, dass Sie in diesem Zeitraum 1 Milliarde DM oder 500 Millionen Euro an Investitionen im Landeshaushalt gestrichen haben. Und das Ergebnis haben Sie heute Morgen vorm Schloss gesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben offenbar die Dramatik wirklich noch nicht erkannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ein Weiteres: Betrachten wir nur mal die Ausgangssituation. Was haben Sie denn in den letzten Jahren

geleistet und wo haben Sie Personal eingespart? Haben Sie sich mal die Mühe gemacht, sich die offiziellen Unterlagen der Landesregierung in Ruhe anzugucken? Ein Minus von 2000 bis jetzt bei den Schulen von 2.731, ein Minus bei der Forst von 158, ein Minus bei Gerichten und Staatsanwaltschaften von 200, ein Minus bei der Polizei von 30 Stellen, ein Plus bei Ministerium und Staatskanzlei von 188. Das ist die Realität!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es. Genau richtig!)

Das ist die Realität. Das ist die Politik, die Sie zu verantworten haben! Und, meine Damen und Herren, in Prozenten heißt das, dass Sie drei Viertel Ihrer Stelleneinsparungen auch für die Zukunft bei den Schulen realisieren wollen und dass Sie fast 90 Prozent der Stelleneinsparungen außerhalb der Kernverwaltung realisieren wollen. Das ist die nackte Tatsache. Und deswegen dieser Antrag als erster Schritt neben der Reform von Strukturen, dass Sie den Ansatz machen. Ich kann – und das wissen wir doch selber – gerade B5er und B6er nicht von heute auf morgen entlassen. Aber ich muss kw-Vermerke ausbringen. Das muss ich tun! Und der Vergleich zu 1996 zieht überhaupt nicht, Frau Kollegin Schulz. Damals hatten wir acht Ministerien und deutlich weniger Abteilungen als heute.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so. –
Gabriele Schulz, PDS: Hört, hört!)

Sie haben 1998 aus rein machtpolitischen Gründen neun Ministerien geschaffen und die Zahl der Abteilungen deutlich aufgestockt. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wer hat denn mit Strukturen angefangen? Doch nicht wir. Wer hat denn dieses Rotstiftendiagramm in die Öffentlichkeit gebracht?

(Angelika Gramkow, PDS: Die SVZ.)

Das war doch der Herr Innenminister Dr. Timm. Er hat es bis heute übrigens nicht widerrufen. Und wenn ich das so sehe, wenn wir über Strukturen reden: Das Sozialministerium hat gar keine Behörden mehr, das Ministerium für Arbeit und Bau auch nicht, dem Ministerium für Landwirtschaft bleiben gerade noch die Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei und die beruflichen Schulen für Landwirtschaft. Beim Wirtschaftsministerium sieht es auch nicht besser aus. Ich will es dabei bewenden lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns Chaos, chaotische Politik vorzuwerfen, uns Diskontinuität vorzuwerfen – wir haben keine Strukturdebatte angefangen. Wir sagen nur eins: Wer nicht bei sich selber beginnt, auch aus rein finanzpolitischem Interesse, der wird scheitern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind natürlich, Herr Müller, gespannt, was die Landesregierung denn an Wegfall von Verwaltungsaufgaben zu bieten hat. Ich habe in meiner Antwort zur Regierungserklärung den Bau eines Bootssteiges an der Peene als Beispiel genommen. Ich habe gesagt, dazu stehe ich, dass dafür heute sechs Behörden nötig sind. Wenn wir nur noch zwei haben, Herr Ministerpräsident, dann haben Sie ein Stückchen Erfolg bei der Verwaltungsreform erreicht. Ich bin hoch gespannt, was Sie für Aufgaben und Verlagerungen drauf

haben. Was mich misstrauisch macht, das sind die Strukturen, die Sie geschaffen haben, die Kommissionen. Und ich muss Ihnen sagen, bei allem persönlichen Respekt vor dem Justizminister, ich habe noch nicht gehört, dass sich Juristen dadurch ausgezeichnet haben, dass sie für Deregulierung und Entbürokratisierung gewesen sind, denn die Deregulierungskommission soll der Justizminister federführend leiten.

(Gabriele Schulz, PDS: Und was ist daran Schlechtes?)

Haben Sie sich mal angeguckt, wenn Sie davon reden, das richtige Schrittmaß zu finden, wie 1995 die Funktionalreform angegangen worden ist, die kostensenkenden Strukturmaßnahmen? Und, Herr Müller, ich bin gern bereit, Ihnen zu erzählen, wer da wo blockiert hat, gerade im Umweltrecht. Die Liste war viel länger. Ich habe die Liste noch da, was eigentlich an Aufgaben wegfallen sollte, was an Aufgaben runtergegeben werden sollte. Dort hat jemand blockiert, der war Mitglied der SPD-Fraktion, und das ganz massiv. Anderthalb Jahre ist dort gearbeitet worden unter Federführung der Staatskanzlei. Und es war sicher nicht der große Wurf, wenn man sich heute noch mal die Ergebnisse anguckt, weil die Debatte zu den Amtsgerichten alles überdeckt hat, gerade auch was an Aufgabenverlagerungen herausgekommen ist.

Nur, wenn Sie wenigstens dieses Ergebnis erreichen von der Quantität her und von der Qualität her, dann, muss ich sagen, haben Sie etwas erreicht. Und ich würde hier in bestimmten Bereichen nicht den Mund zu voll nehmen und alte Hüte sind unsere Erfahrungen überhaupt nicht. Ich, Herr Müller, habe zwei Funktionalreformen mitgemacht, die 93er bis 94er und die 95er bis 97er, und ich habe heute noch das Schreiben liegen, wer 1997 gesagt hat, bis hier und nicht weiter. Das waren der Deutsche Gewerkschaftsbund und der SPD-Fraktionsvorsitzende Harald Ringstorff. Und die SPD war Regierungspartei. Das sind die Tatsachen, sonst hätten wir damals viel, viel mehr erreichen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns fragen, wo wollen Sie eigentlich hin, dann wird doch darüber sinniert, eine Zweierstruktur zu schaffen, eine Dreierstruktur, eine Viererstruktur der kommunalen Behörden. Dann ist wieder alles ergebnisoffen. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, wenn Sie nicht aufhören, ständig die Diskussionen in den Vordergrund zu stellen, anstatt etwas vorzulegen, worüber man diskutieren kann,

(Gabriele Schulz, PDS: Dann tun Sie es doch!)

worüber man wirklich diskutieren kann, dann werden Sie die Verunsicherung vor Ort überhaupt nicht zurückführen können.

Und eins, was die Empfehlung der Enquetekommission betrifft: Ich, und dazu stehe ich, rate dringend, die Ämter nicht zu groß zu fassen. Landrat Bräunig wollte ein Amt um Gadebusch machen mit 35.000 Einwohnern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das ist mehr als der Altkreis Gadebusch. Das war der Ansatz. Und wenn sich dann freiwillig Ämter von über 15.000 Einwohnern bilden, dann bitte schön, bloß, sie müssen doch noch handlungsfähig sein. Im Einzelfall mag das ja möglich sein, aber in bestimmten Regionen überhaupt nicht. Und deswegen negiere ich doch nicht die Ergebnisse der Enquetekommission.

Und eins will ich Ihnen auch sagen: Normieren Sie das doch endlich mal gesetzlich! Gehen Sie doch nach draußen! Sie schaffen doch Verunsicherung ohne Ende. Warum normieren Sie nicht die Kommunalverfassung und sagen, Mindesteinwohnerzahl für amtsfreie Gemeinden 5.000, für Ämter 6.000 und so weiter und so fort? Freiwilligkeit bis 31.12.2004, dann weiß man auch vor Ort, was man zu tun hat, und muss nicht die Angst haben. Das ist doch der Punkt, dass man sagt, wenn die vier Regionalkreise, wann auch immer, gebildet werden, dann ist alles das für die Katz, was wir machen, denn dann brauchen wir Strukturen. Und das Wort „Gemeindeamt“, das habe ich auch sehr wohl vernommen, was der Herr Minister gesagt hat, nicht unter 20.000 Einwohnern, sondern eher 25.000 bis 30.000 Einwohner. Aber wenn Sie heute eine gesetzliche Grundlage schaffen, dann werden Sie den Prozess vor Ort auch weiter befördern. Das ist die Tatsache, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben in den Eckpunkten eine Aussage drin, die ich mehr als dreist finde, Zitat: „Die gegenwärtige Struktur der Landkreise und kreisfreien Städte entspricht nicht mehr den Anforderungen. Kaum ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt kann heute alle wichtigen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung zufriedenstellend wahrnehmen.“

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

„Die Probleme erfordern regionale Lösungen.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf welcher Basis beruht diese Aussage? Das, was Sie hier sagen, ist eine Ohrfeige für Oberbürgermeister, für Landräte und für die Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich halte es für eine sehr, sehr dreiste Aussage. Und ich halte es auch deswegen für eine dreiste Aussage, weil die Kommunen in diesem Land in den letzten fünf Jahren fast 9.000 Stellen abgebaut haben, genau 8.788. Das ist die Tatsache! Die wirklichen Probleme, die verschleiern Sie. Ich habe mir mal, Herr Borchert, das Haushaltssicherungskonzept des Müritzkreises vorgenommen: von 1995 bis 2003 ein Minus an Schlüsselzuweisungen von 5 Millionen Euro; Personalkostenanstieg, trotz Personalabbau, 1 Million Euro; Steigerung der Sozialhilfe und der Jugendhilfe von 4,8 Millionen Euro. Das sind die Tatsachen, die die Kommunen bedrücken. Und die Aufgaben, die ihnen übertragen werden, die nehmen sie doch wahr. Oder haben Sie gehört, dass ein Bescheid für Sozialhilfe nicht ordnungsgemäß ausgereicht wurde? Haben Sie gehört, dass die Kfz-Zulassung nicht vernünftig läuft? Haben Sie gehört, dass die Bauanträge monatelang, jahrelang liegen bleiben, weil dort nicht vernünftig gearbeitet wird? Und wenn Sie dann noch sagen, die Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, dann sage ich Ihnen, gerade die Aufgaben, die erfüllen sie alle vernünftig und ausreichend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich, und darüber lassen Sie uns mal diskutieren, ich stelle eine Behauptung auf, dass der Landkreis Ludwigslust in seiner heutigen Struktur, in seiner heutigen Größenordnung alle die Aufgaben wird ausführen können, die wegfallen beziehungsweise dann letztendlich übertragen werden. Und, Frau Schulz, der Vergleich mit dem Zug, der hinkt.

(Angelika Gramkow, PDS: Der ist schön. –
Gabriele Schulz, PDS: Der Zug fährt.)

Ich habe die große Angst, dass da mehr Verspätungen drin sein werden, dass da gegebenenfalls noch Entgleisungen zustande kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich hoffe aber nicht, dass irgendwelche Züge noch irgendwo zusammenstoßen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns erst mal sehen, uns als Landtagsabgeordnete, was denn die Landesregierung insgesamt überhaupt zu bieten hat!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Müller, Bayern als Beispiel, das Land mit der niedrigsten Verschuldung in Deutschland, der Freistaat mit dem geringsten Personalbesatz in der Landesverwaltung, das Land, was wirklich den Ruf hat, eine exzellente Verwaltung zu haben, das ist nun wirklich ein sehr, sehr schlechtes Beispiel. Gehen Sie noch mal in aller Ruhe daran und zählen Sie nach, wie in den letzten vier Jahren Ministerien vergrößert wurden, Abteilungen dazugekommen sind, wie Ministerbüros immer größer geworden sind!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Denken Sie an den letzten Fall wieder im Bauministerium, dann, glaube ich, hätten Sie genug zu tun! Und da sollten Sie auch mal selber ein bisschen mehr mea culpa machen, denn das wäre, glaube ich, gut für uns alle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wenn man wirklich – das ist nicht nur ein Zeichen, das ist auch ein Stück Strukturpolitik – beim Kabinett anfängt, das ist ein erster Schritt, aber er ist aus unserer Sicht auch sinnvoll, um insgesamt besser Verwaltungsreform, Funktionalreform und letztendlich auch eine neue Struktur zu beschließen. Sie werden, das sage ich Ihnen voraus, so, wie Sie heute strukturiert sind, in hohem Maße scheitern. Oder glauben Sie wirklich, dass ein zukünftiger SPD-Parteivorsitzender, der jetzt Landwirtschaftsminister ist, nach dem Willen des Innenministers gänzlich ohne Landesbehörden dastehen will? Dann kann er sein Regierungsamt auch gleich aufgeben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Schritt für Schritt ist richtig, aber Vernunft ist angesagt und der erste Schritt, der muss ein vernünftiger sein. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Rehberg.

Herr Abgeordneter Müller, Ihre aufgeregte Bemerkung im Redebeitrag weise ich als unparlamentarisch zurück.

(Heinz Müller, SPD: Welche denn? –
Heike Polzin, SPD: Welche? –

Minister Dr. Gottfried Timm: Was hat er denn gesagt? – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich möchte sie jetzt bitte nicht wiederholen.

(Heinz Müller, SPD: Das wollen wir jetzt wissen.)

Wir können uns noch mal austauschen.

(Lorenz Caffier, CDU:
Nein, keine Rechtfertigung.)

Herr Abgeordneter, ich zeige Ihnen gerne diese Bemerkung. Ich möchte sie in diesem Hause nicht wiederholen.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Oha!)

Der Innenminister hat noch einmal ums Wort gegeben. Bitte, Herr Innenminister.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen machen, jetzt, wo der Qualm ein wenig verrauchert. Schlagabtausch, auch in der Form, wie wir ihn hier führen, belebt die politische Auseinandersetzung und er muss deswegen auch sein. Aber ich sage, mit diesem Schlagabtausch und mit dieser, ich nenne es mal, Belebung der politischen Auseinandersetzung reichen wir Ihnen, insbesondere Ihnen, Herr Rehberg, und Ihrer Fraktion, die Hand. Und damit meine ich es ernst. Sie hatten mich vor einiger Zeit gefragt, ob wir es tatsächlich ernst meinen. Ich sage Ja. Und ich möchte gerne anknüpfen an die Arbeit, die ich, auch aus Ihrer Fraktion kommend, als sehr konstruktiv empfunden habe in der Enquetekommission, insbesondere die Arbeit an der Strukturierung der Ämter und amtsfreien Gemeinden. Herr Dr. Jäger, Amt im Sinne von Verwaltung für die gemeindliche Ebene. Es gibt auch Ämter im Land und im Kreis, ich meine die Verwaltung für die gemeindliche Ebene. Damit Sie kein Missverständnis mit nach Hause nehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja. Es wäre gut, wenn Sie präzise würden.)

Wenn der CDU-Antrag zur Auflösung zweier Ministerien hier und heute abgelehnt wird, dann sage ich Ihnen trotzdem, wir nehmen ihn mit in die Arbeits- und Verwaltungsreform, weil wir an einem Punkt ankommen werden, der ist bloß heute noch nicht erreicht, wo genau diese Frage, die Sie ja auch schon vorbereitet haben in der Zeichnung von neuen Zuständigkeiten, zu beantworten ist. Und ich sage Ihnen zu, Ihre Arbeit war nicht umsonst. Wir nehmen Sie mit und wir werden auch weitere Vorschläge von Ihnen in dieser konstruktiven Art und Weise berücksichtigen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Meinen Sie, dass Sie das nächste Kabinett bilden?)

Unser Ziel ist es, unser Ziel als Koalitionsregierung aus SPD und PDS ist es, die Opposition einzubinden, aber natürlich auch die Wirtschaft, die Gewerkschaften, vor allem auch die Mitarbeiter in den Verwaltungen, vor allem auch die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den Kreisen und in den Gemeinden. Ich meine, gerade deswegen war es wichtig, ein Eckpunktepapier vorzulegen, das die Ergebnisse nicht vorwegnimmt, sonst braucht man darüber nicht zu diskutieren. Wir haben eine ergebnisoffene Arbeit angefangen und uns als Landesregierung erlaubt, die Meinungsführerschaft, die wir auch politisch zugewiesen bekommen durch den Wähler, in diesen Eckpunkten darzulegen.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Alle sind eingeladen mitzumachen. Unser Ziel ist es, und da, glaube ich, sprechen wir allen Bürgerinnen und Bürgern aus dem Herzen, eine moderne, leistungsfähige und kostengünstige Verwaltung in diesem Lande zu entwickeln. Und wie gesagt, Tatkraft ist erforderlich. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Innenminister, gestatten Sie jetzt die Frage des Abgeordneten Thomas? (Zustimmung)

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Minister, gestatten Sie drei kleine Anfragen?

(Angelika Gramkow, PDS: Nee, es gibt nur zwei. – Gabriele Schulz, PDS: Zwei.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter.

Reinhardt Thomas, CDU: Sie hatten von einer langfristigen, umfassenden Entbürokratisierung gesprochen. Das hörte sich etwas nach einem kleinen Jahrhundertwerk an. Halten Sie dann die vier Regionalkreise – erste Frage – unter diesem Aspekt für eine langfristige Entbürokratisierung?

Zweitens. Müssten dann nicht eher gemeinsam größere Strukturen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung – Stichwort Nordstaat – berücksichtigt werden mit den entsprechenden EU-Regionen, sagen wir mal Mecklenburg, Vorpommern, Schleswig, Holstein, Hamburg, Bremen und Wesermarsch, Lüneburg, zum Beispiel?

Und drittens. Wäre dann nicht doch unter diesem Gesamtaspekt einer der ersten Ansätze, die Ministerien zu überprüfen?

Minister Dr. Gottfried Timm: Die dritte Frage habe ich jetzt nicht verstanden.

Reinhardt Thomas, CDU: Wäre dann nicht doch in Anbetracht dieses langfristigen Gesamtkonzeptes einer der ersten Ansätze, die Anzahl der Ministerien auch im Hinblick dieser langfristigen Strukturen zu überprüfen?

Minister Dr. Gottfried Timm: Vielen Dank.

Herr Abgeordneter Thomas, zur ersten Frage nach dem Jahrhundertwerk.

Reinhardt Thomas, CDU: Kleines.

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich möchte schon erreichen, dass wir in der Entwicklung der Verwaltungsstrukturen dauerhafte Strukturen etablieren, möglichst über ein Jahrhundert andauernde Strukturen etablieren, wobei ich fest überzeugt bin, dass das vor uns liegende Jahrhundert eine immense Bewegung erzeugt, die wir in Mecklenburg-Vorpommern nachzuvollziehen haben, auch bei der Entwicklung der Verwaltung. Und es könnte sein, dass wir heute noch nicht genau wissen, was in 20 Jahren hier für dieses Land erforderlich ist. Aber der Anspruch, dieses Jahrhundert im Ganzen ins Auge zu fassen, den haben wir beide gemeinsam.

Zweiter Punkt. Sie sprechen größere Strukturen und damit, ich sage mal, eine Föderalismusdiskussion an. Ich würde gerne Ihre Vorschläge genauer prüfen. Am besten wäre es, Sie bringen es zu Papier und leiten uns das mal zu. Daraus lässt sich vielleicht eine Diskussion machen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Bloß nicht!)

Herr Thomas, schreiben Sie uns das mal auf und dann gehen wir der Sache mal in der Tiefe nach.

Die dritte Frage, ob es nun doch noch am Schluss möglich ist, Ministerien sofort zu verkleinern, ist im Grunde durch diese Debatte beantwortet. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Margret Seemann, SPD: Ach, hatte er das immer noch nicht verstanden?)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Innenminister.

Es liegen weiter keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Abgeordnete Walther hat gemäß Paragraph 88 unserer Geschäftsordnung um das Wort für eine persönliche Bemerkung gebeten. Bitte, Herr Abgeordneter.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werter Herr Rehberg! Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass beim Zitat der „Haff-Zeitung“, welches Sie bei der Einbringung verwendet haben, folgender journalistische Fehler nachweislich ist: Die zitierte Überschrift des Artikels „Ringstorff gegen weniger Ministerien“ ist eine freie Erfindung des Redakteurs gewesen. Ich kann gerne bei Bedarf die Originalpresseerklärung vorlegen. Kenntlich hatte der Redakteur dies aber als Zitat meiner Person gemacht. Es hat danach eine Aussprache zu diesem Fall gegeben, während der ich ihn auf rechtliche Konsequenzen im Wiederholungsfall aufmerksam gemacht habe. Die Zitate im textlichen Teil der Pressemitteilung wurden richtig wiedergegeben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist doch gut.)

Ich verwehre mich daher dagegen, dass ich mit den Worten „Ringstorff gegen weniger Ministerien“ zitiert werde, und entziehe Ihnen hiermit das Recht, dies weiterhin zu tun.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Der hat wirklich noch nicht mal einen Blick in die Verfassung geworfen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU auf Drucksache 4/164. Wer dem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/164 mit den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Föderalismus voranbringen – Länderkompetenzen stärken, Drucksache 4/47, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Rechts- und Europaausschusses, Drucksache 4/172. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/195 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Föderalismus voranbringen –
Länderkompetenzen stärken
– Drucksache 4/47 –

Beschlussempfehlung und Bericht
des Rechts- und Europaausschusses
– Drucksache 4/172 –

Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD, CDU und PDS
– Drucksache 4/195 –

Das Wort zur Berichterstattung hat zunächst der Abgeordnete und Ausschussvorsitzende Herr Krumbholz von der Fraktion der SPD.

Bodo Krumbholz, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kol-

legen! Wir haben eben gesehen, dass man sich über die Struktur der öffentlichen Verwaltung ganz vortrefflich streiten kann. Föderalismus ist da eher ein sachlich trockenes Thema, was eigentlich nicht mal bei ausgewiesenen Staatsrechtlern glühende Augen hervorruft, aber trotzdem ist es ein Thema, was enorm wichtig ist.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegen die Beschlussempfehlung und der Bericht des Rechts- und Europaausschusses auf Drucksache 4/172 vor, die auf die Föderalismusdiskussion in Deutschland eingehen, jedoch durch die Beratung im Ausschuss noch wesentliche inhaltliche Ergänzungen erfahren haben. Lassen Sie mich daher an dieser Stelle kurz den Beratungsverlauf im Rechts- und Europaausschuss erläutern. Die Beratungen zur Föderalismusdiskussion hat der Ausschuss zum Anlass genommen, dem Landtag wesentliche Aussagen zum europäischen Verfassungskonvent zu empfehlen. Die Idee einer europäischen Verfassung ist nicht neu. Jahrzehntlang sind in unterschiedlichen Gremien unterschiedliche Entwürfe über eine Verfassung für Europa diskutiert und beraten worden. Gescheitert ist das Projekt in der Vergangenheit immer wieder an grundsätzlicher Ablehnung in den Ländern, die ein anderes Verfassungsverständnis als wir haben, und auch an einem fehlenden Willen, grundlegende Integrationsfragen festzulegen.

Nunmehr schaut die Situation jedoch anders aus. Nachdem der Europäische Rat in Laeken Ende 2001 den Europäischen Konvent eingesetzt hat mit der Aufgabe, dass dieser bis März 2003 eine europäische Verfassung vorbereiten soll, die dann 2004 auf einer Regierungskonferenz formell verhandelt und abschließend vom Europäischen Rat verabschiedet werden soll, wird mit großer Kraft an einem Verfassungstext gearbeitet. Zahllose Repräsentanten, Gremien und Initiativen nutzen diesen Prozess, um ihre Interessen zu formulieren und einzubringen. Die Arbeit des Verfassungskonvents ist wichtig, da ansonsten dem Integrationsprozess in Europa Stillstand drohen würde.

Wenn nun die Beratungen im Rechts- und Europaausschuss zum Föderalismus Antrag genutzt wurden, um auch Aussagen zur europäischen Verfassung, genauer genommen zum Wertebezug in der Präambel des Verfassungsvertrages der EU zum Prinzip der Subsidiarität bis auf die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung, sowie Aussagen zur Funktion des Ausschusses der Regionen zu machen, so geschah dies vor dem Hintergrund, dass der Ausschuss genau wie der Konvent der Deutschen Länderparlamente eine enge Verknüpfung sieht zwischen der Problematik der Ausgestaltung des deutschen Föderalismus und der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen, die durch die Europäische Union gesetzt werden. Bevor der Kollege Neumann als weiterer Berichterstatter hierauf näher eingehen wird, möchte ich zum Abschluss noch erläutern, warum die Beschlussempfehlung auch Aussagen zum Wertebezug in der Präambel in der europäischen Verfassung vorsieht.

In der Sitzung des Rechtsausschusses habe ich es so formuliert: Wir haben und wir sind eine europäische Währungsgemeinschaft, wir sind eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Was uns fehlt, ist eine europäische Wertegemeinschaft, wo die Werte der einzelnen Völker zusammen definiert und auch zusammen festgeschrieben werden und dann allgemein bindend sind. Ausgangspunkt war die Initiative des schleswig-holsteinischen EUAusschusses an die norddeutschen Europaausschüsse

mit dem Ziel, den Forderungen der Kirche in Deutschland gegenüber dem EU-Konvent Nachdruck zu verleihen.

Nach einer Anhörung von Sachverständigen der evangelischen und katholischen Kirchen hat der Rechts- und Europaausschuss diese Initiative gerne aufgegriffen, da die Frage in der Identifizierung mit einer Verfassung in Europa entscheidend von der Präambel abhängig ist. Alle Menschen und alle Völker müssen sich in ihr wiederfinden können. Die Aussöhnung zwischen den Völkern hängt meines Erachtens nach eng mit der europäischen Entwicklung zusammen. Und wer könnte besser berufen sein, wenn nicht wir, die ermessen können, was Einheit, Freiheit und Demokratie bedeuten, um eine Aussage zu treffen, dass auch eine europäische Verfassung kein Selbstzweck ist, sondern wichtige Wertvorstellungen beachten muss.

In unserer Verfassung hat unser Land hierzu Entscheidendes ausgesagt, nämlich dass menschliches Tun begrenzt ist. Deshalb war es unserem Ausschuss auch wichtig, dass die Initiative von Schleswig-Holstein aufgegriffen und eine Aussage zum Transzendenzbezug gegeben wird. Wenn nun der Landtag nach dieser Aussprache über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Rechtsausschusses beschließt, so gibt er unserer Präsidentin ein Votum in die Hand, die Sichtweise des Hauses zur Föderalismusdiskussion in der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten einzubringen. Der Beschluss richtet sich auch an den Vorsitzenden des Europäischen Konvents sowie an dessen deutsche Mitglieder und Beobachter, die sicherlich auch, wie der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz und der Vorsitzende des Rates der EKD, diesen Beschluss mit Interesse zur Kenntnis nehmen werden.

Vor dem Hintergrund möchte ich mich bei den Mitgliedern im Rechts- und Europaausschuss für die sachlichen und konstruktiven Beratungen bedanken, die durch die engen Terminsetzungen in Bezug auf die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten, aber auch durch den Verfassungskonvent gesetzt wurden. Die vorliegende Beschlussempfehlung ist eigentlich eine Beschlussempfehlung geworden, an der alle Fraktionen mitgewirkt haben und in der alle Fraktionen sich auch wiederfinden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Dr. Ulrich Born, CDU, und
Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Krumbholz.

Ebenfalls das Wort zur Berichterstattung hat nun der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

Karsten Neumann, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Reihen haben sich gelichtet. Sicherlich war die erste Diskussion so nervenaufreibend, dass viele Kollegen jetzt erst mal eine Pause brauchen. Aber eigentlich geht es genauso nervenaufreibend weiter, nur eben als gemeinsames Anliegen aller drei Fraktionen. Deshalb werde ich das mal positiv.

Ein gerade in Parlamentsreden oft zitiertes Sprichwort besagt: „Was lange währt, wird gut“. Dass etwas so schnell geht wie die Beratung zu dem vorliegenden Antrag, bedeutet aber nicht gerade das Gegenteil, wie die vorliegende einstimmig angenommene Beschlussemp-

fehlung des Rechts- und Europaausschusses belegt. Ein Schnellschuss ist es sehr wohl, aber einer, der trotzdem genau trifft.

Ich möchte mich vorab bei allen Kollegen des Ausschusses und bei den Sachverständigen für die äußerst intensive und zielgerichtete Diskussion dieses Antrages und der Änderung bedanken. Der Rechts- und Europaausschuss hat in dieser Diskussion drei Anliegen zusammengebunden:

- zum einen die Ausrichtung des vorgelegten Antrages der SPD und PDS auf eine grundlegende Stellungnahme zu den Themen des geplanten Konventes der Präsidentinnen und Präsidenten sowie der Fraktionsvorsitzenden der deutschen Länderparlamente,
- zum Zweiten das Schreiben des schleswig-holsteinischen Landesparlamentes mit der Bitte, uns in geeigneter Form dem dortigen Beschluss zur Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Europa anzuschließen,
- und zum Dritten die Ausformung der allgemein gehaltenen Bezugnahme des Antrages auf die europäische Verfassungsdiskussion.

Der Rechts- und Europaausschuss hatte die bereits vor der Dezembersitzung des Landtages anberaumte nichtöffentliche Sachverständigenanhörung von Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf der Grundlage des schleswig-holsteinischen Anliegens genutzt, um diesen Zusammenhang deutlich zu machen und eine Verknüpfung aller drei Anliegen herzustellen. Dies war sicherlich ein ungewöhnliches Verfahren. Dass dies allerdings gelungen ist, zeigt die Einlassung des Sachverständigen Herrn Crone, Leiter des Erzbischöflichen Amtes in Schwerin. Er führte in seinem Eingangsstatement aus, dass die nähere Beschäftigung mit allen drei Anliegen für ihn die Gemeinsamkeit und den Dreh- und Angelpunkt der Föderalismusdiskussion deutlich werden ließ, die Frage nach der Identität der Menschen in der Europäischen Union.

Bei der Föderalismusfrage geht es darum, wie man nationale Identität in einem größer werdenden Europa bewahren will. Wenn die Union sich das Ziel gestellt hat, die nationale Identität ihrer Mitgliedsstaaten zu achten, dann gehöre dazu neben den verfassungsmäßigen und politischen Strukturen auch die regionale und kommunale Selbstverwaltung wie der europaweit unterschiedlich ausgestaltete Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Durch den bereits angesprochenen Transzendenzbezug in der Präambel einer künftigen Verfassung sollten auf der einen Seite diejenigen in den Blick genommen werden, die sich auf christliche Fundamente beriefen, als auch diejenigen, die keine Christen seien. Dies sei letztendlich auch eine Frage der Ausformulierung der Präambel. In der sich anschließenden Diskussion des Ausschusses wurden sowohl die Präambel der polnischen Verfassung als mögliches Modell als auch die unterschiedlichen theologischen Sichtweisen, die sich in den Mitgliedsstaaten auch noch unterscheiden, auf bereits bestehende Präambeln beleuchtet. Deutlich wurde hierbei die gemeinsame Auffassung, dass all die Diskussionen nur dann Sinn machen, wenn in der Präambel die Völker und Menschen der EU als Akteure benannt werden, da eine wertebasierte Bezugnahme von Staaten undenkbar sei. Die neue Ver-

fassung muss ihre Legitimation aus der Autorität der Völker beziehen und nicht wie bisher als Vertrag zwischen den Staaten ausgestaltet werden, wenn es wirklich eine Verfassung werden soll.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Der Ausschuss diskutierte einen entsprechenden Vorschlag von Mitgliedern des Konventes, der neuen Verfassung nationale Erwägungsgründe voranzustellen, um daran anschließend die gemeinsamen europäischen Werte zu benennen. Leider sage ich das so, weil die Zeit im Ausschuss nicht ausreicht, um hier eine gemeinsame Stellungnahme für den Vorschlag zu unterbreiten, auch wenn nicht wenige Sachverständige und Mitglieder diesen Gedanken im Grunde unterstützenswert fanden.

Die Bezugnahme auf die gemeinsamen Werte der Wahrung der Menschenwürde und der Grundrechte war im Ausschuss hingegen völlig unstrittig, wie die europäischen Ziele der Förderung von Frieden und Versöhnung, Gerechtigkeit, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit. Ebenso schloss sich der Ausschuss einstimmig der Forderung nach der Achtung des Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften an, die diese nach den nationalen Regelungen genießen.

Der Ausschuss verständigte sich im Ergebnis der Sachverständigenanhörung auf einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der die Stellungnahme der Kirchen zu den Fragen einer wertebasierten Präambel und zur Forderung nach einer Sicherung nationalstaatlicher Kompetenzen im Verhältnis zwischen Staat und Kirche aufgriff. Diese Änderungen finden Sie unter Punkt 1 b der Beschlussempfehlung.

Dem zweiten Teil der Ausschussberatung lag ein Änderungsantrag der Fraktionen der PDS und SPD zugrunde. Auf der Grundlage der aktuellen Dokumente des europäischen Konventes nimmt der Ausschuss Stellung zu den Fragen der Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips in Punkt 1 c der Beschlussempfehlung, der damit einhergehenden notwendigen Finanzverfassung in Punkt 1 d, der Konkretisierung der europäischen Zielvorstellung der sozialen Kohäsion in Punkt 1 e und der Form der Inkraftsetzung des Verfassungsvertrages in Punkt 1 f.

Der Rechts- und Europaausschuss beriet auf der Grundlage von insgesamt 19 aktuellen Dokumenten des Konventes, die zu referieren ich hier leider nicht die Zeit habe, außerdem auf der Grundlage der Entschließung des Europäischen Parlamentes zu der Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im europäischen Aufbauwerk vom 14. Januar 2002. All diese Dokumente können Sie in den Beratungsunterlagen des Ausschusses nachlesen. Ich hoffe, viele werden doch neugierig.

Auf einer so umfangreichen Informationsbasis konnten natürlich nicht alle Punkte der Beschlussempfehlung annähernd so ausführlich und kompetent beraten werden, wie es durch die Sachverständigenanhörung zum Punkt 1 b der Fall war. So beschränkte sich der Ausschuss auf die Grundfragen wie beispielsweise die institutionelle Einbindung des Ausschusses der Regionen durch ein prospektives Klagerecht, wenn er durch Rechtsakte der EU das Subsidiaritätsprinzip für verletzt hält.

Erst zwei Tage vor der Ausschusssitzung, die am 16. Januar war, hat das Europäische Parlament den so genannten Napolitano-Bericht debattiert und beschlossen, der

dank der Unterstützung unserer Landesvertretung in Brüssel als Tischvorlage noch Berücksichtigung finden konnte. Leider hatten wir auch in diesem Punkt nicht genügend Zeit für die Debatte. Erst nach Abschluss der Ausschussbefassung wurde deutlich, dass die Fraktionen sich einer Stellungnahme gegen ein separates Klagerecht für die Region mit Gesetzgebungsbefugnis nicht anschließen können. Der Ihnen vorliegende Änderungsantrag auf Drucksache 4/195 der Fraktionen schlägt deshalb die Streichung des entsprechenden Satzes in der Beschlussempfehlung vor. Auch wenn ich dies fachlich nur bedauern kann, so bitte ich im Sinne eines fraktionsübergreifenden Konsenses um die Zustimmung zu dieser Änderung.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Der Ausschuss debattierte auch die Frage, ob wir angesichts der Neufassung in den Punkten 1 c und d sowie 2d, in denen wir uns zum Subsidiaritätsprinzip äußern, nicht den Innenausschuss beteiligen müssen. Dies lehnte der Ausschuss angesichts der Tatsache ab, dass eine Beteiligung des Innenausschusses angesichts des Zeitplanes des Konventes und des Zeitplanes der Vorbereitung der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten sowie der Fraktionsvorsitzenden nicht mehr machbar ist und der Rechts- und Europaausschuss vom Landtag mit der Beratung des Antrages beauftragt worden ist. Nichtsdestotrotz sind alle Ausschüsse des Landtages weiterhin eingeladen, sich mit der europäischen Debatte zu beschäftigen und initiativ zu werden. Wir verstehen uns hier als federführend zuständiger Ausschuss, der Initiativen anderer Ausschüsse begrüßen und unterstützen wird.

Der Abgeordnete Friese hat dankenswerterweise bereits einen Auszug der dem Rechts- und Europaausschuss vorliegenden Unterlagen an die Mitglieder des Innenausschusses weitergeleitet. Schlussendlich spricht sich der Rechts- und Europaausschuss in Punkt 1 f für die Annahme der Verfassung durch eine europaweite Volksabstimmung aus, dies auch im Hinblick auf die Eingangsdebatte zur Präambel der Verfassung und unserer eigenen positiven Erfahrungen mit der Annahme der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch eine Volksabstimmung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der vorliegenden Beschlussempfehlung sind längst nicht alle die Kompetenzen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern berührenden Fragen des Europäischen Konventes aufgegriffen worden. Wie die Sachverständigen bestätigten, stehen beispielweise auch Fragen der Kulturhoheit der Länder zur Debatte. Allerdings bestätigten sie auch den Zeitdruck, dem der Landtag unterliegt, soll die Stellungnahme noch Gehör finden.

Am 7. Februar, also in acht Tagen, wird der Europäische Konvent im Plenum abschließend über den Schlussbericht der Arbeitsgruppe des Konventes zum Thema „Einbeziehung der nationalen und regionalen Parlamente“ beraten. Dieser Abschlussbericht liegt seit Oktober letzten Jahres vor. Unsere Stellungnahme heute kommt also bereits ziemlich spät, aber noch nicht zu spät.

Wir empfehlen unter Punkt 3 a, diesen Beschluss in die Vorbereitung der Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten sowie Fraktionsvorsitzenden einzubringen und sich dafür einzusetzen, dass die Vertreter aller Länderparlamente gemeinsam im Sinne unseres heutigen Beschlusses gegenüber dem Konvent Stellung nehmen. Zuletzt hat der Präsident des Deutschen Bundestages die

Länderparlamente am 21. Januar des Jahres hierzu eindringlich aufgefordert und zu Recht darauf hingewiesen, wie dringend notwendig eine breite Debatte und die Beteiligung der Länderparlamente ist.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Debatte genauso konstruktiv und auf Konsens bedacht sein wird wie die im Rechts- und Europaausschuss, auch wenn vielleicht nicht alle Punkte durchsetzbar sein werden. Da der Europäische Konvent sich bereits am 7. Februar mit der Rolle der nationalen und regionalen Parlamente befasst, schlägt der Ausschuss weiterhin in Punkt 3 b vor, die Präsidentin zu bitten, diesen Beschluss umgehend den deutschen Mitgliedern des Konventes mit der Bitte um Berücksichtigung und Unterstützung zuzuleiten. Neben der Berichterstattung der Landesregierung schlägt der Rechts- und Europaausschuss dem Landtag in Punkt 5 der Beschlussempfehlung vor, ihn zu beauftragen, die Arbeiten weiterzuverfolgen und dem Landtag gegebenenfalls Beschlussempfehlungen zu unterbreiten.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Rechts- und Europaausschuss hat die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung einstimmig angenommen. Sie stellt den gegenwärtigen Stand der gemeinsamen Überzeugung in diesem Parlament zu unserer künftigen Verantwortung in Europa und Deutschland in den Vordergrund. Insofern beweist sie eindrucksvoll die Eingangsbemerkung in der Sachverständigenanhörung, dass die gemeinsamen demokratischen Grundwerte und Überzeugungen sich in der Föderalismusdebatte auf europäischer wie auf nationaler Ebene widerspiegeln. In diesem Sinne empfiehlt der Rechts- und Europaausschuss das vorläufige Ergebnis dieser Debatte dem Landtag zum Beschluss in der Überzeugung, dass wir uns als Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit diesem Beitrag in eine hochaktuelle Diskussion konstruktiv und gemeinsam einbringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Neumann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne damit die Aussprache.

Es erhält das Wort die Abgeordnete Frau Bretschneider von der Fraktion der SPD. Bitte schön.

Sylvia Bretschneider, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal erinnern, weshalb wir im Dezember dieses Hohe Haus mit dem Antrag „Föderalismus voranbringen – Länderkompetenzen stärken“ befasst haben. Gemeinsames Anliegen aller Fraktionen war es, und das ist in der damaligen Debatte deutlich geworden, uns als Landesparlament Mecklenburg-Vorpommern in die aktuelle Föderalismusdebatte einzubringen. Diese Debatte wird nicht nur auf der Ebene der Parlamente geführt, sie wird auch geführt auf der Ebene der Regierung, auf der Ebene der Bundesregierung bis hin zur europäischen Ebene.

Welche Position hat nun das Landesparlament und damit auch das Parlament Mecklenburg-Vorpommern zu folgenden Fragen? Ich will die wesentlichsten Handlungsebenen hier noch einmal beschreiben.

Da geht es um Zuständigkeiten, um Kompetenzen, um das Verhältnis zwischen Landesparlamenten und Bundesparlament. Da geht es um das Verhältnis zwischen Landesparlament und Landesregierung, da geht es um die Zuständigkeiten und Kompetenzen der Landesparlamente im europäischen Einigungsprozess, und das alles vor dem Hintergrund des anspruchsvollen Zieles, dass man damit politische Teilhabe sichern will, Politik transparent gestalten will, für den Bürger erlebbar gestalten will. Ich glaube, diese Diskussion haben wir auch in der Einbringung so geführt.

Vielleicht ist es auch noch mal interessant zu beleuchten, weshalb wir uns als Parlament gerade jetzt und aktuell in diese Debatte verstärkt einbringen. Das hat aus meiner Sicht mehrere Gründe. Das eine ist der formale Grund, dass es im März den Konvent der Präsidenten und Fraktionsvorsitzenden geben wird. Aber es gibt auch einen anderen Hintergrund. Die neuen Länder haben sich in den Anfangsjahren, und dazu zählen wir uns natürlich auch, mit sehr vielen Dingen befassen müssen. Das war die ganze Frage der Staatsorganisation, das war die Frage, welche Befugnisse durch Parlament und Exekutive auszufüllen sind. Jetzt inzwischen haben wir einen Stand erreicht, in dem wir uns auf gleicher Augenhöhe mit den alten Ländern bewegen, weil wir uns zunehmend mit den Mängeln des jetzt aktuell existierenden föderalen Systems konfrontiert sehen und uns natürlich fragen: Ist das, wie es derzeit ausgestaltet ist, richtig oder sind hier Veränderungen erforderlich? Dazu treten dann noch die ganzen Komplexe der Herausforderungen des europäischen Einigungsprozesses.

In Vorbereitung des Konvents am 31. März in Lübeck haben nunmehr alle 16 Bundesländer daran mitgewirkt, Vorschläge zu erarbeiten, wie wir der Ursprungskonzeption unseres Grundgesetzes wieder näher kommen können. Ich will das noch mal zitieren: „Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.“

Von diesem Grundsatz haben wir uns an vielen Stellen eben schon sehr weit entfernt und es besteht jetzt auch vor dem Hintergrund dieses Konvents und vor dem Hintergrund der Fragen, die uns auch in Bezug auf Europa bewegen, erstmals die begründete Hoffnung, dass noch in der laufenden Wahlperiode des 15. Deutschen Bundestages es zu einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes kommen könnte, in der die Länder wieder mehr Kompetenzen eingeräumt erhalten. Diese Zeitschiene haben nicht nur die Präsidenten der Landtage und die Fraktionsvorsitzenden ins Auge gefasst, sondern derartige Überlegungen entsprechen auch den Vorstellungen der Ministerpräsidentenkonferenz, soweit uns dazu Informationen vorliegen.

Gestern haben sich die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente in Berlin getroffen, um die Fragen des Föderalismus noch einmal zu erörtern und sich dabei auch mit dem jetzt vorliegenden Entwurf der Resolution für diesen Föderalismuskonvent zu befassen. Ganz wichtig war an diesem gestrigen Tag auch ein gemeinsames Treffen zu dieser Thematik mit dem Bundespräsidenten, der auf dem Konvent auch zum Thema des Konvents sprechen wird. Es waren alle Landesparlamente vertreten und eindeutige Aussage dieses Treffens war, dass der Schwerpunkt der Bemühungen aller Landesparlamente darauf gelegt werden muss, eine Stärkung der Kompetenzen der Bundesländer gegenüber dem Bund zu

erreichen. Das ist der eine Aspekt. Der andere Aspekt ist die ganze Frage: Welche Stellung haben die Landesparlamente zukünftig in Europa?

Ich bin dankbar, dass seitens der Berichterstatter zur Beschlussempfehlung gerade dieser Aspekt des europäischen Prozesses hier noch einmal hervorgehoben werden konnte. Ich würde mich auch aus diesem Grund darauf beschränken, mich auf den anderen Aspekt zu konzentrieren.

In Vorbereitung des Konventes am 31. März hat am 16. Dezember im vergangenen Jahr noch einmal die Arbeitsgruppe, die aus Präsidenten und Fraktionsvorsitzenden besteht, getagt. Sie haben einen abgestimmten Entwurf eines Positionspapiers, eines Resolutionsentwurfes vorgelegt. Und ich denke schon, dass es wichtig wäre, hier auch noch einmal das Haus über die wesentlichsten Punkte dieses Resolutionsentwurfes zu informieren, zu dem ja noch bis zum 28. Februar Änderungsanträge eingebracht werden können.

Ich will hier diese Schwerpunkte, die sich auf die Stärkung der Kompetenzen der Landesparlamente beziehen innerhalb der Bundesrepublik, noch einmal formulieren. Es geht dabei ganz klar um das generelle Bekenntnis zur Stärkung des Föderalismus, die Aussage, dass von Seiten aller Landesparlamente und Fraktionsvorsitzenden eingeschätzt wird, dass das politische Modell des Föderalismus sich bewährt hat und ermöglicht, dass eine gemeinsame Verantwortung für das Ganze auch unter Berücksichtigung des Prinzips der Solidarität und natürlich der Vielfalt der Länder auf allen Gebieten gewährleistet werden kann. Und trotzdem ermöglicht das föderale System die eigenen Wege der Länder bei der Aufgabenerfüllung. Das wird ausdrücklich noch einmal betont vor dem Hintergrund, dass es darum gehen muss, bei allen Prozessen, die ablaufen, regionale Identität nicht zu vernachlässigen und auch Bürgernähe zu gewährleisten.

Der zweite große Hauptpunkt dieser Resolution befasst sich mit der Reformbedürftigkeit des föderalen Systems. Hier wird noch einmal eindrucksvoll darauf hingewiesen, dass das im Grundgesetz eigentlich verankerte Prinzip der Ausgewogenheit des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern in den letzten Jahren verlassen wurde und man hier wieder zu einem Gleichgewicht kommen muss.

Es werden auch noch mal die Prozesse aufgeführt, die dazu geführt haben. Das ist einmal die Zentralisierung, aber auch die Entwicklung zum Exekutivföderalismus. Und die Gefahr, die darin besteht, dass nämlich die Vielfalt, die Bürgernähe und natürlich auch die demokratische Legitimation sowie Transparenz und Effektivität politischen Handelns damit gefährdet werden, ist noch einmal ausdrücklich betont worden. Deshalb setzt die Resolution darauf, den Föderalismus und hier insbesondere die Gesetzgebungskompetenzen der Länder wieder zu stärken. Dabei wird betont, dass es nicht darum geht, hier nur Formulierungen zu finden, die den Ansprüchen der Parlamente, sprich der Präsidentenkonferenz gerecht werden, sondern dass es schon darum geht, hier auch einen engen Schulterschluss zwischen Landesparlamenten und Landesregierungen zu erzielen.

Die Konferenz gestern hat einen Überblick darüber gegeben, wie die Behandlung dieser Zielstellung in den einzelnen Landesparlamenten derzeit vorangeschritten ist. Es ist deutlich gemacht worden, dass in allen Landesparlamenten eine positive Zustimmung zu diesem

Resolutionsentwurf zu erwarten ist. Einige haben sich bereits durch entsprechende Beschlüsse positioniert, andere, so wie unser Parlament, sind noch in der Befassung gewesen. Aber es ist davon auszugehen, dass sich an der grundsätzlich positiven Beschlussempfehlung dazu nichts ändern wird.

In dem Zusammenhang sei vielleicht auch noch zu bemerken, dass die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der CDU sich bereits Anfang Januar positiv zu dieser Resolution verhalten hat. Die anderen Fraktionsvorsitzendenkonferenzen tagen demnächst. Und auch hier sind Zustimmungen zu erwarten und die Verabschiedung entsprechender Beschlüsse.

Der Wunsch und Wille zur Reform sind also in allen Landtagen vorhanden. Das ist deutlich gemacht worden, aber es gibt natürlich auch Probleme und Schwierigkeiten, wenn es um die Details geht,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

also genau festzulegen, welche der Kompetenzen denn die Länder nun zurück auf ihren Tisch holen und wie das möglich ist. Da gibt es natürlich sehr unterschiedliche Interessenlagen und der in der Resolution enthaltene Katalog dieser Möglichkeiten ist eben noch kein Konsens.

Jetzt ist natürlich die Frage, wie man hier Einvernehmlichkeit erreichen kann. Es gab dazu verschiedene Vorschläge. Wir haben uns gestern in diese Diskussion mit eingebracht. Und zwar haben wir angeregt, dass man einen Vorschlag, der nicht neu ist, aber gerade in die aktuelle politische Diskussion bisher nicht einbezogen war, wieder aufzugreifen, und zwar darüber nachzudenken, ob man in Bezug auf Artikel 72 Grundgesetz eine entsprechende Zugriffsklausel vereinbaren oder einen Artikel 72 a einfügen könnte. Dieser Vorschlag könnte dann wie folgt lauten: „Soweit der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht nach Artikel 72 Absatz 1 Gebrauch gemacht hat, können die Länder eine bundesgesetzliche Regelung ganz oder teilweise durch Landesrecht ersetzen oder ergänzen, wenn nicht der Bundestag innerhalb von drei Monaten nach Zuleitung des Gesetzesbeschlusses Einspruch erhebt.“

Ich habe bereits gesagt, es ist kein neuer Vorschlag. Er stammt bereits aus der Verfassungsdiskussion der 70er Jahre, aber es wäre eine Möglichkeit, um diesen beabsichtigten Konsens über die Rückholung von Kompetenzen zu ermöglichen. Es ist noch mal auf Seiten der Präsidenten und der Fraktionsvorsitzenden darauf hingewiesen worden, dass dieser Konvent zum Erfolg geführt werden muss und er doch bitte auch so konkret wie möglich sein möchte. Und wenn man das mit einem Katalog nicht hinkommt, wäre das beispielsweise eine gangbare Formulierung. Natürlich kann man eine solche Variante auch noch durch einen entsprechenden Negativkatalog ergänzen für Fälle, in denen die Ergänzung oder Setzung durch Landesrecht ausgeschlossen sein soll. In jedem Fall böte dieses Verfahren aber die Chance, dass die Diskussion über einen Kompetenzkatalog genau aus der anderen Perspektive geführt werden müsste. Es müsste nämlich festgelegt werden, wann bereits abstrakt das Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen Regelung besteht, also wann die Rechtsmaterie generell bundesgesetzlich geregelt sein soll, weil die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- beziehungsweise Wirtschaftseinheiten gesamtstaatlichen Interesses eine bundesgesetzliche Regelung unbedingt erforderlich machen.

In dem Zusammenhang will ich an das Beispiel erinnern, ob es denn einer bundeseinheitlichen Regelung bedarf darüber, wann der Rasenmäher schweigen muss. Die Bedingungen sind in Großstädten, sind von Land zu Land sicherlich sehr unterschiedlich. Das wäre so ein Fall, wo aus unserer Sicht sicherlich Kompetenzen zurückgeholt werden können. Das ist sicherlich nur ein kleines Beispiel, nichts Bedeutsames, aber es zeigt, an welchen Stellen wir hier doch unsere Kompetenzen aus der Hand gegeben haben.

Natürlich müsste dieser Maßstab auch angelegt werden, wenn der Bundestag gegen einen Gesetzgebungsbeschluss eines Landesparlamentes Einspruch erhebt. Das heißt, der Bundestag müsste mit einem Einspruch detailliert begründen, dass und warum die Kriterien nach Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz eine landesgesetzliche Regelung ausschließen.

Die Präsidentenkonferenz hat diesen Vorschlag gestern in die Überlegungen mit einbezogen. Die Arbeitsgruppe wird sich am 14. März vor dem Konvent nochmals treffen, um hier den vorgelegten Entwurf und die noch einfließenden oder eingehenden Vorschläge einzubeziehen und weiterzuberaten. Zur Sitzung des Konvents: Es wird für uns auch eine gute Gelegenheit werden, da neben den Präsidenten und Fraktionsvorsitzenden auch die Vorsitzenden der entsprechenden Rechts- und Europaausschüsse eingeladen werden als Gäste.

Ich will ganz zum Schluss noch einmal Bezug nehmen auf das Gespräch mit dem Bundespräsidenten, der für das Anliegen des Konvents uns die volle Unterstützung zugesagt hat und dort auch sprechen wird. Johannes Rau hat in vielen Reden auf den Föderalismus Bezug genommen, hat aber auch zugleich das Spannungsfeld beschrieben. Ich will mal ein Zitat bringen, das das sehr verdeutlicht: „Die Vielfalt und das Selbstbewusstsein der Länder führen zu einem gesunden Wettbewerb. ... Auch diese wettbewerbliche Seite des Föderalismus hat durchaus ihr Gutes – solange sie nicht auf Kosten der nötigen Solidarität geht. ... Es gibt im Bundesstaat keine gliedstaatlichen Teilmöller, die wirtschaftlich ihre eigenen Wege gehen könnten, ohne sich um die Not der anderen zu kümmern. Bund und Länder sind nur unterschiedliche Werkzeuge und Treuhänder seines Gemeinwohls. Der Bundesstaat ist unteilbare Solidargemeinschaft.“

Damit ist sehr eindrucksvoll belegt, dass im Wettbewerb auch eine Chance des Föderalismus liegt. Die Länder haben die Möglichkeit, eigenverantwortlich zu gestalten und so in einem bundesweiten Wettbewerb um Lösungen für die anstehenden Probleme und Herausforderungen zu ringen. Gleichzeitig hat er aber auch aufgezeigt, dass Wettbewerb im Föderalismus eine Grenze finden muss, nämlich dann, wenn die erforderliche Solidarität im Bundesstaat nicht mehr gewahrt ist, also wenn die Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nicht gleichwertig sind – so beschreibt es Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz. Und das gilt natürlich auch in vielen Fragen der Finanzbeziehungen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen möchte ich vielleicht ein sprachliches Bild anführen, das auch durch den Bundespräsidenten geprägt wurde, der die Situation der föderalen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland sehr treffend beschreibt. Er hat darauf hingewiesen, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes eigentlich eine klare Abgrenzung der Verantwortung von Bund und Län-

dern wollten, und zwar ähnlich klar gegliedert wie eine Schichttorte. Und er hat gesagt: „Heute gleicht die föderale Ordnung in Deutschland eher einem Marmorkuchen.“ Ob man das reparieren kann, bleibt abzuwarten, und wir werden sehen, was die Ergebnisse des Konvents am 31. März in Lübeck dazu bringen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Bretschneider.

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag, mit dieser Beschlussempfehlung begeben wir uns auch auf die Ebene der europäischen Verfassungsdiskussion. Nun ist es durchaus Zufall, dass diese Debatte im Landtag am 30. Januar stattfindet. Wenn sich aber die Völker Europas auf den Weg machen, sich eine Verfassung zu geben, kommen sie um ihrer Zukunft willen nicht an ihrer Vergangenheit und Gegenwart vorbei. Gerade das deutsche Volk hat in dieser Frage des Zusammenwachsens der Völker und Staaten Europas eine besondere Verantwortung und da erscheint es unserer Fraktion wichtig, von dieser Stelle aus an den 30. Januar 1933 zu erinnern. An diesem 30. Januar wurde Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Hitler übernahm nicht einfach die Macht, er wurde in diese Machtposition gebracht. Ganz Europa sollte der Ideologie und Politik Hitlers, seiner Unterstützer und Förderer unterworfen werden. Bürgerrechte wurden aufgehoben, demokratische Parteien zerschlagen, Gewerkschaften aufgelöst. Der Zerschlagung jeglichen demokratischen Lebens folgte der bis dahin schrecklichste Krieg in der Geschichte Europas. Und wenn die Völker Europas auf dem Weg sind, sich eine Verfassung zu geben, dürfen sie diese Erfahrungen nicht außer Acht lassen. Antifaschismus sollte deshalb zu den Werten und Zielen der Union gehören.

(Beifall Ute Schildt, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Von unserem Bundesland sollten dazu die entsprechenden Impulse im Diskussionsprozess ausgehen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns auf den Weg machen, gemeinsam mit den Präsidentinnen und Präsidenten und den Fraktionsvorsitzenden der deutschen Landesparlamente die Diskussion zur europäischen Verfassung aufzunehmen, erhält auch unsere, durch unsere Landesverfassung formulierte Verantwortung, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, eine neue Qualität.

Gerade in diesen Tagen erscheint es meiner Fraktion daher wichtig darauf hinzuweisen, dass Frieden und Versöhnung Werte und Ziele jeglicher Politik sein müssen,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Angelika Gramkow, PDS)

in Europa, im Nahen und Mittleren Osten, in Amerika, überall auf der Welt. Wahrung des Friedensgebots und des Gewaltverbots, Grundlagen der UN-Charta müssen auch Grundlage der europäischen Politik sein. Krieg darf kein legitimes und zu rechtfertigendes Mittel der Politik sein, nicht in Europa und nicht im Irak.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Welt ist heute verletzbarer denn je und der Frieden ist im Zeitalter der Globalisierung unteilbar. Das ist die Botschaft, die auch von diesem Hohen Haus ausgehen muss. Und wenn sich das alte Europa auf den Weg in das neue Europa macht, kann es auf Frieden und Friedenssicherung nicht verzichten. Unser Bundesland kann und muss dazu einen Beitrag leisten. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Nunmehr hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ankermann. Bitte schön, Herr Ankermann.

Michael Ankermann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Ritter, ich danke Ihnen. Ihnen ist es offensichtlich gelungen, Interesse für das Thema zu wecken. Der Saal hat sich doch wieder gefüllt.

(Reinhard Dankert, SPD: Nur wegen Ihnen, Herr Abgeordneter.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vom Landtag in der Dezembersitzung überwiesene Antrag „Föderalismus voranbringen – Länderkompetenzen stärken“ ist im Rechtsausschuss sehr konstruktiv, eingehend und auch in vielfältigen Facetten beraten worden. Es haben allerdings – und auch das darf in dieser Situation nicht verschwiegen werden – wegen des zeitlichen Drucks nicht nur Fraktionen, sondern auch einzelne Abgeordnete darauf verzichtet, einzelne Punkte weitergehend zu beraten, und um der rechtzeitigen Beschlussfassung willen möchte ich diesen Abgeordneten und diesen Fraktionen hier meinen herzlichen Dank dafür aussprechen. Vielen Dank!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Der Antrag hat zwei Teilbereiche. Er besteht einmal aus dem europäischen, europarechtlichen Teilbereich der europäischen Verfassungsdiskussion und dem anderen Teil, in dem es um die föderale Ordnung der Bundesrepublik Deutschland geht.

Der europäische Konvent – dieses ist hier schon angekungen – berät seit geraumer Zeit die europäische Verfassung. Beratungen sind offenbar nicht nur vom Landtag in Mecklenburg-Vorpommern kaum zur Kenntnis genommen worden. Ausnahmen bestätigen hier zwar die Regel, aber die Regierung – und das ist meine feste Überzeugung – hat diese Beratung hier überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, sie hat ihr überhaupt kein Interesse gezollt. Aber dazu komme ich noch später.

Warum, fragen wir uns an dieser Stelle, ist denn überhaupt eine Stellungnahme des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern wichtig. Es sind 16 Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland, die dazu Stellungnahmen abgeben können. Es gibt weitere Gebiete in der europäischen Gemeinschaft, etwa 160 mit mehr oder weniger gesetzgebenden Körperschaften, die dazu Stellungnahmen abgeben können. Warum denn dann ausge-

rechnet Mecklenburg-Vorpommern? Warum sollte die Stellungnahme nicht den originären Mitgliedern der europäischen Gemeinschaft überlassen bleiben?

Meine Damen und Herren, nach meiner Auffassung wäre dieses fatal, denn die Politik lebt von Mitgestaltung, lebt von Diskussion und lebt auch von Mitwirkung. Europa, das ist nicht nur Brüssel, London und Paris, sondern Europa ist beispielsweise auch Hagenow, Anklam oder Wismar.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Europa ist hier und Europa ist auch Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Karsten Neumann, PDS)

Als Gesetzgeber – und als diese müssen wir uns hier auch verstehen – sind wir deswegen verpflichtet, uns in einer solchen Frage auch zu Wort zu melden und nicht die Diskussion an uns vorbeistreichen zu lassen und zuzusehen, was passiert. Wir haben die Interessen der Wählerinnen und Wähler wahrzunehmen und dürfen nicht zusehen, wie andere dieses tun. Niemand wird abstreiten, dass Politik gestaltet, auch dann, wenn die Meinungsbildung nicht, wie es das Bundesverfassungsgericht im Bereich der Parteien sieht, von unten nach oben gebildet wird, sondern dann, wenn sie von oben gefasst wird und dann nach unten durchwirkt.

Lassen Sie mich dazu ein Beispiel nennen. Heute vor 70 Jahren war der Tag der Machtergreifung Hitlers. Mein Vater – keine Angst, ich werde Sie jetzt nicht mit Familiengeschichten langweilen – war damals sieben Jahre alt, kam also gerade zur Schule. Was er dort gelernt hat, nicht gerade in der ersten oder zweiten Klasse, aber dann später, war eins, nämlich dass Frankreich der typische deutsche Erzfeind ist. So hat es auch sein Vater gelernt und so hat es auch sein Großvater gelernt und die Generationen davor. Das war einfach so. Fast genau 30 Jahre später trafen sich in Paris, wahrscheinlich bei einer guten Flasche Bordeaux, zwei Staatsmänner. Der eine, Deutscher, Adenauer – ich muss enttäuschen, nicht von der SPD –, der andere de Gaulle, Franzose, setzten sich zusammen, sie kannten sich kaum. Beide waren schon etwas fortgeschrittenen Alters, der eine etwa 65, der andere etwa 80, und sie unterschrieben einen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, was in dieser Situation 1963 eigentlich kaum denkbar gewesen ist. Wir haben gerade vor einigen Tagen das 40-jährige Jubiläum dieses Vertrages in Deutschland und in Frankreich gefeiert. De Gaulle überzeugte die Franzosen, die natürlich auch Argwohn gegen die Deutschen hatten, diesen zu vergessen, und Adenauer, der von den deutschen Politikern das größte Vertrauen bei den Franzosen genoss, schaffte es auch, die Deutschen von dem guten Sinn dieses Freundschaftsvertrages zu überzeugen. Und versuchen Sie heute einmal – dort hinten sitzt offensichtlich eine Schulklasse –, einem Pennäler weiszumachen, dass die Franzosen, das französische Volk, der Erzfeind des deutschen Volkes wäre. Wahrscheinlich würden die den Notarzt rufen und sagen, der ist nicht mehr ganz ..., jetzt wäre mir fast ein unparlamentarischer Ausdruck herausgerutscht.

(Reinhard Dankert, SPD:
Wir wissen, was Sie meinen.)

Sie wissen, was ich meine. Danke.

Politik gestaltet Leben und wir können deshalb nicht an der Frage der Mitwirkung der europäischen Verfassung achtlos vorbeigehen, so, wie ich den Eindruck habe, dass es unser Landeseuropaminister doch tut.

Der Rechts- und Europaausschuss hat deshalb diesen Antrag zum Anlass genommen, dort eine europäische Komponente einzuarbeiten, weil der Landtag bisher politisch noch nicht Stellung bezogen hat.

Der europäische Konvent – auch dies ist bereits angeführt worden – wird sich schon im nächsten Monat, Anfang des nächsten Monats, abschließend mit der Rolle der einzelnen Parlamente beschäftigen. Daher haben die Mitglieder des Rechts- und Europaausschusses es für notwendig erachtet, dass auch unser Bundesland dazu eine Stellungnahme abgibt. Wir haben deshalb den Antrag zum Anlass genommen, unsere europapolitischen Positionen zu artikulieren, und schlagen dem Landtag die Annahme dieses Antrages zur Beschlussfassung vor. Der Landtag erkennt die enge Verknüpfung zwischen der Föderalismusdebatte, die in Deutschland geführt wird, auch gestern gerade wieder in Berlin, und der Frage der Regelung der Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Rechte der Bundesländer – das ist, glaube ich, in diesem Hause auch eindeutige und einhellige Meinung – sollten dabei verfahrensmäßig abgesichert werden. Der Landtag erkennt darüber hinaus, dass es einen Kernbestand nationaler Identität neben dem ausgesprochen starken Föderalismus gibt, denn wir sind ja Mecklenburger oder wir sind Vorpommern oder wir sind möglicherweise auch Bayern. Er ist zurzeit gerade nicht da.

(Ute Schildt, SPD: Was sind Sie denn? –
Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Es ist nämlich das Zugehörigkeitsgefühl oder die Zugehörigkeit zu Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Die Ebene Europa und Staat auf der einen Seite wird gegen eine Verabsolutierung der politischen Ordnung der Europäischen Union mit der Definition eines gemeinsamen Wertefundaments aller Menschen in den europäischen Mitgliedsstaaten auf der anderen Seite verbunden, so dass sich die Menschen in dem gemeinsamen Europa bereits in der Präambel der Verfassung wiederfinden können. Dieses ist eine ganz wichtige Voraussetzung, dass auch von den Menschen, von dem einzelnen Bürger, von der einzelnen Bürgerin Europa angenommen wird.

Angeregt durch den interfraktionellen Antrag des schleswig-holsteinischen Landtages haben wir uns im Ausschuss mit der Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften beschäftigt und uns auch sachkundig mit den Vertretern der Kirchen unseres Landes beraten. Im Ergebnis des Gesprächs wurde deutlich, dass die Aufnahme eines Wertebezuges in die Präambel des Verfassungsvertrages der EU und eine Positionierung der Stellung der Kirchen innerhalb der künftigen europäischen Verfassungs- und Kompetenzordnung erforderlich sind, denn Europa braucht nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch eine Wertegemeinschaft in dem zuvor ausgeführten Sinne.

Ich halte es ferner für außerordentlich wichtig, dass sich der Landtag dafür ausspricht, dass die Charta der Grundrechte in den Verfassungsvertrag aufgenommen wird. Deutschland ist nicht gerade das typische Land und der Erfinder der Grundrechte gewesen. Das wissen wir. Da

sind möglicherweise Frankreich und Großbritannien eher zu nennen. Aber das Bonner Grundgesetz, unter dem wir hier alle leben, hat deutlich gemacht, dass die Grundrechte an allererster Stelle einer Verfassung stehen sollen. Und von uns kann sich heute keiner mehr vorstellen, dass das, was wir als Grundrechte im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes haben, einmal aufgegeben werden könnten. Dieses ist selbst in dieser umfassenden Weise in Europa noch nicht überall in dem Maße vorhanden, so dass man durchaus den Grundrechtskatalog bereits in die Verfassung aufnehmen sollte.

Die im Verfassungsvertrag vorgesehenen Werte und Ziele der EU sollen insbesondere neben der Nennung der Menschenwürde, dieses ist für uns ganz selbstverständlich, und der Grundrechte den Gedanken der Förderung von Frieden und Versöhnung, Gerechtigkeit, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit zusätzlich nennen, denn auch dadurch wird deutlich, dass es gemeinsame Werte in Europa gibt und nicht nur gemeinsame Interessen in Bezug auf Wirtschaft und Währung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rechts- und Europaausschuss herrschte daneben aber auch Einigkeit darüber, dass Länder und Parlamente in der Europäischen Union gestärkt werden müssen. Eine auf 25 Staaten erweiterte Europäische Union muss sich auf die europäischen Kernaufgaben beschränken, wenn sie handlungsfähig bleiben will. Im Verfassungsvertrag ist daher präzise eine europäische Kompetenzordnung festzulegen und zu verankern, in der die Zuständigkeit der Europäischen Union eindeutig festgelegt und auch begrenzt wird. Richtschnur für diese Zuordnung müssen die Grundsätze der Subsidiarität bis auf die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung hinunter, und zwar auch im finanziellen Sinne, das Verhältnismäßigkeitsprinzip und das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung sein.

Sie sehen, der ursprüngliche Antrag „Föderalismus voranbringen – Länderkompetenzen stärken“ hat im Rechts- und Europaausschuss eine deutliche Erweiterung und auch darüber hinaus eine Stärkung erfahren. Wir werden uns zukünftig in vermehrtem Maße – dieses ist auch bereits angekungen – mit diesem Thema zu beschäftigen haben. Das klingt fast wie eine Drohung, aber Sie müssen es sicher auch so sehen, dass es eine gestalterische Aufgabe, eine hochinteressante Aufgabe ist, die sich das Parlament selbst geben kann, wenn es sich zukünftig mit einer europäischen Verfassung und einer Gestaltung derselben beschäftigen kann, denn unser ganzes Leben, die politische Zielstellung wird sich immer mehr in Europa wiederfinden. Europa wächst – das haben insbesondere auch die letzten Jahre gezeigt – deutlich immer mehr zusammen. Der Rechts- und Europaausschuss jedenfalls ist bereit, sich den Aufgaben der Zukunft und des zukünftigen Europas zu stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und Karsten Neumann, PDS)

Bei der Landesregierung und Ihnen, Herr Ministerpräsident, als zuständigem Landeseuropaminister habe ich allerdings den Eindruck, dass Sie die Existenz dieser Aufgaben noch nicht einmal wahrgenommen haben. Sie pflegen zwar das Landesvaterimage, aber dieses sollte Sie nicht davon abhalten, sich fortschrittlich und engagiert dem europäischen Gedanken zuzuwenden, und zwar besser heute als morgen, denn wenn die Dinge erst einmal beschlossen sind, dann haben wir überhaupt keine

Möglichkeit mehr, darauf Einfluss zu nehmen. Europa ist die Zukunft auch Mecklenburg-Vorpommerns.

Um hier eine eigenständige Zuständigkeit des Parlaments und damit auch das Heft des Handelns in der Hand zu behalten, hat der Rechts- und Europaausschuss sich dazu entschlossen, den Prozess weiter zu begleiten und den Landtag zu unterrichten beziehungsweise ihm zukünftig Beschlüsse zu empfehlen. Dieses ist ein weiterer und anderer Gesichtspunkt, den Föderalismus voranzubringen, indem man Länderkompetenzen stärkt.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Exkurs zu einem aufschlussreichen Gespräch der Obleute des Kultusausschusses und des Rechtsausschusses mit Professor von Mutius von der Universität in Kiel, und zwar zum Landeshochschulgesetz. Professor von Mutius hat im Rahmen dieses Gesprächs dargelegt, dass nach seiner Auffassung, er ist Staatsrechtler, die Landtage – hier sind nicht nur wir gemeint, sondern auch die anderen – zukünftig in deutlich stärkerem Maße selber dafür Sorge tragen müssen, dass sie die verfassungsmäßig zugewiesene Gesetzgebungskompetenz stärker und insbesondere eigenständiger ausgestalten. Das bedeutet, dass beispielsweise Gesetzesvorhaben zukünftig stärker aus der Mitte des Parlaments kommen sollten und nicht das Parlament schließlich zu einem Beschlussfassungsgremium oder Beschlussgremium der Landesregierung wird.

Meine Damen und Herren, wir müssen doch nicht unser Licht unter den Scheffel stellen und sagen, wir können das alles nicht, Gedanken und Ziele aussprechen und die Umformung dieser Gedanken und Ziele in ein Gesetz, in einen Gesetzestext. Diese Umformung kann man ja getrost irgendwelchen Experten intern oder extern überlassen. Dieses wäre eine Möglichkeit, den Landtag deutlich zu stärken und die Arbeit sowie das Gedankengut des Landtages in das Land selbst zu transferieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Gerade gestern haben die Nachbesserungen zum Regierungsentwurf des Schulgesetzes, die der Landtag vorgenommen hat, gezeigt, dass handwerkliche Fehler gemacht worden sind. Wenn eine fundierte Beratung schon zu einem früheren Zeitpunkt über diesen Komplex stattgefunden hätte, hätte man möglicherweise diese Fehler vermeiden können. Man wird nie alle Fehler ausschließen können, aber mit einem solchen Vorschlag ist möglicherweise eine ganz neue Richtung parlamentarischer Arbeit vorgegeben. Professor von Mutius hat in diesem Falle auch seine persönliche Unterstützung dazu angeboten. Ob man darauf zurückgreifen möchte oder nicht, das ist eine andere Frage, aber es ist durchaus ein lohnender Gedanke, mit dem auch das Selbstverständnis des Parlaments hier in Mecklenburg-Vorpommern und der Parlamente allgemein gestärkt werden kann.

Schließlich noch zum zweiten Teil des Antrages, der sich der Föderalismusreform in Deutschland zuwendet. Auch hier setzt sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern für eine Stärkung der föderalen Ordnung im eigentlichen Sinn ein. Die Gesetzgebungskompetenz liegt grundsätzlich bei den Ländern. Das Subsidiaritätsprinzip hat bis hinunter auf die Ebene der Städte und Gemeinden allergrößte Bedeutung. Um auch hier den Anschluss an die Entwicklung zu behalten, fordert der Landtag von der Landesregierung eine umfassende und ständige Information der Bund-Länder-Kommission Föderalismus ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie herzlich, der Beschlussempfehlung des Rechts- und Europaausschusses zu folgen und dem in dieser Form vorliegenden Antrag zuzustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, einzelnen Abgeordneten der SPD und Karsten Neumann, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ankermann.

Als Nächstes erhält das Wort die Fraktionsvorsitzende der Fraktion der PDS Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Gramkow, Sie haben das Wort.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe gerade mal so geträumt

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Was?! Bei dem schönen Schnee.)

und habe mir vorgestellt, wie schön es wäre, wenn die Landtagsfraktionen doch mal den Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern einbringen könnten, denn das können wir ja bekanntlicherweise nicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Das ist alleiniges Recht der Regierung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, das stimmt.)

Und wenn ich in manchen Augen von uns so ein bisschen genau zu diesen Fragen Desinteresse lese, dann geht es bei diesem Thema nicht um mehr oder weniger als um unseren Job.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Es geht um unsere Arbeit,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Genau.)

für die wir von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. – Reinhard Dankert, SPD: Auch bezahlt worden sind.)

Und heute Morgen haben die Handwerkerinnen und Handwerker uns einen Forderungskatalog übergeben und klar gemacht, was die Landespolitikerinnen und Landespolitiker, die sie gewählt haben, umsetzen sollen, damit ihnen geholfen wird.

(Zuruf aus dem Plenum: Vor allem von der Regierung.)

Und wenn man an der Seite mit ihnen diskutiert hat, und nicht nur mit den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretern, sondern auch mit dem Handwerksmeister oder dem Innungschef, dann hat er gesagt, wir wissen ja, 90 Prozent davon könnt ihr leider im Land nicht entscheiden, sondern wir müssen darauf hoffen, dass es in Berlin im Bundestag oder im Bundesrat entschieden wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber wenn wir die zehn Prozent ernst nehmen, dann haben wir schon viel zu tun.)

Das sind doch die Ausgangsbedingungen, über die wir bei diesem Thema reden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wer hat denn die Steuerreform erhoben?)

Und natürlich ist es klar, Herr Rehberg und Herr Born, ich bin mit Ihnen natürlich einer Auffassung, dass die zehn Prozent, die wir regeln müssen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es sind ein bisschen mehr als zehn Prozent.)

bei uns im Land zu regeln sind.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Wo ich allerdings Ihre Auffassung nicht teile – und das sage ich hier auch so –, wenn es denn die großen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ernst mit Steuererleichterungen gerade für Handwerkerinnen und Handwerker gemeint haben, hätten Sie längst die Mehrwertsteuer über produktive Dienstleistungen auf sieben Prozent heruntergesetzt.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Dieses ist bisher immer flächendeckend abgelehnt worden im Deutschen Bundestag.

(Beifall Karsten Neumann, PDS – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber zurück zu unserem Thema. Die PDS ist für vieles verantwortlich, Herr Rehberg, dazu stehen wir auch, aber an diesem Punkt nun wahrlich nicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben der Steuerreform zugestimmt. Sie haben der Steuerreform zugestimmt. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU – Glocke des Vizepräsidenten)

Wir sehen also, dass im konkreten Fall das Thema Föderalismus und Rolle der Landesparlamente sowie die Bedeutung unserer Entscheidung sehr interessant sein kann, nämlich wenn es ins Detail geht. Und auch ich möchte mich sehr herzlich für die Arbeit des Rechts- und Europaausschusses bedanken, gleichzeitig aber auch für die Initiative unserer Präsidentin,

(Beifall Ute Schildt, SPD)

denn bisher ist dieser Prozess spurlos an uns vorbeigegangen. Ich bin sehr froh, dass wir hier heute einen substantiellen Beitrag für die Vorbereitung des Konventes, der am 31. März in Lübeck stattfindet, leisten können und in einem zweiten Aspekt uns zur Frage der europäischen Mitarbeit, des europäischen Konventes verständigt haben.

Meine Vorrednerinnen und -redner haben vor allen Dingen der europäischen Seite sehr viel an Gewicht beigegeben. Ich möchte mich deshalb auf die Frage des europäischen Konventes nicht beziehen, sondern auf die Frage, die ich selbst mit zu entscheiden habe, als Fraktionsvorsitzende der PDS, in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der PDS und dann auch letztendlich mit einer Entscheidung zum Konvent in Kiel.

Es wurde Zeit, dass wir uns in die Debatte einmischen, denn die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sind sich auf ihrer Ebene im Interesse der Regierung fast einig. Die Föderalismuskommission der Bundesregierung und der Länder arbeitet und der europäische Konvent tagt. Und was haben wir bisher gemacht? Wir haben zugeguckt. Diese Phase ist jetzt beendet. Darüber bin ich froh, weil wir uns endlich einmischen in diesen Prozess.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS,
Karsten Neumann, PDS,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Und hier müssen wir wiederum der Initiative der Landtagspräsidenten, unserer Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten folgen, denn sie haben in der Heringsdorfer Erklärung im Mai 2000 bereits auf diesen Prozess aufmerksam gemacht. Letztendlich ist auch viel Zeit vergangen, ehe wir begriffen haben, worum es sich bei diesem Thema handelt und welche Möglichkeiten wir mit diesem Thema für die Gestaltung unserer eigentlichen Arbeit haben.

Wir bekennen uns heute ausdrücklich zu dieser Debatte und der notwendigen Föderalismusreform, die auch zum Ziel hat, die Rolle der Landesparlamente und die Wirkung von Landesparlamenten zu stärken. Und dieses ist notwendig – Frau Bretschneider hat vorhin darauf verwiesen –, weil es eine zunehmende Tendenz von Zentralisierung gibt, also der Bund entscheidet, die Länder nicken ab, eine Entwicklung zum Exekutivföderalismus. Föderal heißt, das entscheidet die Landesregierung, notfalls mit Zustimmung des Parlamentes, es geht aber viel besser ohne Zustimmung des Parlamentes. Es geht um Fragen der Steuermehreinnahmenverteilung. Wir müssen angesichts der Situation ja eher sagen Steuermindereinnahmenverteilung. Es geht letztendlich auch um die Frage, mit welchem Ziel denn die vorgesehenen Kompetenzänderungen in den Artikeln 74 und 75 des Grundgesetzes, also Gesetzgebungsprozesse vorgenommen werden sollen. Und da kann es doch nicht nur die rechts- und verfassungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher interessieren, ob wir sagen, zukünftig hat der Bund nicht mehr die Hochschulrahmengesetzgebung, sondern über die Hochschule entscheiden wir zukünftig in allen Fragen auf der Landesebene.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Sind wir uns eigentlich darüber einig?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

In dem von Ihnen erwähnten Katalog steht dieses klar drin.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja.)

Ich würde doch unsere Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker in den Fachausschüssen mal bitten, in diesen Katalog zu schauen, weil am Ende dann auch die Leistungen eines Landes, die materiell-technische Ausstattung eines Landes dafür verantwortlich ist, was wir uns leisten können in welchem Bereich und was nicht. Und manchmal ist es für uns doch einfacher gewesen zu sagen, das können wir leider nicht regeln, das hat uns der Bund vorgeschrieben. Insofern hat er uns auch politische Verantwortung nach und nach, Stück für Stück immer abgenommen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

die wir uns jetzt auf bestimmte Weise wieder zurückholen wollen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS: Richtig.)

Es geht uns in diesem Prozess darum, allerdings auch zu sagen, dass es nicht nur darum geht, die Landesparlamente zu stärken, sondern dass wir über eine Bilanz reden müssen, und zwar die Bilanz zwischen bundesstaatlicher Verantwortung, föderaler Kompetenz der Landespolitik und einer Ebene, die ich leider in allen Redebeiträgen vermisst habe, nämlich dem Leben in unseren Kommunen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das haben wir in der Einbringung aber ausführlich diskutiert.)

Meine Ausführungen, die ich bisher gemacht habe, verwiesen in diesem Zusammenhang immer mal wieder darauf, dass gerade die Kommunen aus dieser Diskussion nicht herausgehalten werden dürfen. Es war ein Grundanliegen der PDS, dass auch der heute vorliegende Antrag letztendlich darauf Bezug nimmt. Es kann nicht nur darum gehen, dass wir uns um die Staatsqualität der Länder bemühen und fatalerweise dabei die Kommunen vergessen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Beifall Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist richtig.)

Sie sind nämlich Objekte des Föderalismus. Aber es wird Zeit, dass wir ihnen auch eine subjektive Rolle in diesem Prozess ermöglichen,

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

und zwar im Interesse eines starken Landes und nicht gegen Landesinteressen.

Die kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Deutsche Landkreistag, haben hier interessante Vorschläge unterbreitet und ich bitte darum, dass wir das nicht als kommunale Mitbeteiligungsquengelei betrachten, womit wir uns widerwillig auseinander setzen müssen. Man kann über die vorgeschlagene Verteilung der Gesetzgebungskompetenz streiten, aber ich möchte, dass wir darüber streiten und sie nicht von vornherein in den Skat drücken und damit in diesem Prozess tatsächlich die Ebene der Kommunen, ihre Rolle und Bedeutung als Verwaltungseinheiten, aber auch als demokratische Teilhabe betrachten. Sie gelten immer noch mehr als Anhängsel von Landespolitik und Landesverwaltung und da, denke ich, muss in der Föderalismusdebatte es auch vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Karsten Neumann, PDS)

Meine Damen und Herren, die vorliegenden Thesen zum Konvent – auf die wir, die wir uns damit beschäftigen müssen als Präsidentinnen und Präsidenten sowie als Fraktionsvorsitzende – erwecken den Eindruck, als ginge es nur um eine Reform des Föderalismus, um des Föderalismus selbst willen. Die Thesen sind auch sehr allgemein formuliert, weil – Frau Bretschneider hat darauf hingewiesen – wir in diesem Konvent möglichst über alle Parteigrenzen hinweg eine sachdienliche Entscheidung gemeinsam haben wollen. Aber weil sie so allgemein gehalten sind, müssen wir uns zukünftig darum kümmern, dass sie untersetzt und definiert werden. Insofern, denke ich, ist die Anregung aus dem Konvent, es nicht mit dem einmaligen Ereignis am 31. März in Lübeck dabei zu belassen, sondern sich in einem Folgekonvent mit den Detailfragen zur Gesetzgebungskompetenz, Finanzverfassung bis hin zur Rolle der Regionen der Länder im europäischen Einigungsprozess zu beschäftigen.

(Beifall Detlef Müller, SPD,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Und wenn man eine wirkliche Reform des Föderalismus in Mecklenburg-Vorpommern möchte, dann wollen wir als PDS gern drei Fragen beantwortet haben. Ich würde mich freuen, wenn auch diese drei Fragen bei Ihnen eine gewisse Zielorientierung sein könnten, denn wenn wir es ernst meinen mit der Reform des Föderalismus, muss beant-

wortet werden: Wie kommen wir zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Bundesländern und was bedeutet das für den europäischen Prozess? Es ist eine Frage, die insbesondere für uns als ostdeutsches Flächenland dann auch mit der nahen Grenze zum neuen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, Polen, eine besondere Rolle spielt. Und damit ich nicht falsch verstanden werde, es geht uns da nicht um Gleichmacherei. Es ist ja auch nicht unbedingt attraktiv, in allen Bereichen zu werden wie Bayern. Ein bisschen Eigenständigkeit tut uns da gut.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es ist schade, wenn Sie Bayrisch sprechen.)

Aber es geht nicht um Gleichmacherei, sondern es geht bei uns um das Prinzip Vielfalt in der Einheit. Insofern kann Wettbewerb in diesem Zusammenhang Katalysator dafür sein, darf aber nicht Maßstab und Ziel des Föderalismus sein. Deshalb bin ich sehr froh, dass die Änderungsanträge der FDP zum Konvent, die eine Festschreibung des Wettbewerbsföderalismus in diesem Bereich wollten, abgelehnt worden sind. Ich hoffe, dass wir auch dabei bleiben werden.

Zweitens sollten wir uns die Frage beantworten, wie die Reform dazu beiträgt, demokratische Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger, ihre Beteiligung an Macht und an der Politik zu verbessern. Oder machen wir es dann nur um unser selbst willen?

Und drittens: Wie kann in diesem Prozess letztendlich mehr Transparenz gesichert werden?

Ich denke, wir werden in Lübeck einen Konsens erreichen. Ich gehe davon aus, dass die PDS-Fraktionsvorsitzenden der neuen Länder sich diesem anschließen werden, und freue mich auf die Weiterarbeit an diesem Prozess, und zwar gemeinsam und möglichst tatsächlich über Parteigrenzen hinweg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Der Rechts- und Europaausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/47 in der Fassung seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Ich lasse zunächst über den hierzu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf Drucksache 4/195 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf der Drucksache 4/195 einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Beschlussfassung über die geänderte Beschlussempfehlung. Wer also der Beschlussempfehlung mit der soeben beschlossenen Änderung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung des Rechts- und Europaausschusses auf der

Drucksache 4/172 mit der soeben beschlossenen Änderung einstimmig angenommen. Ich denke, das ist ein klares Signal, das dieser Landtag in die bundesrepublikanische Föderalismusdebatte entsendet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Stärkung der politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/165.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Stärkung der politischen Bildung
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/165 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lochner-Borst für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Verdrossen sind die Ahnungslosen.“, so der Politikwissenschaftler Werner Patzelt in einem Essay, veröffentlicht in der „Zeit“. Darin geht er auf die Politikverdrossenheit vieler Menschen ein, die sich in Kenntnislücken, Missverständnissen und Vorurteilen begründet. So hat der Parlamentarismusforscher herausgefunden, dass, ich zitiere: „Gerade die Hälfte der Deutschen glaubt, schon etwas von Gewaltenteilung gehört zu haben. Was Föderalismus sei, wissen 59 Prozent nicht. Vom Rest machen 14 Prozent falsche Angaben. 40 Prozent der Deutschen können nichts oder nur Unrichtiges über den Bundesrat äußern.“ Bei seiner Betrachtung tiefergehender Systemkenntnisse, wozu bereits Parlaments-, Regierungs- und Oppositionsaufgaben gehören, tut sich ein Abgrund auf. Folge dieser Unwissenheit sind oftmals Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber dem Regierungssystem und den politischen Institutionen. Ablesbar wird dies unter anderem an einer schlechten Wahlbeteiligung oder indem Menschen sich an extremistischen Politikvorstellungen orientieren.

Veränderungen in der politischen Bildung sind also dringend notwendig. Dazu gehört aber zunächst eine Betrachtung der vorhandenen Strukturen. Der zentrale Ort für politische Bildung ist die Schule. Hier liegt aber ein Dilemma. An unseren Universitäten werden im Bereich der Politikwissenschaften Lehramtsstudierende für das Fach Sozialkunde ausgebildet. Es gibt aber keinen Lehrstuhl für Didaktik der Sozialkunde beziehungsweise der politischen Bildung. Wie also wird politische Bildung an unseren Schulen vermittelt? Hinzu kommt, dass im Jahr 2004 die Lehrerweiterbildung im Rahmen des Xenos-Projektes ausläuft. Wo und wie wird diese wichtige Aufgabe fortgeführt und wie viel Zeit bleibt an den Schulen für politische Bildung insgesamt?

Aber auch die große Anzahl der Träger außerhalb von Schule und Hochschule ist ein wichtiges Merkmal politischer Bildung. In unserem Land leisten Kirchen, Volkshochschulen, Gewerkschaften, kommunale Verbände, Jugendverbände, Stiftungen der Parteien sowie die europäische Akademie mit ihrer Bildungsarbeit einen wesentlichen Beitrag für unser politisches System. Deshalb verdienen sie es, wo immer möglich gefördert und unterstützt zu werden. Und es sollte selbstverständlich sein, sie alle in einen Neustrukturierungsprozess einzubeziehen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Sicher könnte man nun aus finanzpolitischer Sicht auf die Idee kommen, diese Strukturen- und Trägervielfalt genauer unter die Lupe zu nehmen. Dies würde aber am Wesen der politischen Bildung vorbeigehen, denn gerade der pluralistische Charakter der politischen Bildung ist ein wichtiger Bestandteil politischer Willensbildung. Eine Neustrukturierung der politischen Bildung in unserem Land ist deshalb im Interesse aller Beteiligten zu vollziehen und es darf nicht sein, dass ein so wichtiges Thema hinter verschlossenen Türen verhandelt werden soll.

Politische Bildung hat in der Geschichte der Bundesrepublik einen so hohen Stellenwert, weil sie vor allem auf ein solides demokratisches Grundverständnis abzielt. Dieses sollte auch die politische Arbeit im Landtag bestimmen. Und deshalb muss es selbstverständlich sein, ein so wichtiges Thema auch im höchsten politischen Gremium des Landes zu diskutieren. Politische Bildung hat einen umfassenden Charakter und ist kein Privileg einer bestimmten politischen Gruppierung oder gar einer Landesregierung. Sie ist ein hohes Gut unseres Gemeinwesens und sollte diesen Stellenwert auch zukünftig behalten. Im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist diese Thematik am besten aufgehoben. Dort gibt es die Möglichkeit, alle Beteiligten anzuhören und mit ihnen zusammen am Ausbau unserer demokratischen Infrastruktur zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, betrachten Sie den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion als ein Angebot, dieses wichtige Thema angemessen zu beraten. Überweisen Sie diesen Antrag mit uns zusammen in den zuständigen Fachausschuss, wo wir gerne auch über die einzelnen Punkte des Antrages diskutieren wollen. Aber machen Sie die politische Bildung nicht zu einem Thema am Rande und betrachten Sie sie vor allem nicht nur unter finanzpolitischen Aspekten. Der Umgang mit der politischen Bildung ist letztlich auch ein Spiegel für das Demokratieverständnis der frei gewählten Abgeordneten dieses Hauses.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich beantrage im Namen der CDU-Fraktion die Überweisung der Drucksache 4/165 in den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Brodkorb.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Lochner-Borst, wir hatten uns darauf verständigt, hier miteinander vernünftig umgehen zu wollen. Das möchte ich auch weiter pflegen. Ich kann auch fast allen Ihren Ausführungen zustimmen. Die SPD-Fraktion wird diesen Antrag dennoch ablehnen. Ich möchte dafür drei Gründe nennen:

Erstens. Wir könnten den ersten Absatz annehmen, den Sie uns hier vorlegen, nur, verzeihen Sie mir, dass ich das so sagen muss, inhaltlich entspricht dies einfach unserem Koalitionsvertrag, den wir bereits beschlossen haben. Das heißt, wir könnten zwar jeden einzelnen Paragraphen unserer Koalitionsvereinbarung, dem Sie auch zustimmen, hier noch einmal zur Abstimmung stellen, aber der Sache nach würde uns das nicht weiterbringen. Deswegen halten wir die Zustimmung zum ersten Punkt schon für nicht nötig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Käme also der zweite Punkt. Und da gibt es meines Erachtens zwei Einwände dagegen, dem zuzustimmen. Der erste Einwand ist, aber das ist ein fachpolitischer, darüber muss man diskutieren, Sie machen da Vorschläge, die sehr diskussionswürdig sind, wo man auch sehr deutlich anderer Meinung sein kann. Und Sie greifen damit einer Debatte vor, die, wie Sie der Presse entnommen haben, erst begonnen hat und noch nicht abgeschlossen ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was?)

Es muss erlaubt sein, dass sich die Koalitionsparteien zunächst einmal gemeinsam treffen und darüber diskutieren, welche Vorstellungen sie haben. Wir haben auch erklärt, sobald wir dort zu einem vernünftigen Ergebnis gekommen sind, das man auch fachgerecht diskutieren kann, werden wir die Öffentlichkeit – und das schließt die Opposition ein – in diesen Prozess mit einbeziehen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das heißt, Sie haben dementsprechend selbst vorgeschlagen, diesen Antrag zu überweisen und nicht anzunehmen, nur offenbar mit dem Ansinnen, dieses Thema in den Bildungsausschuss zu holen. Nur, Sie sind die Vorsitzende des Bildungsausschusses und Ihnen müsste bekannt sein, dass sowohl Ihre Fraktion als auch unsere Fraktion bereits das Thema politische Bildung beantragt haben. Sie haben einen Zettel mit Themen abgegeben, wo die politische Bildung erwähnt ist. Wir haben sie auch benannt, das heißt, darüber besteht auch innerhalb des Ausschusses das Einverständnis, dass wir das Thema diskutieren. Insofern bedarf es dieses Antrages nicht, um dieses Thema im Ausschuss zu besprechen. Aber es sei an dieser Stelle versichert, wir werden dies dennoch im Ausschuss konstruktiv tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodkorb.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der PDS-Fraktion Herr Dr. Bartels.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich erinnere mich sehr gut an eine meiner ersten Reden in diesem Hohen Haus 1995, als die damaligen Koalitionäre der PDS-Fraktion wiederholt den Vorwurf machten, dass jetzt Artikel des damaligen Koalitionsvertrages zu Anträgen umfunktioniert werden. Und als ich den Antrag las, hatte ich die Frage: Macht das jetzt die CDU, was uns damals vorgeworfen wurde? Ich will aber deutlich sagen, zuerst ist mir wichtig, dass wir alle gemeinsam die Fragen der politischen Bildung für außerordentlich bedeutsam in der Entwicklung unseres Landes halten. Und ich denke, dass wir an der Stelle in der weiteren gemeinsamen Arbeit anknüpfen sollten und das auch

können. Das finde ich schon gut. Die Frage ist bloß: Brauchen wir dazu diesen Antrag oder, genauer gesagt, brauchen wir dazu den als Antrag formulierten Punkt 190 des Koalitionsvertrages zwischen SPD und PDS? Und ich sage darauf Nein. Ich sage dies im Namen der PDS-Fraktion.

Herr Brodtkorb hat eben schon darauf hingewiesen, dass es bereits erste Festlegungen im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur gibt, sich des Themas anzunehmen. Ich hoffe sehr, dass wir die fraktionsübergreifenden Bemühungen der letzten Legislaturperiode, dass sich der Bildungsausschuss aus eigenem Antrieb dieses Problems angenommen hat, wofür es bis dahin keinen Ansprechpartner im Landtag gab, wo wir fraktionsübergreifend versucht haben, Initiativen zu beginnen, um in der politischen Arbeit insgesamt voranzukommen, auf der Grundlage der Vorstellungen der einzelnen Fraktionen dann auch im Bildungsausschuss weiterführen können. Ich denke, Frau Lochner-Borst, dass wir da eine gemeinsame Sprache und gemeinsame Aktivitäten finden können.

Ich möchte trotzdem noch etwas sagen zu den einzelnen Punkten, die im CDU-Antrag stehen, wo ich mir nicht so sicher bin, ob die Intentionen des Punktes 190 des Koa-Vertrages von der CDU richtig verstanden worden sind. Im Koalitionsvertrag steht, dass wir eine Stärkung der politischen Bildung wollen. Warum das notwendig ist, darüber sind wir sehr weitgehend einer Meinung. Aber im Koalitionsvertrag steht nicht, dass es um eine Stärkung der Landeszentrale für Politische Bildung geht. Deshalb greift aus meiner Sicht und aus der Sicht der PDS-Fraktion der erste Punkt des vorliegenden Antrages zu kurz. Wir wollen eine ergebnisoffene Diskussion, wie wir eine Struktur für die politische Bildung in diesem Land schaffen. Dabei muss genau überlegt werden, wie wir das strukturieren. Dabei kann am Ende eine Stärkung der Landeszentrale für Politische Bildung herauskommen, es muss aber nicht so sein, denn die Palette und die Problematik der politischen Bildung sind natürlich sehr viel breiter, als das auch heute schon in der Landeszentrale für Politische Bildung gemacht wird. Deshalb halten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt diesen Punkt 1 für nicht zustimmungsfähig.

Der Punkt 2, die Zusammenführung der Mittel, steht nicht nur im Koalitionsvertrag, sondern ist auch ein wesentliches Ergebnis der vielfältigen Debatten des Ausschusses in vergangenen Legislaturperioden, wo wir versucht haben, in Selbstbefassung hier entsprechende Initiativen zu starten. Wir werden sicher im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte zum Haushalt 2004/2005 über erste Schritte in dieser Richtung zu reden haben und dann auch zu prüfen haben, ob die Schritte die richtigen sind. Und auch deshalb sollten wir uns vor dieser Haushaltsdebatte im Ausschuss schon mit diesen Fragen beschäftigen.

Auch der Punkt 3 ist nun ein sehr spezifisches Problem aus dem Bereich, der in den vergangenen Legislaturperioden immer wieder eine Rolle gespielt hat, und zwar die Frage der Förderung der Bildungsstätten mit Beherbergungsbetrieb. Auch das ist eine Haushaltsfrage und wir werden uns den Nachtragshaushalt angucken müssen, ob es dort Probleme gibt oder nicht. Und wenn es die Probleme gibt, werden wir, denke ich, in bewährter Art und Weise dort Initiativen entwickeln müssen. Ein bisschen widerspricht dieser Punkt 3 Ihrer Forderung, Frau Loch-

ner-Borst, nämlich dass wir nicht nur über Finanzen reden wollen. Deshalb ist für mich eigentlich ein systematischer Bruch in den Punkten enthalten. Dass wir auch weiterhin dafür sein werden, die Beherbergungsstätten so weit wie möglich zu fördern, steht für die PDS außer Diskussion.

Punkt 4. Auch hier ist sicher ein sehr wichtiger und richtiger Punkt angesprochen, nämlich die Intensivierung der Weiterbildung von Lehrern. Es ist unstrittig, dass die Schule eine wesentlich stärkere Rolle in der politischen Bildung spielen muss, aber es ist eine Rolle. Und auch deshalb, denken wir, greift dieser Punkt hier an dieser Stelle zu kurz, auch wenn er natürlich einen wichtigen Aspekt benennt.

Zum Abschluss will ich sagen, ich sehe oder ich ahne den Vorwurf, dass die Koalitionsfraktionen sich des Themas nicht annehmen wollen und dass sie aus Prinzip einem Oppositionsantrag nicht zustimmen wollen. Ich denke, das Angebot und die Notwendigkeit, gemeinsam über politische Bildung in diesem Land und ihre Stärkung zu reden, liegt auf dem Tisch. Wir sollten das tun. Wir sollten über diese Dinge gemeinsam reden im Bildungsausschuss und dann auch im Landtag, aber diesen Antrag brauchen wir dafür nicht. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es scheint, dass die Menschen in der DDR mehr über das System der Bundesrepublik, über die Zusammenhänge dort und die amtierenden Politiker wussten, als dies heute der Fall ist, wo wir alle im vereinten Deutschland leben können. Das sollte uns, die wir Politik nicht nur für uns, sondern für unser Land und die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gestalten, nicht kalt lassen. Hier wollen wir gegensteuern. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass mehr für die politische Bildung in Mecklenburg-Vorpommern getan werden muss. Darum beraten wir heute unseren Antrag.

Die Kenntnis politischer Zusammenhänge hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert. Dies zeigen nicht allein Umfragen und sinkende Wahlbeteiligungen. Dies zeigt auch ein Blick auf die Statistik der beliebtesten Fernsehsendungen. Wenn gerade in unserem Land politische Sendungen, und sei es nur die Hauptnachrichtensendung des Abends, nicht einmal mehr genannt werden, sagt dies viel über das Interesse der Menschen an Politik aus.

Jeder von uns erfährt dieses Desinteresse, welches zu Nichtwissen führt, bei der Arbeit im Wahlkreis. Kenntnisse über Politik sind bei immer mehr Menschen noch sehr rudimentär vorhanden. Da werde ich schon mal als jemand von der Regierung aus Schwerin begrüßt, weil doch jeder, der in der Landeshauptstadt tätig ist, irgendetwas mit der Regierung zu tun haben muss. Selbst Lehrerinnen und Lehrern ist der Unterschied zwischen Landtag und Landesregierung, zwischen Gesetzgeber und Verwaltung nur unzureichend klar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In unserem Antrag fordern wir auch und gerade vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse und Erfahrungen, dass alles getan

werden muss, um das Wissen über das Wesen und Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie, der Funktion eines Parlamentes und der Gewaltenteilung weiter zu entwickeln und zu festigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Eine Ursache des immer wieder beklagten wachsenden Desinteresses nicht nur junger Menschen an Politik ist das Fehlen von Kenntnissen über politische Zusammenhänge. Wo Kenntnisse fehlen, werden Abläufe und Entscheidungen undurchschaubar. Dies trägt zu weiterem Desinteresse bei und führt in der Konsequenz zu der verallgemeinerten Politikerschelte, die uns immer wieder entgegenschlägt. Deshalb muss politische Bildung zuallererst Interesse an und für Politik wecken. Wo Interesse wieder da ist, wird der Einzelne sich mit politischer Willensbildung auseinander setzen. Wer sich mit politischen Entscheidungen auseinander setzt, tut dies erfahrungsgemäß nicht im stillen Kämmerlein. Er wird mit Freunden, Verwandten und Arbeitskollegen über politische Entscheidungen diskutieren. Und wo über politische Entscheidungen diskutiert wird, ist es nicht mehr weit bis zum eigenen Engagement. Das zeigen nicht zuletzt die Lebensläufe von vielen jungen Abgeordneten, die in dieser Legislaturperiode in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gewählt wurden.

Engagement kann in einer Kommunalvertretung, in einem Verein oder Verband, einer Bürgerinitiative oder in einer Partei stattfinden. Auf dieses Engagement für die gemeinsame Durchsetzung eigener Interessen baut unsere Gesellschaft. Dieses Engagement ist das Fundament. Deshalb ist politische Bildung notwendig, denn sie gewährleistet, dass das Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erhalten bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Interesse für Politik kann nicht früh genug geweckt werden. Deshalb setzt unser Antrag bei der Schule an. Wir wollen zuallererst mehr für die politische Bildung der Lehrerinnen und Lehrer tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie sind es, die in erster Linie Begeisterungsfähigkeit und Interesse bei Kindern und Jugendlichen wecken. Das geht nur, wenn Lehrerinnen und Lehrer selbst politische Zusammenhänge durchschauen und das Zustandekommen politischer Entscheidungen begreifen.

Wir wollen allerdings nicht, dass Träger der politischen Bildung im Land und auch in den Schulen tätig werden. Hier sind die Lehrer für die politische Bildung verantwortlich. Aufgabe des Landes ist es, dafür zu sorgen, dass die Lehrer für die Wahrnehmung dieser Verantwortung fit gemacht werden. Hier ist nicht nur die Landeszentrale für Politische Bildung oder einer der vielen Bildungsträger in unserem Land gefragt. Jeder von uns Abgeordneten kann dazu beitragen, denn Interesse lässt sich vor allem über Authentizität wecken. Und diese ist vor allem dann gegeben, wenn aus erster Hand über Politik berichtet wird. Deshalb möchte ich uns alle ermuntern, selbst an die Schulen im Land zu gehen oder Schulklassen hier in den Landtag einzuladen. Das ist politische Bildung aus erster Hand, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wichtig erscheint mir auch, dass wir uns in der Diskussion mit Schülerinnen und Schülern Klischees über Politik

entgegenstellen. Dazu gehört für mich, vor allem mit dem Unsinn aufzuräumen, Politik müsse im Konsens stattfinden, quasi am runden Tisch. Politik kann und sollte nur in ganz wenigen Fällen, da, wo es um ganz Grundsätzliches geht, im Konsens stattfinden, denn Politik ist immer das Ringen darum, eigene Vorstellungen, Konzepte und Werte in der Gesellschaft durch- und umzusetzen. Konsens um des Konsenses willen würde unsere Gesellschaft lähmen. Über unterschiedliche Lösungen für Probleme und Herausforderungen muss gestritten werden können. Voraussetzung dafür ist eine demokratische Streitkultur.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Diese – und hier sehe ich eine wichtige Aufgabe der Landeszentrale für Politische Bildung – gilt es zu vermitteln.

Wir müssen gerade Jugendliche befähigen, politische Diskussionen zu führen, Argumente auszutauschen. Deshalb muss die Frage gestellt werden, ob bei einem Blick auf die Programme der Landeszentrale aus den vergangenen Jahren die politische Bildungsarbeit im Land diesem Ziel bislang gerecht wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir müssen uns mehr als bisher ehrlich und aufrichtig die Frage stellen: Was soll mit den Angeboten zur politischen Bildung erreicht werden? Die Teilnehmerzahlen an den verschiedenen Seminaren sagen nichts über die Wirkung. Wie tragen Seminare wie „Frauen und Geld“ dazu bei, das Wissen über das Wesen und Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie zu verstärken?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wie kann ein Seminar mit dem Titel „Geld regiert die Welt“ über die Funktion eines Parlamentes aufklären? Was hat ein Seminar zum Thema „Die DDR-Frau zwischen Mythos und Realität“ erreicht, um über die Grundprinzipien der Gewaltenteilung aufzuklären?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD: Da hätten Sie vielleicht mal teilnehmen sollen. Wissen Sie, wenn Sie keine Ahnung haben, dann sollten Sie sich besser nicht dazu äußern. – Heiterkeit
bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Dafür ist ja politische Bildung gedacht, ja, ja!)

Ja, gut, Frau Seemann, aber nicht in der Frage.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Wahrscheinlich hat es nicht viel gebracht. Im Zweifelsfall haben sich hier ohnehin Gleichgesinnte getroffen und ein nettes Wochenende verbracht. Das mag eine gute Freizeitgestaltung gewesen sein, ist aber nicht die Aufgabe von politischer Bildung, Frau Seemann.

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Birgit Schwebs, PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen daher eine klarere Zielstellung der vielfältigen Angebote. Wir müssen mehr als in der Vergangenheit darauf achten, dass Multiplikatoren erreicht werden, die gewonnene Erkenntnisse und Erfahrungen von sich aus weitergeben.

Mit unserem Antrag machen wir außerdem deutlich, dass es uns darum geht, die unbestrittene Notwendigkeit

einer Neuordnung der politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Sache des Parlaments zu machen.

(Kerstin Fiedler, CDU: Sehr richtig.)

Wenn wir aus der Mitte des Landtages heraus gemeinsam eine Veränderung herbeiführen, wird dies die politische Bildung stärken. Deshalb wünsche ich mir, dass wir im dafür zuständigen Ausschuss diskutieren, was politische Bildung erreichen kann und erreichen soll. Hierüber sollte nicht in Hinterzimmern beraten werden. Das muss offen und transparent geschehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Wenn man den „Nordkurier“ von gestern ernst nimmt –

(Heike Polzin, SPD: Das war eine Ente.)

und das machen wir alle –, dann gab es zum Antrag der CDU zeitlich versetzt die unterschiedlichsten Positionen. Erst meinte der Fraktionsvorsitzende der SPD, dass man sich diesem Antrag nicht verschließen könne. Dann meinte die PDS, dass dieser Antrag entbehrlich sei.

(Reinhard Dankert, SPD: So steht es in der
Zeitung. – Heike Polzin, SPD: Ja, richtig.)

Meine Damen und Herren, die Haltung enttäuscht. Sie enttäuscht, weil Sie offenkundig nicht bereit sind, mit der Opposition konstruktiv zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Reinhard Dankert, SPD: Es ist nur richtig,
dass es so drinsteht, das andere ist falsch.)

Das zeigen Sie auch heute. Ich habe es bereits deutlich gemacht, politische Bildung kann nicht das Gut von zwei Parteien in diesem Land oder einer Regierungskoalition sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Es gilt, gemeinsam den richtigen Weg zu finden. Dazu möchte ich Sie aufrufen. Stimmen Sie unserem Antrag zu oder bringen Sie hier und heute einen Änderungsantrag ein und ändern Sie so die Formulierungen, mit denen Sie Schwierigkeiten haben, oder aber überweisen Sie den Antrag in den Bildungsausschuss und lassen Sie uns dort intensiv beraten!

(Heike Polzin, SPD: Da steht
das Thema doch schon längst.)

Verweigern Sie sich nicht kleinlich einer Zusammenarbeit mit der CDU! Wir sind an einem offenen Dialog interessiert. Ich fordere Sie alle dazu auf. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Redebeiträge liegen offensichtlich nicht vor.

Im Rahmen der Debatte sind die unterschiedlichsten Vorgehensweisen zum Umgang mit dem Antrag beantragt worden. Als weitgehendster Antrag ist seitens der CDU beantragt worden, den Antrag zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsvorschlag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen jetzt in der Sache ab. Wer dem vorliegenden Antrag auf Drucksache 4/165 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der CDU auf Drucksache 4/165 mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zahlungsmoral in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/166.

Antrag der Fraktion der CDU: Zahlungsmoral in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/166 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Born.

Ich rufe noch einmal auf, zur Einbringung zu sprechen, Herrn Dr. Born von der Fraktion der CDU.

(Rudolf Borchert, SPD: Und das
beim Thema Zahlungsmoral!)

Die Fraktion der CDU hat soeben eine Auszeit beantragt von fünf Minuten. Wir setzen die Sitzung fort um 12.35 Uhr.

Unterbrechung: 12.29 Uhr

Wiederbeginn: 12.36 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich setze die Sitzung fort.

Wir beginnen jetzt mit dem Tagesordnungspunkt 15 und das Wort zur Begründung des Antrages „Zahlungsmoral in Mecklenburg-Vorpommern“ der CDU-Fraktion auf Drucksache 4/166 hat der Abgeordnete Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst bitte ich das Hohe Haus um Entschuldigung, dass ich Sie habe warten lassen. Ich war gerade mit dem Kollegen Zielenkiewitz bei einer Besuchergruppe und habe über die Sternstunde des Parlaments berichtet, dass wir hier zu einem so wichtigen Thema wie dem europäischen Einigungsprozess einen einstimmigen Beschluss verabschiedet haben. Und ich habe festgestellt, dass in der Zwischenzeit ein weiteres Wunder geschehen ist, nämlich dass die Bildungspolitiker weniger Zeit benötigt haben, wesentlich weniger, als es die Zeitplanung vorgesehen hat.

(Heiterkeit bei einzelnen
Abgeordneten der SPD, CDU und PDS –
Heike Polzin, SPD: Das Wunder haben
wir gestern auch schon vollbracht.)

Und ich bedanke mich bei Ihnen allen, dass Sie die Geduld aufgebracht haben. Ich werde versuchen, das auszugleichen. Bei der PDS habe ich schon eine entsprechende Zusage gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, normalerweise sitzt auf der Regierungsbank hochkarätiger medizinischer Sachverstand und deshalb ist es sicherlich für alle leicht nachvollziehbar, wenn ich sage: Wenn ein Patient zum Arzt kommt, dann ist es erforderlich, dass der Arzt zunächst eine sorgfältige Diagnose erstellt, bevor er an die Therapie geht. Diese Diagnose hat nichts damit zu tun, dass der Arzt dem Patienten Angst machen will oder ihn gar krank reden will. Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Gegenstand, mit dem wir es heute zu tun haben. Was wir

brauchen, ist eine schonungslose Bestandsaufnahme, denn es ist dringend erforderlich, dass etwas geschieht im Land. Das haben wir heute Morgen alle noch mal sehr deutlich zu hören bekommen. Wir haben es mit katastrophalen Zuständen zu tun. Das hat also nichts mit Schlechttreden zu tun.

Ihnen liegt ein Antrage meiner Fraktion zum Thema Zahlungsmoral vor, der konkrete Vorschläge unterbreitet, um einem der drängendsten Probleme unserer arbeitsteiligen Wirtschaftsordnung mit politischem Handeln zu begegnen. Immer mehr Betriebe sind durch Forderungsausfälle in ihrer Existenz gefährdet. 2001 – Sie kennen die Zahlen – gingen insgesamt 1.303 Unternehmen mit 7.030 Arbeitnehmern in die Insolvenz. Das sind rund 30,6 Prozent mehr als im Vorjahr oder auch 305 Unternehmen, um es in absoluten Zahlen zu sagen. Gleichzeitig war mit 605 ein negativer Saldo bei den Gewerbean- beziehungsweise -abmeldungen zu verzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass ein erheblicher Anteil dieser Entwicklung auch der – ich sage das in Anführungsstrichen – schlechten Zahlungsmoral im Lande geschuldet ist, denn mit Moral hat das nur sehr eingegrenzt etwas zu tun.

In Punkt 1 unseres Antrages fordern wir dazu von der Landesregierung deshalb einen aktuellen Bericht zur Lage. Damit ist kein Bericht zu allgemein bekannten volkswirtschaftlichen Kennzahlen gemeint, sondern ein Bericht, der das Zahlungsverhalten der privaten Haushalte, der Unternehmen und – das geht uns alle miteinander ganz besonders etwas an – insbesondere der öffentlichen Hand in quantitativen und qualitativen Ausmaßen für Mecklenburg-Vorpommern aktuell darstellt.

Beim Thema Zahlungsmoral fallen aus meiner Sicht zwei Gesichtspunkte besonders ins Gewicht – zum einen die Zahlungsunfähigkeit und zum anderen die Zahlungsunwilligkeit bei eigentlich bestehender Zahlungsfähigkeit. Zahlungsunfähigkeit ist im unmittelbaren Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu sehen und diese ist leider derzeit beängstigend schlecht. Das hat, wie ich gesagt habe, nichts mit Schwarzmalerei zu tun. Das ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als traurige Realität. Ich verweise insoweit nur auf den Jahreswirtschaftsbericht, den Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement gestern vorgelegt hat.

Die Prognosen der Volkswirte von Wirtschaftsforschungsinstituten und auch die der Bundesregierung unterscheiden sich im Grunde genommen nur noch bei den Stellen nach dem Komma. Bei den Instituten steht überwiegend bei allen eine Null vor dem Komma, die Bundesregierung sieht es vielleicht im Moment noch etwas optimistischer. Es ist jedenfalls völlig klar, wir haben eine sehr, sehr schwierige wirtschaftliche Situation. Die Unternehmen und Privathaushalte sehen sich mit den Folgen einer Politik in Bund und Land konfrontiert, die mit einer verfehlten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik die Arbeitslosigkeit sogar noch gesteigert hat und denjenigen, die arbeiten, letztlich weniger Geld in der Tasche lässt, eine Politik, die der Nährboden für einen Teufelskreislauf aus Verunsicherungen, Konsum sowie Investitionszurückhaltung und Liquiditätsengpässen ist.

Ein Anstieg der Insolvenzen in 2001 um über 30 Prozent – ich habe das gesagt – und im letzten Jahr ist eine direkte Folge. Besonders betroffen sind immer die kleinen und mittelständischen Unternehmen in den neuen Bundesländern. Nicht zuletzt wegen der häufig zu geringen Kapital-

ausstattung kann schon eine Zahlungsverzögerung größeren Ausmaßes zu massiven Liquiditätsproblemen und letztlich sogar zur Insolvenz führen. Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bedeutet verspätete oder gar ausbleibende Zahlung häufig, dass Löhne und Gehälter oft erst mit großem zeitlichen Verzug von den Unternehmen ausgezahlt werden können, da einfach die nötige Liquidität in den Unternehmen nicht vorhanden ist.

Wenn erbrachte Leistungen durch private Haushalte, Unternehmen oder die öffentliche Hand nicht bezahlt werden, dann kann das unterschiedlichste Ursachen haben und muss auch entsprechend politisch differenziert behandelt werden. Ein dringend erforderlicher Beitrag der öffentlichen Hand zur Linderung der Missstände wäre ein Systemwechsel in der Umsatzbesteuerung von der Soll- zur Ist-Besteuerung. Das können Sie in unserem Antrag nachlesen. Neben der generell notwendigen steuerlichen Entlastung von Unternehmen oder von Privathaushalten wäre so ein großer Schritt hin zu mehr Liquidität und gerechterer Steuerpolitik vollzogen. Lassen Sie mich das noch mal kurz erläutern:

Es ist angesichts der geringen Eigenkapitalausstattung unserer einheimischen Unternehmen – die mittelständischen Unternehmen an sich haben schon eine relativ geringe Eigenkapitalausstattung im Vergleich zu den großen Unternehmen, aber hier im Land ist sie noch mal deutlich geringer, Sie kennen die Zahlen, das geht bis auf zehn Prozent –, es ist angesichts der geringen Eigenkapitalausstattung und der Liquiditätsengpässe unserer Unternehmen geradezu unternehmensgefährdend, dass Unternehmen die Umsatzsteuer an das Finanzamt bei Rechnungslegung abführen müssen, auch wenn noch kein einziger Euro aus dem Auftrag in die Kasse des Unternehmens geflossen ist.

Mit der von uns avisierten Lösung einer Ist-Besteuerung für Unternehmen bis zu einem Jahresumsatz von 2,5 Millionen Euro würden die bisherigen Grenzen um ein Fünffaches angehoben. Im Klartext, ich will es noch einmal für alle verständlich sagen: Die Steuer soll tatsächlich erst dann abgeführt werden, wenn die Zahlung auch eingegangen ist beim Unternehmen. Die öffentliche Hand würde nominell keine finanziellen Einbußen hinnehmen müssen, da Steuereinnahmen ja nicht grundsätzlich verloren gingen, sondern lediglich auf der Zeitschiene versetzt fließen würden oder aber – und das ist der zweite entscheidende Punkt dabei – bei entsprechendem Forderungsausfall zurückerstattet werden müssen. Das heißt, der Staat bekommt etwas, was ihm nicht zusteht, und er zahlt es dann mit erheblichem Zeitverzug zurück. Das können viele Unternehmen überhaupt nicht mehr verkraften.

Adressat eines weiteren wichtigen Punktes unseres Antrags ist direkt die öffentliche Hand. Es geht speziell um die Beschleunigung von Zahlungen, die aus öffentlichen Bauaufträgen resultieren. Wer heute Morgen die Gelegenheit wahrgenommen hat – leider im Gegensatz zu unserem Ministerpräsidenten, aber der Wirtschaftsminister hat es ausführlich getan, das kann ich hier ausdrücklich bestätigen –, mit den Handwerkern zu sprechen, der konnte feststellen, dass sehr massiv wiederum von vielen Handwerkern gesagt wurde, dass sie erhebliche Zahlungsverzögerungen bei der öffentlichen Hand hinnehmen müssen, ja, dass dies mittlerweile an der Tagesordnung sei.

Es ist wohl demnach leider kein Einzelfall in unserem Land, dass Unternehmer trotz Abnahme, beispielsweise

durch den Architekten, noch Wochen auf ihr Geld warten müssen. Das ist ein nicht hinzunehmender Zustand. Die Leistung ist ordnungsgemäß erbracht und Bürokratie im falsch verstandenen Sinne verhindert die zügige Auszahlung. Sicherlich auch die mittlerweile schlechte Finanzausstattung von Kommunen und Kreisen führt dazu, dass hier Zahlungsverzögerungen eintreten, aber das darf seitens der öffentlichen Hand nicht passieren. Auch hier ist es natürlich notwendig, dass wir das genau einmal dargestellt bekommen, wie das Zahlungsverhalten der öffentlichen Hand sich in unserem Land jetzt wirklich darstellt.

Deshalb unser Vorschlag, dahin gehend aktiv zu werden, dass es künftig wieder möglich sein muss, öffentliche Gelder unbürokratisch direkt nach Abnahme zu überweisen. Ich denke, das sollte in diesem Haus auch Zustimmungsfähigkeit über alle Parteigrenzen hinweg sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein zweiter entscheidender Punkt – und darauf will ich nur ganz kurz noch eingehen – ist Zahlungsunwilligkeit trotz bestehender Zahlungsfähigkeit. Wir haben das ja schon öfter diskutiert, wir haben mittlerweile ein Verhalten im Land, wo ein erhebliches Erpressungspotential sich breit macht, dass nämlich trotz mehrfacher Mahnungen der Schuldner einfach nicht zahlt, weil er genau weiß, der Gläubiger hat kein wirksames Mittel, um die Zahlungsverpflichtungen des Schuldners auch wirklich durchzusetzen. Ja, es geht so weit, dass irgendwann der Gläubiger sich mit der Situation konfrontiert sieht, dass der Schuldner einen Scheck zückt, der vielleicht über 70 oder 75 Prozent lautet, und der Schuldner ihm glatt sagt: Wenn du sofort Geld brauchst und haben willst, hier hast du es, mehr kriegst du nicht. Und wenn dir das nicht passt, kannst du mich ja verklagen.

Das ist die Wahl zwischen Pest und Cholera, die hier der Gläubiger hat, denn verzichtet er dreimal, wenn es sich um größere Beträge handelt, auf 25 Prozent – das sind ja nicht 25 Prozent Gewinnspanne –, dann kann er auch zum Insolvenzrichter gehen und das Insolvenzverfahren anmelden. Oder aber er versucht, seine Forderung im Klagewege durchzusetzen. Und hier – ich bin froh, dass der Justizminister des Landes anwesend ist – muss ich Ihnen allen sagen: Ich kann Sie nur ermuntern, gehen Sie bitte mal zum Oberlandesgericht, kucken Sie sich mal einen ganz normalen Gerichtstermin an, vielleicht, wenn es sich um einen Bauprozess handelt, der dort in zweiter Instanz verhandelt wird, denn das ist leider die Realität. Sobald es um größere Summen geht und ein Gläubiger überhaupt finanziell in der Lage ist, die entsprechenden erheblichen Vorkosten zu finanzieren, das heißt, Gerichtskosten, Anwaltskosten zunächst einmal vorzuschießen, dann werden Sie sehr schnell feststellen, dass dieser Prozess, der beim Landgericht beginnt und dort, wenn wir Glück haben nach ein bis zwei Jahren – wenn es ein Bauprozess ist, wo Sachverständigengutachten einzuholen sind, dann sind zwei Jahre überhaupt keine Seltenheit –, natürlich nicht endet. Es geht weiter zum Oberlandesgericht und dort können Sie mindestens mit der gleichen Zeitspanne rechnen.

Und deshalb einfach meine Bitte – und die richte ich auch an den Justizminister –, sich diese Verfahren in der Praxis anzukucken. Was Sie dann erleben, das ist etwas, da werden Sie sagen, das ist schon fast Rechtsverweigerung,

Justizverweigerung, denn nach einem so langen Zeitraum hat der Gläubiger schon keine Luft zum Atmen mehr und dann wird er regelrecht zu einem Vergleich – ich sage das hier vorsichtig, unter vier Augen kann ich es auch deutlicher ausdrücken – weichgeklopft. Die beteiligten Anwälte, die Parteien werden grundsätzlich geladen, um an diesem Prozess unmittelbar teilzunehmen. Denen bleibt nichts anderes übrig, als ihrem Mandanten dann zuzuraten, den vom Gericht vorgeschlagenen Vergleich anzunehmen. Tun sie es nicht, dauert das ganze Verfahren mit ungewissem Ausgang noch sehr viel länger und das wird auch den Parteien eindrücklich vor Augen geführt. Das bedeutet im Klartext: Der Vergleich sieht so aus, dass dann die Kosten gegeneinander aufgehoben werden, das heißt, jede Seite trägt auch ihre Anwaltskosten selbst, Gerichtskosten werden geteilt und natürlich wird nicht die volle Klagesumme zugesprochen. Sie können sich ausrechnen, dass dies dazu führt, wenn sie zwei, drei größere Bauprozesse durchzuführen versuchen, dass sie dann genauso weit sind, als wenn sie gleich den Scheck mit 70 oder 75 Prozent akzeptiert hätten.

Und dann kommt noch etwas ganz zum Schluss. Das ist sozusagen noch, bald hätte ich gesagt das Sahnehäubchen, wenn es nicht so ernst wäre, das setzt dem Ganzen dann noch die Krone auf. Ich habe die entsprechenden Originalschreiben unten im Büro liegen. Um das Ganze hier nicht noch weiter zu verzögern, habe ich sie jetzt nicht noch schnell raufholen können. Sie kriegen dann, wenn sie versuchen, den Vergleich zu vollstrecken, amtliche Mitteilungen von der Gerichtsvollzieherverteilungsstelle, von Amtsgerichten – und ich kann Sie Ihnen wirklich im Original zeigen –, da steht dann drin: „Wir bitten von Nachfragen in den nächsten vier bis sieben Monaten abzusehen, da die Gerichtsvollzieher überlastet sind.“

Meine Damen und Herren, das ist Justizverweigerung und da hilft es uns überhaupt nicht, wenn uns der Justizminister auf unsere Kleinen Anfragen hin darlegt, dass im Durchschnitt alles relativ zügig ginge. Nein, gerade da, wo die Wirtschaft unmittelbar betroffen ist, funktioniert es nicht. Die ordentliche Gerichtsbarkeit kommt mit diesen Verfahren so nicht zurecht. Hier muss sich ganz grundlegend etwas ändern, hier muss die Rechtspolitik einen aktiven Beitrag zur Wirtschaftspolitik leisten. Es ist ganz wichtig, dass wir dieses Problem in den Griff bekommen, denn da, wo Zahlungsunwilligkeit trotz Zahlungsfähigkeit vorliegt, ist die öffentliche Hand gefordert.

Und da können wir auch nicht, Herr Minister Ebnet, wie Sie es sonst gelegentlich tun in Ihrer Funktion als Wirtschaftsminister, den Unternehmen sagen, ja, ihr müsst euch vorher genau ankucken, mit welchen Vertragspartnern ihr euch einlasst. Erstens haben wir nicht die Situation, dass die Auftraggeber Schlange stehen, sondern es ist umgekehrt so, dass jeder Unternehmer im Lande froh ist, wenn er überhaupt einen Auftrag bekommt. Und zweitens ist das natürlich eine Situation, die sie auch nicht vorhersehen können. Denn ob einer ein Gauner ist oder nicht – sie können nicht erst noch einen Privatdetektiv anstellen, um das zu ermitteln –, das stellt sich ja dann erst raus, wenn die Leistung erbracht ist. Hier ist wirklich die Justiz gefordert und da bitte ich den Justizminister ganz nachdrücklich, sich dieses Problems anzunehmen.

Sie sehen, das ist ein sehr vielschichtiges Problem, mit dem wir es zu tun haben. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Antrag, der nun wirklich nicht irgendwie parteipolitisch ausgerichtet ist, sondern ein Grundproblem

dieses Landes betrifft, einvernehmlich hier behandelt werden könnte. Wenn Sie ihn in die Ausschüsse überweisen wollen, sind wir damit selbstverständlich gerne einverstanden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Born.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst das Wort dem Justizminister des Landes Herrn Selling.

Minister Erwin Selling: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Born, ich möchte an Ihre letzten Worte anknüpfen. Wir haben ein sehr ernstes Problem, das uns alle gemeinsam angeht. Und deshalb, denke ich, dass es richtig ist, dass wir in dieser Frage die Gemeinsamkeiten betonen und gemeinsam versuchen, zu Lösungen zu kommen. Ich halte auch für richtig, diesen Antrag in die Ausschüsse zu überweisen und dort gemeinsam viele Fragen, die möglicherweise noch offen sind, zu erörtern und zu sehen, ob wir vielleicht auch gemeinsam den einen oder anderen Lösungsansatz haben, der uns weiterbringt. Wie ernst das Problem ist, ist uns allen ja heute Morgen noch mal vor Augen geführt worden durch die Demonstration.

Ich denke, nahezu jeder kennt das aus Gesprächen mit Handwerkern und Unternehmern. Ich selbst habe sehr viele öffentliche Veranstaltungen in Kammern und Verbänden gemacht, wo mir diese Probleme nachdrücklich dargelegt worden sind. Das ist ein sehr ernstes Problem, es ist an mich häufig herangetragen worden unter dem Gesichtspunkt, dass Zahlungsmoral ein Justizproblem sei. Da sind wir uns, glaube ich, auch einig – so habe ich das heute Ihren Worten entnommen –, dass das nicht so ist, sondern das Hauptproblem liegt eben darin, dass die Auftragslage in den letzten Jahren natürlich schlechter geworden ist gegenüber den Anfangsjahren, dass die Kapitaldecke zu dünn ist und dass dann ja quasi folgerichtig denknotwendig, wenn die Geldmittel nicht ausreichen, die Zahlungsmoral schlecht wird.

Und da bin ich auch bei dem ersten Punkt Ihres Antrages, einen Bericht über die Zahlungsmoral zu geben. Wie ist die Zahlungsmoral im Land? Das betrifft ja, wenn man Punkt 2 sieht, Zahlungsmoral der öffentlichen Hand, dann betrifft Punkt 1 ja – und nach meinen Erfahrungen aus den vielen Gesprächen weiß ich, dass es weniger der kleine Häuslebauer ist, der versucht, alles auszureizen, vielleicht auch zunehmend – vor allem Probleme, die wir bei den Unternehmern untereinander haben. Und das ist ja auch ein Teufelskreis: Wenn ich eigentlich zahlen möchte, aber meine Leute mich nicht bezahlen, dann fängt man selbst an. Und insofern sind wir uns auch alle einig, dass der Begriff „Moral“ es nur unvollkommen trifft. Wir haben da große Probleme. Also ich denke, wir sollten es uns in den Ausschüssen ansehen.

Ich hätte dann allerdings auch gerne, dass wir uns jetzt schon darüber klar sind, dass wir einige Punkte natürlich deutlich überarbeiten müssen. Wenn ich mir ansehe Punkt 2 und Punkt 4, da ist ja schon die öffentliche Hand ein bisschen sehr weitgehend unter Generalverdacht gestellt, nämlich dass so getan wird, als ob die öffentliche Hand hier verspätet zahlt. Das ist nicht so. Die öffentliche

Hand hält sich an die Landeshaushaltsordnung, Vergabeverordnung, VOB. Soweit ich das weiß und soweit ich das aus ganz vielen Gesprächen mit Unternehmern weiß, wird mir gesagt, die öffentliche Hand ist das geringste Problem. Also da sollten wir gerne hinschauen, ob sich etwas anderes entwickelt hat. Die Abfassung der Punkte 2 und 4 geht mir schon ein bisschen gegen den Strich, weil das wie ein Generalverdacht klingt.

Bei Punkt 1 muss ich mal fragen: Wie können wir denn die Zahlen, die da wünschenswert wären, wie können wir die denn erheben? Dazu jetzt wieder ein Gutachten in Auftrag zu geben, ein bisschen scheut man sich ja auch.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Von Unternehmerverband und Handwerkskammern gibt es ja Umfragen zu einzelnen Punkten, zum Beispiel auch zum Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen, hat das gegriffen, wie hat das gegriffen, so dass man da auch Hilfestellung bekommt. Wobei aus meiner Sicht eben das Wichtigste, glaube ich, ist, dass wir wissen, warum es dazu kommt. Das liegt an der mangelnden Liquidität.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Sie haben in Punkt 3 das Steuerpolitische angesprochen. Da wird man auch noch mal ganz im Einzelnen hinschauen müssen. Man kann natürlich sagen, je höher die Grenze, desto besser, aber man müsste auch wissen, wie wirkt sich das denn hier im Lande tatsächlich aus. Wir haben Betriebe, das sind weit über 90 Prozent, die kommen mit den 500.000 Euro – 1 Million DM – gut zurecht. Wenn wir hier was ändern würden, für die gesamte Bundesrepublik ändern würden, würde das hier im Land etwa 6 Prozent zugute kommen. Da müsste man überlegen, wie sich das auswirkt. Was wir sicherlich tun sollten, wäre, dafür zu sorgen, dass die Regelung, die wir jetzt haben und die dazu führt, dass über 90 Prozent unserer Unternehmen hier im Lande davon profitieren können, dass die nicht 2004 ausläuft, sondern dass wir das verlängern. Also da sollten wir sicherlich zusammen Wege gehen.

Ich möchte natürlich auch was sagen zur Justiz, wobei ein Punkt, glaube ich, auch noch wichtig ist, das ist mir in vielen Gesprächen mit Unternehmern klar geworden: Die Vergabepraxis im Lande wird häufig angesprochen. Es wird gesagt, wir werden kaputt gemacht durch Billigkonkurrenz und die öffentliche Hand nimmt fast immer den billigsten Anbieter. Und da, meine ich, müssen wir uns auch darüber klar werden, auch die öffentliche Hand, auch die öffentliche Verwaltung, das ist vielleicht auch eine Frage von Deregulierung unter diesem Stichwort, dass wir deutlich machen, wie groß die Verantwortung und wie groß auch rechtlich der Spielraum bei der Vergabe ist. Man muss nicht das billigste Angebot nehmen. Und wenn das sozusagen automatisch geschieht, könnte das auch deshalb geschehen, weil wir vielleicht dem einzelnen Sachbearbeiter da nicht genug an Mut zutrauen oder weil wir auch nicht genug an Unterstützung geben. Das müssten wir unbedingt ändern. Ich denke, dass das auch ein wichtiger Punkt ist. Die Vergabe von Aufträgen spielt eine große Rolle.

Nun zur Justiz. Ich habe eben schon gesagt, es ist kein Justizproblem im engeren Sinne. Eine funktionierende Justiz, die überhaupt keine Abstriche zulässt, würde das

Problem nicht aus der Welt schaffen. Darüber müssen wir uns klar sein. Deshalb habe ich mich immer dagegen verwahrt, das Thema zur Justiz zu schieben und es da sozusagen stellvertretend abzuarbeiten. Aber völlig klar ist auch, dass die Justiz ihren Teil leisten muss.

Ich habe eben etwas zum Generalverdacht gegenüber der öffentlichen Hand gesagt. So etwas gilt natürlich auch bei einzelnen Fällen vor Gericht. Es wird sich immer finden lassen, dass wir irgendwo nicht so arbeiten, wie man sich das wünscht, dass die Verfahren zu lange dauern. Darüber hinaus muss ich auch zugeben, dass wir hier im Land über Jahre – das mag mit dem Aufbau zusammenhängen – an der einen oder anderen Stelle ernste Rückstände haben, die dazu führen, dass es an manchen Gerichten ernsthafte Probleme gegeben hat. Aber darüber habe ich auch hier dem Landtag schon mehrfach berichtet. In den letzten zwei Jahren haben wir uns diesem Problem mit aller Kraft gestellt. Wir haben gerade in diesem Bereich „ordentliche Justiz“ das Personal massiv verstärkt. 25 Richter sind mehr bei der Arbeit in diesem Bereich. Wir haben, was Sie angesprochen haben, bei den Gerichtsvollziehern etwas getan. Da waren 83 Leute im Land tätig, jetzt sind wir bei 100.

Völlig klar ist natürlich, wenn wir aufstocken in diesem Bereich und in dieser Größenordnung, dass sie nicht von heute auf morgen mit dem Berg fertig werden. Und in den Diskussionen, die wir immer geführt haben, auch wir untereinander, die ich mit der Justiz führe, da ist natürlich ein Teil der Diskussion, dass wir sagen, wir rechnen aus – das geht ja nach einem bundeseinheitlichen Schlüssel, wie viel Personal wir brauchen –, wie viele Leute brauchen wir, um mit dem normalen Eingang fertig zu werden. Und wir haben auf der anderen Seite einen kleinen Berg liegen, den wir zusätzlich abarbeiten wollen, dann könnten wir natürlich sagen, wenn wir jemanden hätten, zusätzlich einstellen und der würde genauso berechnet sein, dass er diesen Berg in einem Jahr wegbekommt, das wäre wunderbar.

Aber – ich denke, darüber sind wir uns auch hier über die Grenzen der Fraktionen hinaus einig – dieses Land muss ernsthaft Haushaltskonsolidierung betreiben und da kann sich die Justiz nicht ausschließen, sondern wir müssen dazu einen Teil beitragen. Allerdings müssen wir funktionsfähig bleiben. Deshalb sind die Pläne, die wir haben, nicht so, dass wir sagen, wir schaffen das in einem Jahr. Und es ist auch so, dass ich den Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten ganz deutlich sagen muss: Wir sind so belastet, dass ich von euch erwarte, dass ihr über einen gewissen Zeitraum die Ärmel aufkrempelt und auch noch ein bisschen über Soll macht. Das haben sie in den letzten Jahren getan und da leisten sie gute Arbeit.

Herr Born, ich denke, wir sind uns da einig. Wenn es Ausreißer gibt, wo wir im 4-Augen-Gespräch sagen, das ist nicht gut gelaufen, so können wir doch unterm Strich sagen, wir haben eine gut motivierte Justiz. Und da, wo es Probleme gibt, liegt es vielleicht auch daran, dass wir vor Ort das Personal richtig einsetzen müssen. Wir haben in den letzten zwei Jahren einen Schwerpunkt auf diesen Bereich Zahlungsmoral gelegt und Erfolge erzielt. In Stralsund zum Beispiel, im Landgerichtsbezirk Stralsund, haben wir das, was wir an Rückständen vorgefunden haben, innerhalb eines Jahres um 25 Prozent reduziert. Ähnliche Fortschritte gibt es im Landgerichtsbezirk hier in Schwerin, der allerdings der schwierigste ist.

Das, was Sie im Einzelfall schildern, Herr Dr. Born, da ist völlig klar, dass man sagt, das darf nicht so sein, sondern da müssen wir weiterkommen. In Ihrer Ziffer 5 sagen Sie: „keine Kürzungen bei den Personalstellen in der Justiz vorzunehmen“, und das an die Regierung gerichtet. Das ist nicht hundertprozentig die richtige Adresse. Sie wissen natürlich, dass wir im Moment bei den Haushaltsverhandlungen sind und morgen ist die Haushaltsklausur. Aber die letzte Entscheidung liegt bei den Damen und Herren dieses Hauses. Mein Ziel ist bei den Haushaltsverhandlungen, das mit einem Vorschlag zu machen, der dann an dieses Haus geht. Und nach dem, wie wir bisher miteinander geredet haben, würden wir das so erreichen. Mein Ziel ist, dass wir diese Anstrengungen, die ich in den letzten zwei Jahren unternommen habe im Bereich der ordentlichen Justiz, nicht dadurch konterkarieren, dass wir jetzt dort Leute abziehen. Wir können nicht verstärken, die Ärmel aufkrempeln und reinhauen und dann sagen: So, das ist es aber jetzt gewesen. Dieser Bereich muss weiterfahren, so dass es mein Ziel ist, die Einsparvorgaben, die die Justiz auch mittragen muss, durch Umstrukturierungen und in anderen Bereichen zu erbringen.

Wenn wir über Investitionen reden, und das ist ja auch ein Thema, wenn wir über unsere mittelständischen Betriebe reden, dann spielt noch eine andere Gerichtsbarkeit eine große Rolle, nämlich die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Und da, muss ich klar sagen, müssen wir auch zu weiteren Verbesserungen kommen. Es ist einfach ein Standortfaktor, wenn jemand hierher kommen will, dass er schnell die Genehmigungen der Behörden bekommt, aber dass er auch dann, wenn es Widerstand gibt, vor Gericht sein Recht bekommt.

Wir haben bei den Verwaltungsgerichten Leute, die bei ihren Erledigungen deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Dennoch sind unsere Zeiten leider auch über dem Bundesdurchschnitt, wobei ich aber sagen kann, dass das dann, wenn es um wichtige Investitionen geht, den Richtern auch bewusst ist. Wir haben zum Beispiel, was Lubmin angeht, mehrere umweltrechtliche Verfahren gehabt, die durchschnittlich in sieben Monaten entschieden worden sind bis zum Obergerverwaltungsgericht. Das sind gute Zeiten. Aber, wie gesagt, das wird sicherlich ein Schwerpunkt sein.

Wenn wir uns über die Justiz unterhalten und darüber, dass man vielleicht Personalverstärkung machen muss, dass man sehen muss, wie können wir die Aufgaben, die da sind, bewältigen, dann, denke ich, kann es langfristig nicht die Lösung sein, dass wir hier bei der Haushaltskonsolidierung immer hin und her überlegen und sagen: Können wir in anderen Bereichen noch sparen und können wir noch drei Richter mehr einstellen? Sondern ich denke, dass wir uns da auch einem strukturellen Problem stellen, nämlich uns fragen müssen: Wie viel Justiz können wir uns als Staat leisten? Das ist ja auch etwas, was in das Thema Deregulierung passt. Und wir müssen genau gucken, welche Aufgaben die Justiz übernehmen kann und wo wir auch zu strukturellen Einsparungen kommen können. Diese Diskussion wird im Moment im Bund geführt und in diese Diskussion bringe ich mich auch massiv ein und werde versuchen, Modernisierungsvorschläge zu machen, die dazu führen, dass wir in der Justiz ohne Qualitätseinbußen zu Einsparungen kommen. Ein ganz wichtiger Bereich ist das Betreuungswesen, wo wir riesige Gelder ausgeben. Da wird man im Einzelnen genau nachsehen müssen.

Also ich denke, dass wir in den Ausschüssen mit diesem Thema viele Punkte haben, die wir ansprechen können. Die Landesregierung hat in der letzten Legislatur auf dieses Thema großen Wert gelegt. Ich habe das eben nur angerissen, was wir gemacht haben zum Beispiel im Justizbereich. In der Koalitionsvereinbarung steht ganz deutlich, dass das ein Schwerpunkt ist. Aber ich denke, wichtig ist, dass wir diese Punkte, die wir als Regierung vorhaben, als Regierungsfraktion vorhaben, auch mit Ihnen erörtern. Und wenn dann noch Ideen und Vorschläge kommen, warum sollen wir die nicht aufnehmen?

Ein anderer Punkt ist, dass, wenn man mit Handwerkern redet, sie gerne in dem einen oder anderen Bereich eine Gesetzesänderung haben möchten. Und ich könnte mir auch vorstellen, dass wir durch die besondere Situation in den neuen Bundesländern vielleicht mit gesetzlichen Änderungen – Stichwort: Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen, da sind wir uns ja einig, dass das nicht so sehr gegriffen hat – weiterkommen könnten. Aber im Bundesrat hat sich ja gezeigt – Sachsen hat eine bemerkenswerte Initiative vorgelegt, Mecklenburg-Vorpommern hat immer unterstützt in diesem Bereich –, dass wir da nicht durchdringen, weil die Altbundesländer mehrheitlich dagegen sind. Und da müssen wir uns dann auch nicht gegenseitig vorhalten, dass die Parteifreunde anders gestimmt haben, sondern vielleicht auf diese Parteifreunde jeweils Einfluss nehmen und versuchen, dass wir im gemeinsamen Interesse etwas weiterkommen. Also da, denke ich, muss man auch genau hinsehen.

Wobei ich bei Gesetzesänderungen sagen muss – das sage ich auch jedem Handwerker –, dass man natürlich an gesetzliche Änderungen denken muss, die dazu führen, dass Handwerker nicht über den Tisch gezogen werden. Aber bei einem Abwägungsprozess geht es auf der anderen Seite auch immer um Verbraucherschutz. Und wir können nicht, um die Handwerker zu retten, alle Möglichkeiten, sich gegen Mängel zu wehren, beschneiden. Das darf auch nicht sein. Aber ich denke, da haben wir genug Stoff, um uns auszutauschen und zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, so dass Sie am Ende vielleicht das, was wir ohnehin schon in der Koalitionsvereinbarung haben, mit unterstützen werden, vielleicht angereichert um die eine oder andere Idee. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Die angemeldete Redezeit wurde mit vier Minuten überschritten, so dass nach Geschäftsordnungsparagraph 85 der CDU vier Minuten mehr Redezeit zur Verfügung stehen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende CDU-Antrag greift ein ganz wichtiges Problem auf, das haben ja meine Vorredner schon gesagt, ein Problem, das uns nun schon seit Jahren beschäftigt. Ich erinnere an die Landtagssitzung vom 29. Juni 2001. Da haben wir uns bereits auch aufgrund leider eines CDU-Antrages mit dem Thema befasst. Und ich möchte Herrn Born durchaus beipflichten, wenn er sagt, dass der Antrag selbst nicht parteipolitisch ausgerichtet ist, allerdings der Redebeitrag phasen-

weise schon. Denn ich möchte darauf verweisen, Herr Dr. Born, dass es das Thema schlechte Zahlungsmoral auch schon vor 1998 gab.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als ich im Sommer 1998 in Waren vor der Klinik am See stand auf der Seite der demonstrierenden Handwerker, die dort ihre Zahlungsausfälle einforderten. Also von daher, glaube ich, gehört es zur Sachlichkeit, dass dieses Problem nun nicht auch noch ausdrücklich der aktuellen rot-grünen Bundespolitik angelastet wird.

(Beifall Heike Polzin, SPD,
und Ute Schildt, SPD)

Ich glaube, die heutige Demonstration der Handwerker hat noch mal deutlich gemacht, dass die Politik insgesamt und alle Parteien hier aufgefordert sind, nicht nur über dieses Problem zu reden, sondern über das bisherige Maß hinaus zu konkreten Maßnahmen zu kommen, um dieses Problem etwas besser in den Griff zu bekommen.

Es stimmt, schätzungsweise zwei Drittel aller Unternehmen in unserem Land haben große Probleme mit der schlechten Zahlungsmoral. Und ein Großteil der Insolvenzen, das ist sicherlich auch völlig unstrittig, sind auf Forderungsausfälle in Größenordnungen zurückzuführen. Es würde Firmen, Unternehmen heute möglicherweise noch am Markt geben und Arbeitsplätze, die möglicherweise noch da wären, wenn wir es hier nicht in großem Maße mit dieser schlechten Zahlungsmoral zu tun hätten. Und gerade hier bei uns in den neuen Ländern, in Mecklenburg-Vorpommern, steht das Problem im Raum, dass die geringe Eigenkapitaldecke natürlich sehr schnell zu den Liquiditätsproblemen führt. So weit zur Situation.

Aber wie läuft das in der Praxis ab? Ein Auftrag wird in der Regel, sage ich mal, in guter Qualität ausgeführt, die Rechnung wird gestellt und der Kunde zahlt sehr spät oder auch gar nicht. Herr Dr. Born hat zu Recht darauf verwiesen, dass es neben Zahlungsunfähigkeit, für die es auch wieder unterschiedlichste objektive Gründe geben kann, in großem Maße aber Zahlungsunwilligkeit gibt. Das scheint mir hier das eigentliche große Problem zu sein. Wobei ich auch sagen muss, dass ich glaube, dass das Hauptproblem der späten Zahlung beziehungsweise der Zahlungsunwilligkeit nicht bei den öffentlichen Auftraggebern zu sehen ist, sondern selbstverständlich bei den privaten Auftraggebern, bei den Unternehmern selbst, in ihrem Verhältnis zueinander. Ich will aber auch nicht verschweigen, dass es bei den öffentlichen Auftraggebern Probleme gibt, insbesondere dann, wenn sie zu spät zahlen.

Was die Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Landes betrifft, so sind mir zumindest keine Fälle bekannt, die sich, ich sage mal, über einen längeren Zeitraum erstreckt hätten. Die Zahlungsverzüge beschränken sich dort in der Regel auf wenige Tage. Ob das so ist, werden wir sicherlich in den Ausschüssen – und ich kann hier schon mal vorausschicken, auch die SPD-Fraktion wird in diesem Falle Überweisung beantragen – noch vertiefen.

Aber eins, Herr Dr. Born, glaube ich, wird besonders interessant, wenn es nämlich um die schlechte Zahlungsmoral der öffentlichen Hand im kommunalen Bereich geht. Dann werden wir sicherlich an konkreten Beispielen – und dann bin ich dafür, Ross und Reiter zu nennen – SPD-Bürgermeister haben, dann werden wir CDU-Land-

räte haben und dann wird es so richtig interessant. Ich gehe davon aus, dass wir dann in einem Boot sitzen, wenn es darum geht, diese schwarzen Schafe zu benennen und auch politisch zu intervenieren, allerdings natürlich unter Beibehaltung der kommunalen Selbstverwaltung. Aber wir haben ja alle unsere Kommunalpolitiker und könnten dann einmal auf dieser Schiene versuchen, ein bisschen Einfluss zu nehmen. Ich bin sehr gespannt auf diese Diskussion.

Ich komme jetzt zu der Frage: Was können wir nicht leisten? Ich glaube, bevor wir versuchen, die Frage zu beantworten, was kann die Politik, sollten wir auch mal klar machen, was kann die Politik nicht. Ich möchte ganz ausdrücklich vor zu großen Erwartungen warnen, Herr Dr. Born. Wir kommen sonst nicht mehr runter von dem Pferd beziehungsweise von dem Baum oder von dem Ast, auf dem wir dann sitzen, wenn wir zu hohe Erwartungen wecken.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Denn auch Sie werden mit in die Verantwortung genommen. Und da bin ich schon der Meinung, grundsätzlich kann Politik, können Gesetze nur sehr, sehr schwer moralische Kategorien verbessern, geschweige denn verändern oder wie auch immer. Wenn überhaupt, dann nur sehr, sehr beschränkt. Und es geht hier auch um eine moralische Kategorie, wie es der Begriff „Zahlungsmoral“ schon richtigerweise sagt.

Das Zitat von Kurt Tucholsky aus dem Jahr 1929 vom Kollegen Siegfried Friese aus einer der Landtagssitzungen zu diesem Thema ist so gut, deswegen verwende ich es gern noch einmal: „Leute erwarten auch mitunter zu viel vom Gesetz.“ Das sollten wir zumindest mit im Blick haben.

Zweitens, glaube ich, sollten wir die Erwartungen nicht zu hoch ansetzen, denn beim Thema Zahlungsmoral ist in erster Linie die Bundesregierung Gesetzgeber und in Verantwortung. Sicherlich, wir können und wir werden bei Bundesratsinitiativen tätig werden. Wir brauchen allerdings dabei natürlich die CDU-Mehrheit im Bundesrat. Von daher, glaube ich, wird es auch in dem Bereich sicherlich spannend. Aber die Möglichkeit der Landespolitik im gesetzgeberischen Bereich ist bekannterweise in diesem Fall entweder gar nicht gegeben oder nur sehr, sehr beschränkt.

Drittens möchte ich von vornherein klarstellen: In erster Linie sind in der Marktwirtschaft, und das werden Sie sicher als überzeugte Marktwirtschaftler überhaupt nicht bestreiten, natürlich die Unternehmer in Eigenverantwortung. Die müssen nun einmal ihren Geschäftsbetrieb auf ein erfolgreiches Zahlungs- und Finanzmanagement ausrichten. Diese Verantwortung kann ihnen keiner abnehmen, auch wir nicht als Politiker. Dazu gehören Rechtskenntnisse, die man haben sollte und die man auch anwenden sollte. Allerdings gehöre ich auch zu denen, die Verständnis haben für Unternehmer in unserem Land gerade in der jetzigen Situation, denn sie haben aufgrund der Baukrise Existenzangst, Konkurrenzangst. Diese Angst führt natürlich dazu, dass sie auf Abschlagszahlungen bewusst verzichten, auf Sicherheitsleistungen bewusst verzichten, dass möglicherweise auch Aufträge herausspringen, die gar nicht ihren Möglichkeiten entsprechen und, und, und. Das ist mir alles bekannt. Und ich bin der Meinung, dass man diese Gratwanderung hinbekommen muss, einerseits an die Eigenverantwortung von

Unternehmen zu appellieren und nicht nur das, sondern sie auch einzufordern, andererseits aber auch Verständnis zu haben für bestimmte objektive Probleme, die sie gerade in der heutigen Zeit haben. Und trotzdem, da sind wir dann wieder ganz dicht beieinander, muss die Politik, müssen alle Parteien sich diesem Thema nicht nur stellen, sondern versuchen zu helfen.

Welche Instrumente gibt es? Ich verweise als Erstes auf die Richtlinie der Europäischen Union zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr vom 29.06.2000. Damit ist auch klar, das ist nicht nur ein Thema in Mecklenburg-Vorpommern, nicht nur Deutschland, sondern das ist ein internationales Problem.

Zweitens verweise ich auf das Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen vom 1. Mai 2000, übrigens mit Stimmen der CDU gegen den Widerstand der FDP durchgesetzt. Dieses Gesetz erfüllt im Nachhinein allerdings nicht die Erwartungen und deshalb prüft eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Zahlungsmoral, ob und wie eine Novellierung dieses Gesetzes angemessen beziehungsweise erforderlich ist und, falls ja, in welchen Punkten. Ich glaube, wir werden uns auch einbringen in diese Diskussionen und dann sehen, welchen Einfluss man über dieses Gesetz möglicherweise noch praktisch nehmen kann.

Und es wurde auch schon ganz klar vom Justizminister gesagt: Die Justiz insbesondere ist gefordert, wenn es um die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität geht. Ich möchte dem, was der Minister hierzu gesagt hat an dieser Stelle, nichts weiter hinzufügen.

Allerdings möchte ich einen vierten Punkt ansprechen. Ein ganz wichtiges Instrument, was es zum größten Teil momentan auch schon gilt zu nutzen, ist die gute Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsverbänden und der Politik. Ich begrüße ausdrücklich die geplante und zum Teil auch schon erfolgte Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und den Kammern zu diesem Thema. Und ich bewerte es als sehr positiv, dass es in unserem Land eine Broschüre gibt „Gute Zahlungsmoral durch gutes Management“, gemeinsam erarbeitet vom Justizministerium, Wirtschaftsministerium und vom Bündnis für Arbeit, das heißt unter aktiver Mitwirkung auch der Unternehmerverbände. Information, Aufklärung und Hilfestellung für Unternehmen in unserem Land im Kampf gegen schlechte Zahlungsmoral – ich glaube, das ist eine Aufgabe, die immer auf der Tagesordnung stehen muss.

Herr Dr. Born, jetzt komme ich zu Punkt 3 Ihres Antrages, und zwar etwas ausführlicher. Ich glaube schon, dass es richtig ist, die übliche Soll-Besteuerung zu ergänzen beziehungsweise stärker als bisher die Ist-Besteuerung zu nutzen, um auf diese Art und Weise Liquiditätshilfe zu geben beziehungsweise einen Beitrag zu leisten im Rahmen unserer Bemühungen gegen schlechte Zahlungsmoral. Im Gegensatz zur sonst üblichen Soll-Besteuerung, wo bereits bei Ausführung der Leistung die Umsatzsteuer gezahlt werden muss, muss der Unternehmer bei der Ist-Besteuerung erst bei Empfang der Zahlung die Umsatzsteuer entrichten, deshalb auch Ist-Steuer.

Ich möchte allerdings auf einen Widerspruch hinweisen: In Ihrem Antragstext sprechen Sie ausdrücklich an und schlagen vor, die Umsatzsteuergrenze für Anträge auf Ist-Besteuerung auf 2,5 Millionen Euro zu erhöhen. Sie haben in Ihrem Antragstext im Gegensatz zu Ihrem Redebeitrag ausdrücklich nicht gefordert, die Ist-Be-

steuerung einzuführen. Ich bin der Meinung, von daher ist Ihr Antragstext korrekt, nur Ihr Redebeitrag war an der Stelle nicht ganz sauber. Denn Sie wissen sicherlich, dass es die Ist-Besteuerung bereits gibt auf Antragstellung und dass dies an drei Voraussetzungen gebunden ist, allerdings nicht nur an die Umsatzsteuergrenze, die zurzeit in ganz Deutschland 125.000 Euro beträgt, sondern auch noch an zwei andere Punkte. Unternehmer, die verpflichtet sind, Bücher zu führen beziehungsweise aufgrund jährlicher Bestandsaufnahmen regelmäßige Abschlüsse zu machen, sind befreit. Unternehmer, die Umsätze aus einer Tätigkeit als Angehöriger eines freien Berufs ausüben, sind ebenfalls befreit. Es kann also passieren, dass ein Freiberufler auch bei einem Umsatz von 1 Million Euro ebenfalls befreit werden kann.

Das heißt also, es ist nicht das Problem, dass es per Antragstellung die Möglichkeit der Ist-Besteuerung gibt. Ich glaube auch, dass das, was der Minister gesagt hat für unser Land, eigentlich nicht das Problem sein kann, denn wir haben eine Umsatzsteuergrenze von 500.000 Euro. 92 Prozent unserer Unternehmen im Land fallen unter diese Grenze, können demzufolge, wie ich meine, nicht nur einen Antrag stellen, sondern auch zu Recht erwarten, dass diesem Antrag entsprochen wird. Wenn der Verwaltungsaufwand möglicherweise zu groß ist, dann muss man miteinander ins Gespräch kommen. Nur bisher ist mir das nicht bekannt. Dann muss man es konkret machen. Aber das wäre dann unter anderem auch ein Thema im Finanzausschuss, dann muss man mit den Finanzämtern noch einmal ins Gespräch kommen.

Das eigentliche Problem bei der Ist-Besteuerung ist also nicht, dass wir das momentan nicht für unsere Unternehmen nutzen können, sondern dass wir damit rechnen müssen, dass die Sonderregelung für die neuen Länder vom 01.01.1996 bis 31.12.2004 bewusst begrenzt wurde. Das heißt, die Frage steht im Raum: Was passiert ab 01.01.2005? Dann würde auch für die ostdeutschen Unternehmen wieder die Umsatzsteuergrenze 125.000 Euro gelten. Und dann bekommen wir ein Problem.

Von daher ist es völlig richtig, was Sie dort in Ihrem Antrag zumindest thematisiert haben. Allerdings, das muss ich auch sagen, sind für mich mindestens drei Fragen in dem Zusammenhang offen, die wir dann im Finanzausschuss miteinander beraten müssen:

Erstens. Liegt es wirklich im Interesse unserer Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, die Umsatzsteuergrenze auf 2,5 Millionen Euro zu erhöhen?

Zweitens. Ist es nicht wichtiger, eine Verlängerung der Sonderregelung für die neuen Länder über den 31.12.2004 hinaus zu erwirken, nämlich das, was wir momentan haben, die 500.000 Euro, die uns übrigens auch einen Vorteil bringen gegenüber Unternehmen in Westdeutschland?

Drittens. Wenn uns eine Verlängerung der ostdeutschen Sonderregelung nicht politisch möglich ist, auch das muss man heutzutage einkalkulieren, muss man sehen, ob es nicht vielleicht doch eher sinnvoller, auch realistischer ist, das, was wir momentan für Ostdeutschland haben, nämlich die Umsatzsteuergrenze 500.000 Euro, bundesweit auszudehnen? Dann brauchen wir keine ostdeutsche Sonderregelung mehr, dann haben wir sie bundesweit. Ich sage das auch deswegen, wir können uns ja vieles wünschen, aber für die Umsatzsteuergrenze 2,5 Millionen Euro, was ja praktisch doch, da brauchen wir uns nichts vor-

zumachen, Herr Dr. Born, in gewisser Weise eine Vorfinanzierung durch die öffentliche Hand und durch den Staat ist, durch den Steuergläubiger in dem Moment bedeutet, da habe ich leichte Zweifel, ob wir dafür noch politische Mehrheiten bekommen. Und von daher müssen wir mal gucken, wie wir uns in diesem Bereich bewegen. Denn mir kommt es darauf an, dass man sich nicht etwas wünscht, sondern mir kommt es darauf an, dass ich zu konkreten Ergebnissen komme im Interesse der Betroffenen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, PDS und Jörg Vierkant, CDU)

Ich habe es bereits angekündigt, Herr Dr. Born, ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit zu diesem Thema in den Ausschüssen. Namens der SPD-Fraktion beantrage ich die Überweisung federführend an den Rechts- und Europaausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS: Rudi, das hättest du uns ja wirklich ersparen können.)

Und darauf freue ich mich. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Bunge von der Fraktion der PDS.

Dr. Martina Bunge, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Das Problem ist nicht neu“ haben wir verschiedentlich gehört und viele erinnern sich sicher noch, dass im Sommer 2000 Frauen von Handwerkern am Brandenburger Tor in den Hungerstreik traten. Heute nun eine Demonstration im Januar 2003 von Handwerkern vor dem Schweriner Schloss.

Ja, vielen Handwerkern, vor allem denen im Bauhandwerk, geht es schlecht. Für immer mehr steht die Existenz des Unternehmens auf dem Spiel, der Arbeitsplatz der Angestellten, der Ausbildungsplatz von Jugendlichen oder dieses ist alles schon verloren gegangen. Die Situation im Handwerk ist in der Tat zum Teil bedrohlich, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, in ganz Deutschland. Und es ist auch kein Geheimnis, dass nicht nur die nicht rosige Wirtschaftslage oder Hindernisse aus Bürokratie und Paragraphendschungel daran schuld sind, sondern vor allen Dingen die so genannte schlechte Zahlungsmoral. Zum Teil können Auftraggeber plötzlich aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraus nicht zahlen. Aber immer mehr entziehen sich Auftraggeber mit den abenteuerlichsten, aber formal legalen Tricks ihrer Zahlungspflicht. Und ich kann da auch der Meinung, die ich häufig höre, nicht zustimmen, dass vielleicht die Handwerker in Mecklenburg-Vorpommern nicht fähig sind, dies zu erkennen, dass sie hier auf den Leim gehen. Wer in der letzten Woche eine ARD-Berichterstattung gesehen hat, hat vernehmen müssen, dass Bauträger gestandene Handwerker, die mit allen Wassern gewaschen sind, 40 Jahre ihr Geschäft haben in Hamburg und Itzehoe, reihenweise geleimt haben, ihnen geschadet haben, sie zum Konkurs gezwungen haben. Und das läuft nicht nur dort, sondern auch hier. Ich meine, hier stimmt etwas nicht im System und dringender Handlungsbedarf besteht.

Dies wissend haben sich die Koalitionspartner der Regierung zur Abhilfe verständigt. In der Koalitionsverein-

barung können Sie die vereinbarten Maßnahmen in den Ziffern 252 und 253 nachlesen. Insofern ist den Koalitionsparteien die Situation bekannt und es bräuchte Ihres Antrags nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU. Aber es ist Zeit, hier auch eine grundlegende Änderung der Situation zu erreichen, da gebe ich Ihnen Recht. Aber, ich meine, Sie brauchen sich nicht als Vorkämpfer darzustellen. Ihre Partei hat sich auf dieser Strecke auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Einige Fakten dazu:

Ausgelöst durch die eingangs erwähnten hungerstreikenden Handwerkerfrauen in Berlin hat die PDS im Bundestag einen Hilfsfonds in Höhe von 5 Millionen DM für den Bundeshaushalt 2001 durchsetzen können. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich damals der Stimme enthalten. Dieser Hilfsfonds hat der Liquiditätssicherung von Kleinunternehmen des Handwerks, des Handels und des Gewerbes gedient, soweit sie durch kriminelle Machenschaften in ihrer Existenz bedroht sind. Unterstellt, die CDU hätte damals nicht zugestimmt, weil sie auf längerfristige Lösungen, Dauerregelungen abgestellt hätte, wäre dazu im März 2001 Gelegenheit gewesen zu dem Antrag „Gesetzliche Nachfolgeregelungen“, Drucksache 14/5559. Aber das Nein kam wieder. Ich meine nicht parteitaktisches, sondern vernunftgeleitetes Agieren hätte uns alle vor Situationen bewahrt, die uns die Handwerker heute hier so eindringlich vor dem Schloss demonstrierten.

Neben Berichten zur Situation schlagen Sie in Ihrem Antrag eine Bundesratsinitiative vor zur Ausweitung der Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer auf Unternehmen bis zu 2,5 Millionen Euro Umsatz pro Jahr. Uns reicht diese Änderung – Herr Borchert hat dazu gesprochen – dem Inhalt nach, ich möchte das jetzt nicht wiederholen, allein nicht aus. Die PDS sieht gesetzgeberischen Handlungsbedarf auch in vielen anderen Punkten. Unseres Erachtens besteht Novellierungsbedarf im Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen, es hat sich als zahlloser Papiertiger entpuppt. Reformbedarf besteht im Mahnverfahrensrecht, Novellierungsbedarf in der VOB. Das Gesetz zur Sicherung von Bauforderungen muss unseres Erachtens modernisiert werden. Gerichtliche Verfahren könnten durch das Erschweren von Verzögerungstaktiken beschleunigt werden. Das A und O auf dieser Strecke ist meines Erachtens aber auch, die vielfältigen Spielarten des betrügerischen Vermögenstransfers zu unterbinden.

Und wir gehen im Ansatz noch weiter: Arbeitsintensive Dienstleistungen, leider mit dem Wandel der Arbeitswelt an den Rand der Aufmerksamkeit gedrängt, für die wirtschaftliche wie für die soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern wie für Deutschland, aber insgesamt unerlässlich und wichtig, müssen nach Meinung der PDS durch grundlegende Änderungen im Steuersystem unterstützt werden. Dazu gehört die Halbierung der Mehrwertsteuer. Die Halbierung der Mehrwertsteuer würde diese Leistungen ohne Verlust bei den Dienstleistern für die Dienstempfänger wieder erschwänglich beziehungsweise lukrativ machen und die Nachfrage steigern.

Der Änderungsbedarf reicht aber bis ins Rentenrecht. Zu DDR-Zeiten mitversicherte Familienangehörige von Selbständigen und Handwerkern gehen heute im Alter nach der Überleitung ins Bundesrecht leer aus. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

Wir alle sehen, insgesamt gibt es umfangreiche Handlungserfordernisse. Und da wir nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, lehnen wir Ihren Antrag nicht ab, sondern stimmen einer Überweisung in die Ausschüsse mit der Hoffnung auf eine sachliche, problem- und lösungsorientierte Diskussion zu. Dies tun wir auch in Respekt vor der schwierigen Lage der Handwerker im Land. Handwerk und Mittelstand sind für die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns wichtig, ja unerlässlich. – Ich danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Dr. Bunge.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unser Antrag spricht ein wichtiges und heikles Thema an. Die Handwerkerdemo hat uns heute allen gezeigt, dass wir es nicht nur mit einer schlechten wirtschaftlichen Lage zu tun haben, sondern auch mit einer so genannten schlechten Zahlungsmoral.

Hinter dem Schlagwort „Zahlungsmoral“ verbirgt sich ein nicht zu unterschätzendes volkswirtschaftliches Problem, das allgegenwärtig ist und doch leider zu wenig hinterfragt wird. Das wollen wir ändern. Ein Bericht über die Zahlungsmoral in Mecklenburg-Vorpommern ist schon lange notwendig und mehr als sinnvoll. Wir wollen einen Überblick über das Ausmaß der schlechten Zahlungsmoral und der sich daraus ergebenden Folgen vor allem für die kleinen und mittelständischen Unternehmen erhalten.

Die wirtschaftliche Lage in Vorpommern und in ganz Deutschland ist seit Jahren miserabel. Die Pleitewelle rollt seit vielen Jahren ungebremst über den Mittelstand, dem Herz der deutschen Wirtschaft und nicht zuletzt dem größten Arbeitgeber, hinweg. Nach Berechnung des Bundesverbandes Deutscher Inkassounternehmen ist der deutschen Volkswirtschaft durch Unternehmenspleiten ein Gesamtschaden von rund 40 Milliarden Euro in 2002 entstanden. Das sind schätzungsweise 650.000 Arbeitsplätze. Fast jedes Pleiteunternehmen kommt dabei aus dem Baugewerbe.

Es gibt viele Gründe, die die Existenz von Unternehmen bedrohen. Jedoch gibt es insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen Charakteristika, vor allem in den neuen Bundesländern, die kennzeichnend für die schlechte finanzielle Situation der Unternehmen sind. Hier sind vordergründig die in der Regel in Ostdeutschland zu dünne Eigenkapitaldecke der Unternehmen – wir haben davon schon gehört – und nicht zuletzt die schlechte Zahlungsmoral zu nennen.

69 Prozent aller deutschen Inkassounternehmen sagten in einer kürzlich erhobenen Herbstumfrage, dass sich die Zahlungsmoral in 2002 weiter verschlechtert hat. Und was noch fataler ist, sie sehen in absehbarer Zeit keine Besserung. Davon sind hauptsächlich kleine und mittlere, bis zu fünf Mitarbeiter zählende Firmen betroffen. Diese machen über die Hälfte aller Pleiten aus.

Die großen Insolvenzen wie Kirch, Babcock und Holzmann haben im Untergang zwar ihre mediale Präsenz, jedoch schlagen sie in der Statistik nicht in dem Maße zu Buche, wie über sie berichtet wird. Es sind die kleinen Unternehmen, die die Insolvenzstatistiken füllen. Großen Pleiteunternehmen steht heutzutage oft ein Retter in der

Not zur Seite, wie zum Beispiel bei Babcock die Landesregierung Nordrhein-Westfalens oder bei Holzmann sogar der Kanzler höchstpersönlich, wenn auch letztlich vergeblich. Aber wer hilft den vielen kleinen Unternehmen? Sie haben so gut wie keine Lobby, sie sterben unbemerkt und leise.

Warum brauchen wir also diesen Bericht? Wir brauchen ihn als Orientierungspunkt, als Bestandsaufnahme, um einen Überblick über die finanziellen Probleme unserer Wirtschaft, hier bedingt durch das große Problem der schlechten Zahlungsmoral, zu erhalten. Und da meine ich nicht nur die schlechte Zahlungsmoral in der freien Wirtschaft, sondern auch immer öfter die der öffentlichen Hand.

Der deutsche Mittelstand muss jährlich Zahlungsausfälle in einer Größenordnung von mehreren Milliarden Euro verkraften. Da ist es nur natürlich, dass viele Unternehmen, vor allem solche in den neuen Bundesländern, mit einer geringen Eigenkapitalausstattung dies nicht können und somit unverschuldet in die Insolvenz gehen. Und es ist bekannt, dass mit den bestehenden gesetzlichen Regelungen diesem Problem nicht wirksam begegnet werden kann. Seit Mai 2000 ist das „Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen“ in Kraft. Trotzdem hat sich die Zahlungsmoral nicht verbessert. Das Erheben von Verzugszinsen gegenüber den säumigen Zahlern zeigt in der Regel keine Wirkung, sie werden von den Schuldnern meist schlicht ignoriert. Sowohl gewerbliche als auch öffentliche Schuldner überschreiten nach wie vor die ihnen gesetzten Zahlungsfristen und verschaffen sich somit einen kostengünstigen Lieferantenkredit. Auf der anderen Seite wird oft bewusst auf die Berechnung von Verzugszinsen verzichtet, einfach aus Angst, Folgeaufträge zu verlieren. Auch in dem Zusammenhang ist erneut auf die öffentliche Hand zu verweisen.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks schätzt, dass 38,2 Prozent aller deutschen Handwerksbetriebe von einer schlechten Zahlungsmoral betroffen sind. Und was sind die Folgen? Wenn der Handwerker beziehungsweise Unternehmer seine offenen Forderungen nicht einreiben kann, dann hat er den finanziellen Schaden zu tragen. Folglich wird er für seine Arbeit nicht entlohnt, muss aber das Material, die Arbeitskraft seiner Angestellten, die Steuern und Sozialabgaben bezahlen. Wie wird er also versuchen, solche Verluste zu kompensieren? Das geht nur, indem der Unternehmer seine Arbeitnehmer schlechter oder überhaupt nicht bezahlt, die Qualität seiner Arbeit einschränkt oder den Zahlungsverpflichtungen seinerseits nicht nachkommt. All das kann aber nicht in unser aller Interesse sein!

Wie schon erwähnt, geht leider bei dieser Problematik die öffentliche Hand – und dazu zähle ich auch kommunale Unternehmen – nicht immer mit gutem Beispiel voran. Die finanzschwache Situation unserer Kommunen ist uns allen gut bekannt, jedoch kann und darf dieser Umstand keine Begründung für das Aufschieben von Verbindlichkeiten sein. Mit dem Bericht zur Zahlungsmoral erhoffen wir uns diesbezüglich mehr Klarheit, denn es kann nicht sein, dass die öffentliche Hand durch besonders lange Zahlungsziele mit dazu beiträgt, schon angeschlagene Betriebe in die Insolvenz zu treiben.

Einen weiteren Aspekt, den ich im Zusammenhang mit der schlechten Zahlungsmoral nennen möchte, stellen die, wie im Jahresbericht 2002 des Landesrechnungsho-

fes erwähnt, nicht im notwendigen Maße vorhandenen Gerichtsvollzieher dar. Nach Schätzungen des Bundesverbandes Deutscher Inkassounternehmen entzieht nur allein die chronische personelle Unterbesetzung bei den Vollstreckungsbeamten der Wirtschaft jährlich circa 500 Millionen Euro an Liquidität, Tendenz steigend. So ist es leider keine Seltenheit, dass die Ausführung von Aufträgen ein Jahr und länger dauert. Beispielsweise mussten im Jahr 2001 drei Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Hagenow rund 8.000 Aufträge abarbeiten. Dieses Beispiel ist hoffentlich ein Extremfall. Einer Kommentierung bedarf es aus meiner Sicht hier nicht.

Ebenso sind insgesamt die Verfahren vor Gericht viel zu lang. Das bedeutet eine Doppelbelastung für die Betriebe. Einerseits müssen sie auf Geld warten, wenn es denn überhaupt kommt, zum anderen sind Gerichts- und Rechtsberatungskosten zu verauslagen. Das bedeutet oft Liquiditätsverlust von zwei bis drei Jahren. Mir ist ein Beispiel einer Bauunternehmung aus meiner Region bekannt: Da gab es laut Gutachten bei einer Bauabnahme eine Mängelliste im Wert von circa 4.000 DM, ich spreche jetzt noch einmal in D-Mark. Diese Mängelliste führte zur Einbehaltung von rund 400.000 DM noch offener Verbindlichkeiten, also dem Hundertfachen des Streitwertes. Der Streit landete 1999 vor Gericht und ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Der Prozess wurde durch Terminverlegungsanträge, Rechtsanwaltswechsel und so weiter von der Schuldnerseite über Jahre verschleppt. Der Ausgang des ganzen Prozederes ist immer noch völlig ungewiss. Das ist leider die bekannte Realität, die nur mühsam verbessert werden kann.

Meine sehr geehrten Abgeordneten, wie kann die Politik den kleinen und mittleren Unternehmen helfen? Ein hilfreiches Mittel ist, wie in unserem Antrag ausgeführt, die Ist-Besteuerung. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern gab es im ersten Halbjahr 2002 537 Insolvenzen. Dabei haben 2.957 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Anstellung verloren. Das heißt, jede Woche sind in Mecklenburg-Vorpommern 21 Unternehmen Pleite gegangen und jede Woche verlieren dadurch 114 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Wenn wir bloß mal jetzt hier in die Gegend gucken, sind vielleicht gerade 100 Leute hier in dem Saal. Und wenn man sich mal vorstellt, wie viel Leute jede Woche ihren Arbeitsplatz verlieren, dann denke ich, wir haben da auf jeden Fall etwas zu tun.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu starten, dass für Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis zu 2,5 Millionen Euro die Umsatzsteuerabführung erst bei tatsächlichem Zahlungseingang fällig wird und nicht wie vorher bei Rechnungslegung. Und da, denke ich, sollten wir Wert darauf legen, dass die Umsatzsteuer wirklich immer erst dann abgeführt wird, wenn die Firmen auch bezahlt bekommen haben und nicht, wie hier vorhin gesagt worden ist, dass wir da an der Grenze herumregeln wollen. Ich denke, es ist immer richtig, dass ein Unternehmen erst dann bezahlen kann, wenn es auch sein Geld bekommen hat, ansonsten ist das eine Vorfinanzierung der öffentlichen Hand.

(Ute Schildt, SPD: Das ist die gängige Praxis.)

Ja, das ist eben nicht gängige Praxis zurzeit!

Diese Maßnahme ist relativ einfach umzusetzen und verschafft den kleineren und mittleren Unternehmen mehr Liquidität.

Meine Damen und Herren, mit dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst vom Anfang diesen Jahres ist eine Regelung getroffen worden, die es den öffentlichen Arbeitgebern ermöglicht, ab Dezember diesen Jahres die Gehälter und Löhne zum Monatsende auszuzahlen. Das ist eine Maßnahme, die der öffentlichen Hand mehr Liquidität zusichern soll. Wenn die öffentlichen Arbeitgeber solche Liquidität schaffenden Maßnahmen bei den Gewerkschaften einfordern, dann können wir unseren kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern diese nicht verwehren. Deshalb fordere ich die Landesregierung auf, die Bundesratsinitiative schnellstmöglich in die Länderkammer einzubringen. Ich hoffe im Namen der CDU-Fraktion und im Namen und im Interesse der kleinen und mittelständischen Unternehmen unseres Landes auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Liskow.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe dann die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/166 zur federführenden Beratung an den Rechts- und Europaausschuss und zur Mitberatung an den Finanz- sowie an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Eurorapid, Drucksache 4/162.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Eurorapid
– Drucksache 4/162 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Born von der Fraktion der CDU.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen Abgeordneten! Nachdem ich eben den hochkarätigen medizinischen Sachverstand auf der Regierungsbank hervorgehoben habe, möchte ich zunächst einmal meiner Freude Ausdruck geben, dass der Ministerpräsident des Landes sich in letzter Zeit wiederholt durchaus positiv zu einem europäischen Magnetschnellbahnprojekt geäußert hat. Ich finde das sehr bemerkenswert und denke, da sind wir inzwischen auf einem guten Weg.

Angefangen bei der Schaffung von mehreren 1.000 Arbeitsplätzen über die einzigartige Anbindung der Landeshauptstadt Schwerin und Westmecklenburgs an die Metropolen Berlin und Hamburg, den enormen Innovationswirkungen, die von einem entsprechenden Projekt für das ganze Land ausgehen würden, von der Überlegenheit der Magnetschwebetechnik gegenüber der althergebrachten Rad-Schiene-Technik bis zur Tatsache, dass der Bau einer entsprechenden Trasse sogar günstiger als eine ICE-Strecke ist und dass durch die Verwirklichung des Transrapid-Projektes die Gefahr einer Abkoppelung des Landes Mecklenburg-Vorpommern von einer ICE-Verbindung zwischen Hamburg und Berlin abgewendet

werden kann, die mit der Verwirklichung eines entsprechenden Projektes verbunden ist, liegen die riesigen Chancen auf der Hand. Wir brauchen das an dieser Stelle nicht im Einzelnen zu wiederholen, ich verweise einfach auf die Debatte vom 3. Februar 2000 vor diesem Hohen Haus.

Die in Deutschland entwickelte, weltweit einzigartige Hochtechnologie der Magnetschwebetechnik wird inzwischen mit Hilfe deutscher Steuergelder im fernen China realisiert. Zwar wirken am Bau der dortigen Strecke deutsche Firmen mit, aber die Chinesen haben natürlich beherzt zugegriffen und nutzen ihre Chance der Partizipation an einem solch gewaltigen Zukunftsprojekt. Es lässt sich schon jetzt absehen, dass der chinesische Anteil immer mehr zunehmen wird. Und wenn wir die Entwicklung in Deutschland weiter verschlafen würden, würden wir demnächst die ursprüngliche deutsche Magnetschwebetechnik in leicht veränderter Form schließlich weltweit exportieren.

Das ist ja in Deutschland nichts Neues, ich erinnere hier nur an eine Ihnen allen geläufige Technik, die Faxtechnik. Sie wissen, dass das Faxen in Deutschland erfunden worden ist. Sie werden, glaube ich, heute kein Gerät mehr finden, was in unserem Land hergestellt wird. Wenn ich richtig informiert bin, kommen die Geräte alle aus Japan.

Leider haben sich unsere seinerzeitigen Prognosen in einem stärkeren Maße bewahrheitet, als es nur die Realisierung eines Magnetschwebebahnprojektes in China ausweist. Nicht nur, dass von den damals bereitgestellten 6,1 Milliarden DM entgegen der anders lautenden, auch öffentlich vom Ministerpräsidenten gehegten Hoffnung nichts für unser Land übrig geblieben ist, nein, inzwischen sind es die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern, die, sowohl technologisch als auch wirtschaftlich betrachtet, mit viel weniger sinnvollen Projekten, als es die Realisierung der Transrapid-Strecke Berlin–Hamburg–Schwerin–Berlin beziehungsweise Hamburg–Schwerin–Berlin gewesen wäre, um Längen abgehängt haben. Die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und der Freistaat Bayern sind drauf und dran, tatsächlich die ersten deutschen Referenzstrecken zu erhalten.

(Peter Ritter, PDS: Das stimmt aber nicht.)

Nun geht es bei unserem Antrag, verehrter Kollege Ritter, nicht darum, einmal mehr aufzuzeigen, wie verhängnisvoll die damalige Fehlentscheidung war, das damals kurz vor dem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens stehende Transrapid-Projekt Hamburg–Schwerin–Berlin nicht zu verwirklichen. Unser Antrag zielt vielmehr darauf ab, zu verhindern, dass weiterer dauerhafter und möglicherweise dann nicht mehr gutzumachender schwerer Schaden für das Land dadurch entstehen könnte, dass jetzt nicht alle Möglichkeiten ergriffen werden, um im Rahmen eines europäischen Projekts doch noch zu einer zeitnahen Realisierung einer Magnetschwebebahnhochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Hamburg, Schwerin und Berlin zu gelangen.

Ich zögere also nicht, ausdrücklich anzuerkennen, dass der Ministerpräsident dieses Landes sich in letzter Zeit – zumindest grundsätzlich – wiederholt positiv zu einem entsprechenden europäischen Projekt namens „Eurorapid“ bekannt hat. Aus Zeitgründen verweise ich nur auf die Erklärung vom 21. Januar 2002. Unter anderem heißt es dort: „Die holländischen Pläne für den Metrorapid sind ein vielversprechender Ansatz.“ Und entsprechend in einer

Antwort auf eine Kleine Anfrage vom 19. November 2001 heißt es: „Der Ministerpräsident hält das beiden Systemen – Eurorapid/Transrapid – „zu Grunde liegende Prinzip der reibungslosen Fortbewegung für eine zukunftsweisende Technik. Ihr innovatives Potential hat inzwischen auch im Ausland Erfolg und beweist, dass die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähig ist. ...“

(Birgit Schwebs, PDS: Im Prinzip ja.)

„Darüber hinaus hat das vernetzte System des Eurorapids erhebliche Vorteile gegenüber der ‚Insellösung‘ Transrapid.“

Wie gesagt, dies sind alles begrüßenswerte Ansätze, allerdings, soweit es in derselben Antwort, die der Wirtschaftsminister namens der Landesregierung damals gegeben hat, heißt: „Die Landesregierung verfolgt mit Interesse die Bemühungen der Wirtschaft für einen Eurorapid (z. B. Veröffentlichungen, Aktivitäten der Handelskammer Hamburg und anderer Kammern, Verkehrssymposien). ... Das Land begleitet die nationalen und internationalen Initiativen.“, wird deutlich, dass die Landesregierung neben ihrer grundsätzlich bekundeten positiven Einstellung zu einer europäischen Lösung doch noch sehr viel mehr tun muss. Dass ein europäisches Netz sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll ist gegenüber der herkömmlichen Rad-Schiene-Technik, aber vor allem auch gegenüber dem innereuropäischen Flugverkehr enorme Vorteile hätte, braucht an dieser Stelle im Einzelnen nicht dargelegt zu werden, darauf können wir in der Debatte sicherlich noch eingehen.

Was jetzt erforderlich ist, ergibt sich aus den Punkten 1 und 2 unseres Antrages, dass nämlich die Landesregierung der Realisierung der europäischen Magnetschnellbahntrasse von Amsterdam nach Berlin mit Halt in Schwerin höchste Priorität in ihrem politischen Handeln einräumt und sich bei der Bundesregierung für die Aufnahme der Transrapid-Strecke Hamburg–Schwerin–Berlin in den vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes einsetzt. Ein bloßes Beobachten reicht hier keineswegs aus.

Wenn wir es klug und entschlossen anstellen, können wir sogar noch zum jetzigen Zeitpunkt einen gewissen zeitlichen Vorsprung gegenüber den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern zu unseren Gunsten ins Feld führen. Dies ergibt sich unmittelbar aus Ziffer 3 unseres Antrages. Ich will das jetzt einfach einmal in freier Rede, so, wie es die Geschäftsordnung vorsieht, zusammenfassen und Ihnen das kurz erläutern. Es geht nämlich schlicht darum, dass das Planfeststellungsverfahren damals nicht förmlich abgeschlossen worden ist. Dies ist eine verhängnisvolle Tatsache. Wäre es förmlich abgeschlossen worden – es hätten nur noch ganz wenige Kilometer planfestgestellt werden müssen, es sind, wenn ich das richtig im Kopf habe, damals rund 200 Millionen DM schon aufgewandt worden und es hätte nur noch eines relativ geringen Betrages bedurft, um dieses Verfahren abzuschließen –, dann hätten wir Planungssicherheit. Und zwar gilt dieser dann festgestellte Plan für fünf Jahre. Das heißt, man kann dann, wenn man irgendwann zu einer Realisierung kommt, dieses Planfeststellungsverfahren nehmen, das ist dann die rechtsverbindliche Grundlage, und kann anfangen zu bauen.

Dies ist damals, nachdem man das entsprechende Bundesgesetz aufgehoben hat, unterlassen worden. Vielmehr hat man einfach das Planfeststellungsverfahren

ohne förmlichen Abschluss eingestellt. Dies führt dazu, dass man – ganz streng genommen – wieder von vorne anfangen müsste, wenn man sich denn jetzt entschließen würde, endlich die Realisierung der europäischen Strecke, wie dargelegt, in Angriff zu nehmen. Und deshalb entsteht so ein enormer Zeitdruck, weil nämlich mit jedem Monat, der zusätzlich ins Land geht, die Gefahr enorm ansteigt, dass die dann mit Sicherheit angerufenen Verwaltungsgerichte sagen werden, die Grundlagen, die ihr damals im Planfeststellungsverfahren erhoben habt, die sind jetzt nicht mehr aktuell, ihr müsst sie neu erheben. Dann sind erhebliche, nicht nur zusätzliche Kosten damit verursacht, sondern dann haben wir auch den zeitlichen Vorsprung, den wir im Moment noch gegenüber dem Freistaat Bayern und Nordrhein-Westfalen haben, verspielt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das wäre fatal. Deshalb unsere Bitte, alles daranzusetzen, dass dieses Planfeststellungsverfahren jetzt zunächst einmal zügig abgeschlossen wird. Das ist ein relativ geringfügiger Aufwand. Das heißt noch nicht, dass morgen begonnen werden muss, aber dann haben wir das Planfeststellungsverfahren in sicheren Bahnen und eine vernünftige Grundlage. Wir haben die Zeit genutzt und verhindert, dass weitere Steuergelder verschwendet werden.

Der Kollege Ritter kennt das schon, ich möchte aber auch dem Hohen Hause deutlich machen, dass es manchmal etwas länger dauert, bis neue Technologien angenommen werden. Wir können uns das aber in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich nicht leisten, dass wir hier im Schnecken tempo hinterherschleichen, wenn andere mit dem Transrapid davonrasen. Um deutlich zu machen, dass Sie sich dann, wenn Sie sich dem hier jetzt innerlich noch widersetzen würden, in einer fatalen Gesellschaft befänden – und das traue ich den Kollegen von der SPD eigentlich nicht zu und im Grunde genommen auch nicht den Kollegen von der PDS, insbesondere dem verehrten Kollegen Ritter nicht –,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, PDS)

lassen Sie mich noch einmal kurz etwas zitieren, was historischen Anklang hat. Es geht um die Akzeptanzschwierigkeiten der Eisenbahnen in ihren Anfängen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Und jetzt komme ich wieder auf den medizinischen Sachverstand heute zu sprechen. Der ist aber sehr viel besser als der damalige. In einem Gutachten anlässlich des Baues der ersten Eisenbahn in Deutschland stellte das Bayerische Obermedizinalkollegium folgende Bedenken fest, ich zitiere –

(Reinhard Dankert, SPD: Jaja, die Bayern!)

es geht also nicht um den Transrapid, es geht um die Eisenbahn: „Die schnelle Bewegung muß bei den Reisenden unfehlbar eine Gehirnkrankheit, eine besondere Art des Delirium furiosum, erzeugen. Wollen aber dennoch Reisende dieser gräßlichen Gefahr trotzen,“

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

„so muß der Staat wenigstens die Zuschauer schützen, denn sonst verfallen diese beim Anblicke des schnell dahinfahrenden Dampfwagens genau derselben Gehirnkrankheit.“

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

„Es ist daher notwendig, die Bahnstrecke auf beiden Seiten mit einem hohen, dichten Bretterzaun einzufassen.“

(Zuruf von Holger Friedrich, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass der Landtag hier keinen Bretterzaun aufrichtet, sondern sich der neuen Technologie zuwendet, einen mutigen Beschluss fasst, die Voraussetzungen dafür schafft, dass das Planfeststellungsverfahren in Kürze abgeschlossen werden kann, und dass wir uns dann an die Spitze der Bewegung europaweit setzen. Wir werden den Ministerpräsidenten dabei unterstützen,

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

wenn er nicht nur öffentlich bekundet, dass das eine sinnvolle Sache ist, sondern wenn er alles einsetzt dafür, dass er im Verbund mit seinen Kollegen aus Hamburg, Bremen, vielleicht verstärkt demnächst auch noch aus Niedersachsen und Berlin dieses Projekt vorantreibt und hier Mecklenburg-Vorpommern in eine gute Zukunft führt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, Sie haben eine „Wäre-hätte-sollte-damals-Rede“ gehalten.

(Beifall Birgit Schwebs, PDS –
Zuruf aus dem Plenum: Die war lehrreich.)

Ich will das einmal den Historikern überlassen, was die Vergangenheit betrifft. Die letzten Ausführungen waren äußerst amüsant, die gingen dann ja schon ins 19. Jahrhundert zurück. Aber, ich glaube, wir müssen vor allem einmal feststellen, wo sind wir heute. Und dann schauen wir in die Zukunft.

Da sieht es so aus, dass tatsächlich ein Eurorapid von Amsterdam über Hamburg, Schwerin nach Berlin und dann vielleicht weiter nach Prag, Wien, Budapest eine sehr attraktive verkehrspolitische Vision ist. Vor allem Mecklenburg-Vorpommern könnte etwas davon haben, denn unser Land ist keineswegs an Hochgeschwindigkeitsbahnen angebunden, so dass wir uns wunschlos glücklich zurücklehnen könnten. Schon allein aus diesem Grund wäre ein solches Vorhaben interessant, vor allem auch für den Raum Westmecklenburg.

Und dann ist die Magnetschwebbahntechnik auch noch unter technologischem Gesichtspunkt äußerst interessant. Ja, mich persönlich fasziniert sie, sie ist wirklich fortschrittlich, sie ist zukunftsweisend. Ich glaube, sie ist eine Technik, mit der man auch in Zukunft noch rechnen muss. Jetzt kommt aber das „Aber“. Doch ob der Eurorapid ein realisierbares Projekt ist oder nur eine schöne Idee, das ist gegenwärtig noch nicht klar. Gegenwärtig gibt es da – ich sage, leider – noch viel mehr Fragen als Antworten. Es geht um den Bau einer Magnetschwebbahn von Amsterdam nach Groningen, von dort dann vielleicht weiter nach Hamburg und von dort aus möglicherweise weiter nach Berlin.

Ende 2001 hat das Kabinett in Den Haag eine Grundsatzentscheidung für den Bau einer Hochgeschwindigkeitsverbindung auf der Strecke Amsterdam–Groningen getroffen, eine Grundsatzentscheidung. Die tatsächliche Entscheidung für die niederländische Strecke ist aber noch nicht gefallen.

Hamburg, Bremen und Niedersachsen haben sich dafür ausgesprochen, diese Strecke von Groningen nach Hamburg zu verlängern. Die drei Länder und der Bund wollen nach einer eventuellen positiven Entscheidung in den Niederlanden für die Strecke Groningen–Hamburg eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Voraussetzung ist, dass Amsterdam–Groningen auch wirklich gebaut wird. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist und sich auch die Streckenverlängerung von Groningen bis Hamburg wirtschaftlich betreiben lässt, dann, und nur unter diesen Voraussetzungen, ist auch eine Verlängerung der Strecke über Hamburg hinaus nach Berlin über Schwerin denkbar,

(Beifall Ute Schildt, SPD)

denn dass die Teilstrecke Hamburg–Schwerin–Berlin mit schwarzen Zahlen nicht zu betreiben ist, hat sich ja in der Vergangenheit leider zur Genüge gezeigt. Also momentan besteht hier kein Bedarf, Aktionismus zu entfalten. Wir können in aller Ruhe Überlegungen anstellen und daran arbeiten. Wir müssen erst einmal abwarten, ob das Thema wirklich für uns auf die Tagesordnung kommt.

Meine Damen und Herren, die Finanzierung der Strecke auf deutscher Seite ist, da sich auch kein Privater findet, Aufgabe des Bundes, denn eine solche Magnetschnellbahnverbindung müsste zweifellos als Bundesverkehrsweg eingestuft werden. Nicht hilfreich wäre es, wenn wir als Land ein solches Vorhaben ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das
haben wir ausdrücklich beantragt.)

Nicht hilfreich wäre es – auch wenn Sie es beantragen –, wenn wir als Land ein solches Vorhaben für den Bundesverkehrswegeplan jetzt anmelden würden. Die Finanzdecke im Bundesverkehrswegeplan ist knapp und die Anmeldung würde unweigerlich zu Lasten aller anderen Projekte im Land gehen, der A 241, der A 14, der Ortsumgehungen und auch der Anbindung Neubrandenburgs nach Süden. Diesen Weg, Herr Dr. Born, der Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan, gehen deshalb auch die anderen norddeutschen Länder nicht. Doch bei einem solchen Projekt wie dem Eurorapid ist nicht nur wichtig, dass die Investition finanziert werden kann. Es muss auch sichergestellt sein, dass die Magnetschnellbahnverbindung wirtschaftlich betrieben werden kann

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und nicht dauerhaft rote Zahlen schreibt, denn nur dann kann sich ein Betreiber finden. Ein privater Betreiber soll es ja sein. Auch die Deutsche Bahn AG ist ja eine Aktiengesellschaft und ein privater Betreiber und sie kann sich nicht auf finanzielle Abenteuer einlassen.

Meine Damen und Herren, für einen wirtschaftlichen Betrieb braucht man einen Betreiber, der das dann auch ohne Subventionen macht. Mit Subventionen kann jeder wirtschaftlich sein, das ist klar, es muss also ohne dauerhafte Subventionen abgehen. Und hierfür einen zu finden, ist sicher eine ganz schwierige Aufgabe. Gelöst ist sie bisher noch nicht.

Meine Damen und Herren, verkehrspolitische Visionen sind wichtig, doch wenn es an die Umsetzung geht, muss man die Dinge ganz nüchtern und mit wirklich unbestechlichem Blick ansehen. Beim Eurorapid gibt es eine Fülle von Voraussetzungen, die erst eintreffen müssen, bevor das Ganze ein Thema für Mecklenburg-Vorpommern wird. Und es macht, glaube ich, auch politisch wenig Sinn, wenn man Eier bebrütet, bevor sie gelegt sind.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Doch ich kann Ihnen heute sagen, wenn der Eurorapid kommt und wenn hier ein Ei gelegt ist, dann werden wir uns konstruktiv daran beteiligen und konstruktiv daran mitwirken. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wird natürlich schwierig für den verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, nach dem Wirtschaftsminister zu reden, aber das Problem werde ich wahrscheinlich die nächsten Jahre noch öfters haben. Somit bemühe ich mich auch heute, das so gut wie möglich zu lösen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Vielleicht, damit der Überraschungseffekt für die CDU-Fraktion nicht ins Unerträgliche steigt, gleich zu Beginn eine grundsätzliche Aussage: Die SPD-Fraktion steht weder der Magnetschwebbahntechnologie im Allgemeinen noch einer Magnetschwebbahn von Hamburg über Schwerin nach Berlin im Besonderen ablehnend gegenüber. Ich weiß zwar nicht, ob man eine Technologie, die immerhin schon so alt war oder ist, dass ich, glaube ich, noch nicht wahlberechtigt war, noch als modern bezeichnen kann ...

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD –
Heinz Müller, SPD: Als das Patent
erteilt wurde, hast du noch nicht gelebt.)

So weit wollte ich jetzt nicht gehen, Heinz, aber die Frage ist nicht unbedingt, wie alt eine Technologie ist, sondern wie groß die Zukunft ist, die sie hat. Und da gebe ich Ihnen, Herr Kollege Born, sicherlich Recht.

Die Magnetschwebbahntechnologie, ob man das nun Transrapid oder jetzt Eurorapid nennt, stellt aus Sicht der SPD eine innovative, zukunftsorientierte Technologie dar, die, sinnvoll eingesetzt, eine Bereicherung der verkehrlichen Infrastruktur auch in unserem Land durchaus darstellen kann.

Ich will nicht alles das wiederholen, was Sie, Herr Kollege Born, und der Wirtschaftsminister selber auch gesagt haben. Daraus hat sich ja schon ergeben, dass sich die Landesregierung – und in dem Zusammenhang natürlich in Abstimmung mit der SPD-Fraktion – auch in der Vergangenheit durchaus positiv und offen zu den Plänen eines Eurorapids gezeigt hat. Auch die Tatsache, dass sich in der Vergangenheit wesentliche Teile – und das muss man auch offen zugeben – der Landes-SPD kritisch gegenüber einer Transrapidtrasse in diesem Land oder durch dieses Land gezeigt haben, ist nicht Ausdruck von

Technologiefeindlichkeit, sondern das Ergebnis einer kritischen Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen einer solchen Entscheidung für dieses Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und, meine Damen und Herren, diese Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen einer solchen Entscheidung für dieses Land in einer ganz konkreten Situation ist im Endeffekt das, was der Antrag der CDU vollständig vermissen lässt. Für die SPD-Fraktion stellt sich in diesem Zusammenhang da eine einfache Frage: Braucht man diesen Antrag zu diesem Zeitpunkt?

(Michael Ankermann, CDU: Ja.)

Wir müssen nicht darüber diskutieren, ob wir ihn vielleicht in einem Jahr oder in zwei Jahren brauchen, sondern hier und heute gibt es diese einfache Frage, gibt es auch eine einfache Antwort: Heute zumindest brauchen wir ihn nicht.

Daraus ergibt sich die zweite Aussage: Wir werden heute als SPD-Fraktion den Antrag der CDU ablehnen. Die Strecke Hamburg–Berlin ist aus Sicht der SPD-Fraktion derzeit unrealer Perspektive. Und das ist nicht, um eventuellen Einwendungen Ihrerseits vorzubeugen, einer tatsächlich nicht gegebenen Ablehnung seitens der SPD-Fraktion gegenüber der Technologie oder Trasse als solcher geschuldet, sondern vielmehr dem Umstand, dass nach der übereinstimmenden Auffassung aller beteiligten Bundesländer – und damit sind ja auch CDU-Bundesländer mit betroffen sowie der Bund – Voraussetzung für die Realisierung einer solchen Transrapid- oder Eurorapidstrecke zwischen Hamburg und Berlin eine abschließende positive Entscheidung der niederländischen Regierung zu einer Transrapidstrecke zwischen Groningen und Hamburg ist.

In diesem Zusammenhang muss man aber auch ganz deutlich sehen, dass die niederländische Regierung sich erst Ende des letzten Jahres erstmals grundsätzlich für den Bau einer Hochgeschwindigkeitsverbindung auf der Strecke zwischen Amsterdam und Groningen ausgesprochen hat, ohne sich dabei in diesem Zusammenhang schon festzulegen, ob es eine Magnetschwebbahntechnologie sein soll oder eine, wollen wir es mal so sagen, herkömmliche Technik, wobei ich der ICE-Technologie – oder was es in diesem Zusammenhang in Europa sonst noch alles gibt – nicht zu nahe treten möchte.

Eine endgültige Entscheidung darüber, ob und mit welcher Technologie diese Streckenführung tatsächlich realisiert wird, ist allerdings überhaupt noch nicht getroffen worden. Auch eine Entscheidung, ob und, wenn ja, zu welchem Zeitpunkt eventuell eine solche Strecke von Groningen nach Hamburg fortgeführt werden soll, steht noch vollkommen aus.

Da lässt sich zu der von Ihnen geforderten höchsten Priorität nur Folgendes sagen: Diese höchste Priorität kann dem Thema tatsächlich nur dann eingeräumt werden, wenn die niederländische Regierung sich abschließend zu einer positiven Entscheidung für eine Transrapidstrecke durchgerungen hat, die von Amsterdam nach Groningen führt, und die Bundesländer Niedersachsen, Hamburg und Bremen nach einem entsprechenden Markterkundungsverfahren, denn man muss auch dort erst einmal wissen, ob es sich überhaupt rentiert, die Entscheidung für eine Fortführung der Strecke nach Hamburg mit den entsprechenden Zwischenhalten getroffen haben. Und in diesem

Zusammenhang muss man sich ernsthaft die Frage stellen, ob die Ziffer 2 Ihres Antrages denn dann – das unterstelle ich Ihnen jetzt aber auch nicht – wirklich ernst gemeint sein sollte.

Wenn es tatsächlich zu einer entsprechenden Trassenführung kommen sollte, dann stellt sich auch im Zusammenhang mit der Finanzierung der ganzen Angelegenheit natürlich die Frage, woher die Finanzmittel kommen sollen. Und, Herr Minister Ebnet hat es eben schon angesprochen, die Finanzmittel können dann sicherlich nicht aus den allgemeinen Finanzmitteln der Bundesverkehrsplanung kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Angesichts des Umstandes, dass die nunmehr projektierte Strecke zwischen Düsseldorf und Dortmund mit nur 79 Kilometern Länge nach den derzeitigen Erkenntnissen circa 3,2 Milliarden Euro kosten soll und der Bund hiervon allein 1,75 Milliarden Euro übernehmen will, muss auch im Hinblick auf eine Eurorapidstrecke in unserem Land deutlich gesagt werden, dass nur eine Finanzierung außerhalb der im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung angedachten Mittel erfolgen kann. Anderenfalls ließe sich nicht ausschließen, dass andere für die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes dringend notwendigen Infrastrukturmaßnahmen in den verschiedensten Regionen entweder ganz entfallen oder verschoben werden sollen. Meine Damen und Herren von der CDU, ich gehe auch nicht davon aus, dass Sie das tatsächlich beabsichtigen!

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage von Herrn Dr. Born? (Zustimmung)

Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Vielen Dank.

Herr Kollege, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie meine Auffassung teilen, dass das Projekt in Nordrhein-Westfalen sowohl unter ökonomischen als auch unter allen anderen denkbaren Gesichtspunkten bei weitem nicht so sinnvoll ist wie eine Mittelstrecken- oder Fernverbindung und man deshalb vielleicht darüber nachdenken sollte, ob man diese Mittel nicht sinnvollerweise für andere Streckenführungen einsetzt?

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Kollege Born, ich gehe davon aus, dass wir die Auffassung teilen, dass sowohl die Streckenführung von München zum Flughafen Franz Josef Strauß als auch die zwischen Düsseldorf und Dortmund wahrscheinlich weniger Sinn als eine tatsächlich internationale Verbindung hat, die große Städte wie Hamburg oder Berlin verbinden sollte. Da sind wir einer Meinung.

Dr. Ulrich Born, CDU: Vielen Dank.

Jochen Schulte, SPD: Die Aufnahme der Strecke Hamburg–Berlin, meine Damen und Herren, in den vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes auf Antrag oder mit entsprechender Unterstützung des Landes – und auch hierauf hat der Wirtschaftsminister schon hingewiesen – würde daher zwangsläufig dazu führen, dass bestimmte Projekte in diesem Land wegfallen würden. Ich gehe nicht davon aus, dass Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sich tatsächlich hier in diesem Land hinstellen und sagen wollen, zum Beispiel, dass die A 241 gestrichen werden soll, Ortsumgehungen – vielleicht gerade in Ihren Wahlkreisen – oder aber die Ver-

bindung der Stadt Neubrandenburg an das Bundesfernstraßennetz, die ja nun dringend erforderlich ist.

Aufgrund dieser Umstände muss man tatsächlich sagen, dass Ihr Antrag, so, wie er zum jetzigen Zeitpunkt gestellt worden ist, nicht realisiert und so auch nicht von der SPD-Fraktion unterstützt werden kann. Vielmehr muss sichergestellt werden, wenn es denn tatsächlich dazu kommen sollte, dass die anderen Voraussetzungen, die ich eben angesprochen habe, gegeben sind, dass dann ernsthaft geprüft wird, welche finanziellen Mittel insgesamt zur Verfügung stehen, welche finanziellen Mittel vonseiten des Bundes zur Verfügung gestellt werden können und ob eine wirtschaftliche Beteiligung und eine finanzielle Beteiligung des Landes, die auch dann sicherlich zwingend erforderlich ist, sich tatsächlich aus volkswirtschaftlichen Gründen für unser Land vertreten lässt.

Wenn man sieht, dass das Land Nordrhein-Westfalen – und da komme ich zu dem Beispiel jetzt wieder zurück, das Sie eben angesprochen haben – für das Projekt zwischen Düsseldorf und Dortmund Kredite in Höhe von 700 Millionen Euro zur Verfügung stellt und die betroffene Industrie, die das ganze Projekt dann umsetzen soll, sich letztendlich trotzdem weigert, selber mit einem Eigenanteil von 200 Millionen Euro sich an dem Projekt zu beteiligen, weil sie offenkundig Bedenken hat, dass die Strecke sich betriebswirtschaftlich rechnet, dann muss man wirklich fordern, dass in diesem Land bei den knappen Kassen, die wir haben, mit dem Geld nur das wirklich gemacht werden kann, was wirtschaftlich sinnvoll ist. Wenn es sich für dieses Land herausstellen sollte, wie Herr Minister Ebnet das angesprochen hat, dass eine Verbindung von Berlin nach Schwerin und weiter bis nach Hamburg wirtschaftlich positive Effekte aufgrund der damit verbundenen Infrastruktur für dieses Land mit sich bringt, dann bin ich sicherlich der Letzte, der sich dagegen aussprechen wird.

Ich habe allerdings grundsätzlich Bedenken gegen Prestigeobjekte. Ich habe, als ich jetzt die Tage bei der IHK in Schwerin war und auf dieses Thema angesprochen wurde, schon Einwände dagegen, dass wir eine Strecke hier bauen, wo dann auf der einen Seite Menschen mit vielleicht 500 Stundenkilometern durch dieses Land rasen und auf der anderen Seite die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in der Nähe der Strecke stehen und gucken, was für ein Zug da durchführt, und das ist dann der ganze Effekt gewesen, den wir für dieses Land haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte es nicht erleben, dass dieses Land deswegen in aller Welt bekannt wird, indem man sagt, Mecklenburg-Vorpommern leistet sich den Luxus einer Magnet-schwebebahntrasse, obwohl es für das Land selber nichts bringt, sondern nur die Metropolen Berlin und Hamburg davon etwas haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir gemeinsam zu dem Ergebnis kommen sollten, im Rahmen der dann erforderlichen Studien, dass es für die Infrastruktur und für die Wirtschaft dieses Landes vorteilhaft ist, dann gehe ich davon aus, wird ein entsprechendes Projekt sicherlich auch die Unterstützung der SPD-Fraktion finden. Aber zum jetzigen Zeitpunkt, meine Damen und Herren von der CDU, ist einfach nicht der Punkt, über diese Frage zu diskutieren. Deswegen noch

einmal zum Ende gesagt: Aus diesem Grund werden wir den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Regine Lück, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schulte.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Skrzepski für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Gesine Skrzepski, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Weltweit begrüßten Millionen Menschen das neue Jahr und setzen ihre Hoffnungen und Erwartungen insbesondere auf Frieden und soziale Sicherheit. Über 4,2 Millionen arbeitslose Menschen in Deutschland hoffen auf wirtschaftliche Zukunftsperspektiven, für die insbesondere eine rot-grüne Bundespolitik als auch eine SPD- und PDS-Politik hier in Schwerin Verantwortung tragen.

Auch unser Bundeskanzler feierte in das neue Jahr zünftig hinein und ließ sich medienwirksam von Millionen Chinesen feiern für den Superzug Transrapid –

(Beifall Jörg Vierkant, CDU –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

man ist fast geneigt, aus der Werbung zu sagen: Wer hat ihn erfunden? Nicht die Schweizer, es waren die Deutschen –, den er zuvor in Deutschland mit Rot-Grün ausgebremst hat und der nun als deutsche Hochtechnologie im 10-Minuten-Takt nahe der Metropole Shanghai in ein neues Transportzeitalter einschwebt.

Und das deutsche Volk? Wir haben auch gefeiert mit vielen großen Wünschen, starten aber in das neue Jahr ganz anders: Wir sortieren Dosenpfandzettel. Wie unlängst berichtet, 180 Bierdosen und 2 Meter Bonzettel, da jede Dose für sich zurückgegeben werden kann.

(Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU,
und Peter Ritter, PDS)

Ein Volkssport entfacht sich an den Kassen der Supermärkte und Brüssel macht bereits das Tintenfass auf, um dem Finanzminister in Deutschland den Blauen Brief zu schreiben.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber so lustig ist das nicht, sehr geehrte Abgeordnete. Was die Menschen von uns als Neujahrsbotschaft erwarten, das ist, dass immerhin fast schon viereinhalb Millionen Arbeitslose Arbeit suchen.

Es ist Ihrerseits verständlich, Herr Ministerpräsident, den ich hiermit ausdrücklich grüße, dass Sie auch von unseren Menschen im Land mehr Optimismus erwarten und in Ihrer Regierungserklärung die berühmten fünf I's – Innovation, Investition, Infrastruktur, Image, Internationalisierung – als Regierungshandschrift ankündigen. Doch man muss es auch konsequent tun, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Transrapid von Berlin nach Hamburg durch unser Bundesland wäre die Innovationsvisitenkarte weltweit gewesen. Ja, fast mit Spottreden hier im Landtag – ich habe auch hier gestanden – und herbeigeredeter Unwirtschaftlichkeit,

(Ute Schildt, SPD: Das ist
doch nicht herbeigeredet.)

landes- wie bundesseitig, wurde der Transrapid nach China gejagt und ich hoffe, es ist jedem bekannt, fast 500 Millionen DM Subventionen

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

aus Deutschland für die Chinesen gleich mit. Ich weiß, manch einer hat das Bild, die Chinesen fahren Golf und Transrapid und wir fahren Fahrrad, aber ich wollte nicht so in die Zukunft gehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: 6,1 Milliarden.)

Erinnern wir uns: Es stand ein Finanzrahmen von über 6,1 Milliarden DM Bundesmitteln für die Transrapidstrecke Berlin–Hamburg zur Verfügung, und das noch bis zum Juni 1999. Ich habe die Tabelle und alles mitgebracht, wer das hier nachlesen möchte. Und das Superstück, was wir uns ja als Deutsche geleistet haben, 100 Milliarden DM UMTS-Erlöse hätten noch viel mehr dabei leisten können. Doch Gutachten über Verkehrsaufkommen, allerdings eine zurückhaltende Beteiligung – auch sehr kritisch von mir angemerkt – der Industrie an Privatfinanzierungen haben die Bedenkenträger Deutschlands auf den Plan gerufen und natürlich auch die Ost- und Westlobbyisten, denn als das Geld benannt war im Bundeshaushalt, siehe da, kam doch Freude auf, diese Hochtechnologie hier in Deutschland bauen zu wollen. Aber doch nicht in Schwerin und Mecklenburg-Vorpommern,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

das könnte man dann doch auch woanders tun.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Und aus einer weltwirtschaftlichen Dimension für unser Bundesland wurde ein Papiertiger, das Planfeststellungsverfahren abgebrochen, der Transrapidkorpus schön säuberlich vom Schweriner Hauptbahnhof abmontiert, damit von dieser innovativen Dimension für unser Land nicht einmal eine Vision bleiben sollte.

Doch die CDU-Fraktion wird sich damit nicht zufrieden stellen und fordert die Landesregierung auf, unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern in das Eurorapid-Netz einzubinden. Für unser Land muss die Verkehrsinfrastruktur höchste Priorität haben, um unserem Flächenland Mecklenburg-Vorpommern eine echte Chance zu geben, den rasanten europäischen Prozess zu bewältigen.

Natürlich sind wirtschaftliche Zielbahnhöfe wie der Tourismus mit über 106.000 Arbeitsplätzen – saisonnah, saisonfern insgesamt 21 Millionen Übernachtungen – und 12 Prozent am Bruttoinlandsprodukt herauszuheben, sehr positiv herauszuheben und auszubauen. Doch das ist die eine Glanzseite, die eine Seite für Mecklenburg-Vorpommern.

Und der Tourismus tut gut, das stimmt, er tut wirklich gut, aber Fakt ist auch für unser Flächenland Mecklenburg-Vorpommern, dass wir lediglich am Standort Rostock – Rostocker aufgepasst, Sie wissen es bestimmt auch, lediglich oder positiv gesehen, wie man es sehen will, aber es ist sehr kritisch – nur 22 gewerbliche Unternehmen haben mit über 200 Beschäftigten, gefolgt von Neubrandenburg mit 12 und Schwerin mit 11 Unternehmen. Das sind unsere großen Wirtschaftsstrukturen, die müssen wir doch kritisch hinterfragen dürfen. Auf 1.000 Einwohner haben wir lediglich 27 Industriearbeitsplätze. Das ist zu gering, tut wirtschaftlich weh und nicht gut. Die eigene Landeskraft reicht nicht, wenn der Vergleich steht, dass in den alten

Bundesländern 86 Industriearbeitsplätze zur Verfügung stehen und in den neuen Bundesländern 39. Wir können uns eben keine Konfettipolitik leisten, wir müssen Prioritäten setzen.

Mit dem Beitritt zehn weiterer Länder zur EU wird sich auch für Mecklenburg-Vorpommern 2006 die Fördergebietskulisse ändern, es ist heute in den Medienspiegeln verteilt worden. Wir sollten alle darüber ernsthaft nachdenken und das schon sehr bald hier thematisieren. Die Ziel-1-Gebiete ziehen gen Osten, die Wirtschaftskarawane zieht weiter. Ich wünsche, dass es allen Ländern gut geht, aber zunächst denken wir als Landespolitiker natürlich mit großem Wohlwollen an uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist deshalb für uns ein dringendes politisches Gebot, jetzt auf den Wirtschaftszug Europas aufzuspringen. Der Eurorapid gibt unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern erneut die große Chance, in das transeuropäische Netz von Amsterdam über Hamburg, Berlin – Groningen wurde ja auch als Erstbahnhof genannt –, Budapest bis Warschau einzusteigen. Es wird noch viel mehr Bahnhöfe geben, die wir heute noch gar nicht kennen, natürlich hoffentlich auch über unser Bundesland, damit Schwerin wirtschaftlich eingebunden werden kann.

Die IHK Schwerin hat es in ihrem Positionspapier „Wirtschaftspolitik für Mecklenburg-Vorpommern“ für die Legislaturperiode 2002 bis 2006 klar im Punkt 7 formuliert. Und es heißt im Absatz 3: Mecklenburg-Vorpommern hat bereits einmal die Planung für eine Transrapidverbindung Berlin–Schwerin–Hamburg bis zur Planfeststellungsrunde durchgeführt, das Projekt jedoch aus koalitionskritischen Gründen mit verhindert.

Jetzt eröffnet sich mit der Initiative aus den Niederlanden zum Bau des Eurorapid-Netzes eine zweite Chance für Mecklenburg-Vorpommern. Deshalb muss das Land ein Interesse haben, diese realistische Vision mit aller Macht zu befördern, denn der Eurorapid bietet dem Land die einmalige Chance, in das Zentrum eines wiederaufblühenden baltischen Wirtschaftsraumes zu rücken. Und schauen Sie genau in die baltischen Länder, da passiert Sagenhaftes – die Esten, die Litauer, wie die mit Technologien umgehen, um zu einer Drehscheibe zwischen dem Ostseeraum und Mitteleuropa zu werden.

Die Wirtschaft fordert, dass sich die Landesregierung deshalb an die Spitze dieser Bewegung für den Bau des Eurorapides mit einer Anbindung für unser Land setzt. Von der CDU-Fraktion erhält die Wirtschaft ein klares politisches Votum für den Eurorapid. Das wäre eine Neujahrsbotschaft, die dem Fordern nach Optimismus Leben einhaucht.

Sehr geehrte Abgeordnete, wir haben als Landespolitiker uns alle der Verantwortung gestellt, Zukunftsperspektiven für unser Land zu gestalten. Es ist eine schwere Zahl, an der wir alle zu arbeiten haben: 181.100 Frauen und Männer sind arbeitslos. 4.500 offene Stellen in vier Arbeitsämtern dieses Landes stehen dem gegenüber. Die Zahl der jüngeren Arbeitslosen unter 25 Jahren lag mit 22.300 um 4.000 über dem Vorjahresniveau.

Ich werde jetzt nicht die Oppositionskeule wie Investitionsblindgänger, Airbus und BMW herausholen,

(Ute Schildt, SPD: Haben Sie schon gemacht. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, ja, ja.)

aber diese unsägliche Investitionspolitik im Arbeitsministerium ist ein zu deklarierender Sündenfall.

(Minister Helmut Holter: Was?!)

Haushaltsreste in Höhe, lieber Herr Holter, von gut 211,9 Millionen DM sind Ihre Regierungshandschrift.

(Minister Helmut Holter: Falsch!)

Das Handwerk wartet auf Aufträge, auch vor dem Schloss, wir haben heute alle daran teilgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie war Ihre Aktion? Sie war ja originell gedacht, aber leider nur populistisch.

(Minister Helmut Holter: Das ist Ihre Rede!)

Kapital sucht Ideen und in unserem Land suchen 16.000 arbeitslose Bauarbeiter Arbeit. Das kann es nicht sein! Ein sechstes „I“ sollte hinzugesetzt werden, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Einklang mit Ihrem Arbeits- und Bauminister. Ideen muss man haben und dafür natürlich auch Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch eine wohl jahrelang anhaltende Diskussion – ich muss erst einmal etwas trinken –

(Heinz Müller, SPD: Prost!)

über eine Struktur- und Gebietsreform im Land ist wohl die interne Hausaufgabe der Landesregierung und Verwaltungen, Landkreisverwaltungen auf kommunaler Ebene und auf Städteebenen, nicht etwa die Erwartungshaltungen der Bürger an die Landespolitik,

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

denn egal, wie viele oder wie wenig breite Striche Sie durch unsere Landkarte ziehen werden, die Bürger sehen sich nicht nach neuer Verwaltungsmacht und Beamtenstadeln, sondern nach Arbeit, nach sozialem Halt in ihrer Heimatregion. Unsere Menschen wollen nicht ständig neu verwaltet werden, sondern unsere Menschen wollen aktiv und sinnvoll mit Arbeit ihr Leben gestalten. Tausende Jugendliche wandern ab – nicht weil ihnen eine Kreisgebietsreform fehlt, nein, einfach die Perspektiven sehen sie im Moment nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich freue mich über die Vision, Herr Ministerpräsident hat sie ja beim Neujahrsempfang ausgesprochen, kinderfreundlichstes Land Deutschlands zu werden. Ich finde das sehr gut, gerade in der Gestaltung der sozialen Lebensqualität können wir durch unsere hervorragenden natürlichen Ressourcen aus dem Vollen schöpfen. Doch so natürlich schön und beschaulich an Bau- und Kulturdenkmälern unser Land ist, wir brauchen genau deshalb auch diese vitalen Innovationskontraste wie das Max-Planck-Institut in Greifswald, Spitzenforschung in der Medizin,

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD:
Kommen Sie mal zum Thema zurück!)

Herr Professor Metelmann hat gestern sehr gute Beispiele gebracht, und wir brauchen auch den Eurorapid, um Mecklenburg-Vorpommern in die wirtschaftlichen Distributionsgebiete wie Berlin, Hamburg und das Ruhrgebiet einzubinden.

(Heiterkeit bei Dr. Martina Bunge, PDS)

Ich freue mich über Ihre Lustigkeit, Frau Dr. Bunge. Ich hoffe, dass Sie das den Menschen dann zum Wahltag wieder erläutern dürfen und dann auch diese Fröhlichkeit beibehalten.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Zum Thema! – Dr. Martina Bunge, PDS: Ich dachte, Sie kommen mal zum Thema zurück.)

Modernes, innovatives, vitales Wirtschaftsdenken bedeutet Entwicklung und Zukunft für unser Land.

Wer kennt ihn nicht, den Satz: Alle Wege führen nach Rom. Können wir uns den gleichen Satz für unser Land auch stellen? Aber wissen wir alle eigentlich um seine geschichtsträchtige Infrastrukturbedeutung?

Und das sage ich jetzt zu meinem verehrten Kollegen Herrn Schult,

(Ute Schildt, SPD: Schulte!)

dass Sie sagen, ist die Frage zur rechten Zeit gestellt. Zum Glück hatten wir die Römer. Man höre und staune: Was in der heutigen Welt Autobahnen und Highways leisten, schafften im Römischen Reich einst so genannte Konsularstraßen. Sie waren in der Regel damals bereits, ich sage Ihnen auch gleich das Zeitalter, 4,10 Meter breit und nach dem Konsul benannt, der ihren Bau begonnen hat, auch ein Anspruch vielleicht für diese Zeit. Die erste und bedeutendste Straße war die Via Appia, immerhin 240 Kilometer lang, benannt nach dem Konsul Appius Claudius Caesar. Sage und schreibe hat uns das Imperium Romanum 100.000 Kilometer Allwetterstraßen hinterlassen. Von Rom aus konnte man mit Pferd und Wagen komfortabel bis Lyon, Paris, Wien, Augsburg, Köln, sogar bis Saloniki reisen. Und die Damaskusroute verband eine Reihe nordafrikanischer Küstenstädte.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum dieser Ausflug?

(Heinz Müller, SPD: Ja, das fragen wir uns auch!)

Genau, Herr Müller, da freue ich mich allein schon über die Frage.

(Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Tolle Geschichtskenntnisse!)

Dieses Straßennetz fand bereits gegen Ende des 1. Jahrhunderts seine Vollendung. Und 1.900 Jahre später fragen Sie, warum wir einen Eurorapid bauen wollen. Das ist doch tragisch!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Straßennetz des Römischen Reiches lieferte bis in das späte Mittelalter hinein die Grundlage für die Blüte von Handel und Verkehr in Europa. Bis zur Erfindung der Eisenbahn im 19. Jahrhundert blieb auch das Tempo im Straßenverkehr genauso. Und ich frage Sie, sehr geehrte Abgeordnete, was für einen Zeitgeist haben wir Deutschen eigentlich? Europäisch reden, alle Tagesordnungspunkte vorher, Europa, Europa in allen Dimensionen, ja?

(Heinz Müller, SPD: Wir sind sogar stolz, alte Europäer zu sein.)

Ja, das ist auch vernünftig. Nur sollten wir auch vielleicht so handeln und nicht immer wieder das Treudeutsche durchgucken lassen.

Seit 1934 liegt das Patent für die Magnetschwebbahn bereit. Es war übrigens ein Fleischerssohn, der 1928 dieses mit seinem klugen Kopf vollbracht hat. 69 Jahre haben wir gebraucht, um uns nicht von unserer eigenen Hochtechnologie überwältigen zu lassen, sondern von den Chinesen, fernab in China wurde es gebaut, obwohl ich mich für die Chinesen mitfreue, das sei angemerkt.

Wir haben Jahre ausgefüllt mit Streckenplanungen, Schreibtischen voller Gutachten, Säle gefüllt mit Bedenkenträgern, Gerichtstermine mit Beschwerdeführern. Indessen ist Finnland auf Platz 1 in Europa durchgestartet, das Hongkong des Nordens, Dänemark hat den Storbelt und den Øresund gebaut und in Schweden wächst die Lundtregion zu einem Herzstück europäischer Forschungs- und Spitzentechnologie heran. Wir selbst vielleicht verpassen diese Aufbruchstimmung und erkennen nicht, dass unser Land nicht auf den Europaverkehr auf der Schiene vorbereitet ist.

Die nächsten fünf Jahre werden entscheidend für die Zukunft unseres Landes sein, wie es uns hier gelingt, von den drei großen Wirtschaftsregionen Berlin, Hamburg und Ruhrgebiet wirtschaftlich erreichbar zu sein, nicht mal nur, dass wir wegfahren, sondern dass wir erreicht werden können. Die Anbindung an den internationalen Fracht- und Luftverkehr muss uns gelingen. Über europäische Netze sich dem Weltmarkt anzuschließen ist dringende Hausaufgabe.

Die europäischen Verkehre werden alle Bundesländer in neue wirtschaftliche Dimensionen führen, so man den Anschluss nicht verpasst. Und ich sage auch ganz klar heute schon, auch die Deutsche Bahn AG gilt es landesseitig schwer im Auge zu behalten in der Verhandlung mit Dänemark zu Scandlines.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr wahr.)

Zur Problematik: Die EU hat 3,6 Milliarden Euro für die Fehmarn-Belt-Querung in Aussicht gestellt, so Dänemark die Eigenanteile aufbringt.

(Beifall Reinhardt Thomas, CDU)

Wenn Mecklenburg-Vorpommern hier nicht sich abzeichnende Interessenlagen im Unternehmen Scandlines erkennt, könnte der Standort Rostock für die Güter- und Kombiverkehre im Ostseeraum auf lange Sicht das Nachsehen haben. Schleswig-Holstein hat die Nase vorn und vielleicht dann auch das Modell Nordstaat.

Wie sagte einst unser großer Klassiker Johann Wolfgang von Goethe? „Um Deutschland ist mir nicht bange, das werden die Lokomotiven tun.“ Vielleicht können wir das auch denken oder vage andeuten, da wir uns ja nicht überrumpeln lassen durch unsere euphorischen Intuitionen. Um eine europäische Wirtschaftspolitik in Mecklenburg-Vorpommern ist mir nicht bange, das wird vielleicht die Landespolitik mit ihrer Entscheidung für einen Eurorapid oder einer Strecke tun. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie genug Mut haben, sich zumindest entscheiden zu können, diesen Antrag in die Ausschüsse zu überweisen. Ansonsten wünsche ich Ihnen viele unterhaltende Märchenstunden für Ihre Enkelkinder. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Skrzepski.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, die Redezeit konstruktiv auszunutzen und zum Thema zu sprechen

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und keinen Wunschbriefkasten aufzumachen.

Frau Skrzepski, so gern ich Ihnen sonst zuhöre, aber ich denke, wäre es ein Aufsatz in der Schule gewesen, hätte darunter gestanden: Leider Thema verfehlt, sehr interessant, aber ...

(Heinz Müller, SPD: Setzen, 5, hätte darunter gestanden.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der PDS wird im Zusammenhang mit diesem offensichtlich doch sehr breiten Thema immer wieder und mit Vorliebe Technologiefeindlichkeit vorgeworfen, die einzig dazu taugt, großartige Investitionsvorhaben zu verhindern. Bei unserem heutigen Thema, meine Damen und Herren, handelt es sich aber um ein Vorhaben, das in der Tat von besonderer Größe ist. Es ist sogar so groß, dass die CDU gleich zwei Namen bemüht, um seine Dimension zu beschreiben, denn mit ihrem vorliegenden Antrag zum Projekt Eurorapid soll ein Vorhaben wiederbelebt werden, das als Transrapid schon vor Jahren in Unehren zu Grabe getragen wurde.

(Jörg Vierkant, CDU: Leider.)

Ich erlaube mir, Sie daran zu erinnern, dass die Grabreden damals nicht nur Trauer um eine moderne Technologie ausdrückten, sondern gleichsam auch den Sieg der Vernunft über das Unvernünftige feierten. Was sich also gegenwärtig hier in Hamburg und in den Niederlanden vollzieht, ist keineswegs eine neue Diskussion, sondern lediglich die Fortsetzung der Bewertung einer Idee. Dabei bedeutet für uns die Fortsetzung der Bewertung eben auch, dass sich die PDS natürlich der Mühe unterzieht, die Entwicklungen der Technologie zu verfolgen und erreichte Ergebnisse immer wieder neu zu beurteilen.

Nur, Herr Born, es gibt leider keine neuen Entwicklungen. Es gibt nur Visionen und Diskussionen über gewünschte transeuropäische Verbindungen, die möglicherweise vielleicht auf der Schwebetechnik beruhen werden. Was den konkreten Gegenstand unserer Parlamentsbefassung jedoch betrifft, kann zu Recht festgestellt werden, dass die technologische Entwicklung auf diesem Gebiet in den vergangenen zwei Jahren durchaus überschaubar geblieben ist.

Der jetzt ins Gespräch gebrachte Eurorapid unterscheidet sich vom alten Transrapid technologisch nun wirklich sehr wenig. Möglicherweise denkt man zurzeit über eine andere Farbe des Zuges nach, denn immerhin gibt es ja auch Auffassungen, die besagen, dass der Transrapid in den Farben der Deutschen Bahn AG weder dem Image der Deutschen Bahn gerecht wird noch das Neuartige der Magnetschwebetechnik ausstrahlt. Nur lösen neue Kleider meistens nicht die Probleme der eigenen Persönlichkeit. Angesichts der technologischen Gemeinsamkeiten scheint es also gerechtfertigt nachzufragen, was denn für oder gegen die so artverwandten Unternehmungen wie Eurorapid, Transrapid oder Metrorapid spricht.

Es ist außer Zweifel, meine Damen und Herren, und das hat auch die PDS niemals bestritten, dass es sich bei der Magnetschwebetechnologie um ein faszinierendes Verfahren handelt, das uns Respekt gegenüber der technischen Meisterleistung von Wissenschaftlern und Ingenieuren abverlangt. Nun wissen wir aber auch, dass technologische Brillanz nicht immer ausreicht, damit sich ein Produkt am Markt durchsetzt. Es gibt eigentlich nur eine Chance für sein Bestehen am Markt: Es muss sich rechnen. Wer da seine Zweifel hat, dem sei ein Gang durch die Archive des Patentamtes empfohlen. Dort lagern Tausende faszinierender Ideen, die nicht verwirklicht werden können oder sollen, weil ihr beschränkter Gebrauchswert oder mangelnde Wirtschaftlichkeit potentielle Investoren zögern lässt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da sind die Chinesen offensichtlich etwas schlauer als wir.)

Die Chinesen haben sich das auch mit 200 Millionen deutschen Steuergeldern versüßen lassen, Herr Dr. Born.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die Strecke! Die Strecke, verehrte Frau Kollegin!)

Ja.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es gibt keine Strecke, die nicht bezuschusst wird beim Bau.)

Sicher gibt es immer noch einige enttäuschte Betrachter, die meinen, dass es die vorige Landesregierung und allen voran die PDS in Mecklenburg-Vorpommern war, die den Transrapid verhinderte. Jenen sei dafür gedankt, dass sie uns einen derartig großen Einfluss überhaupt zutrauen.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

In Wirklichkeit ist aber nicht zu vermuten, dass sich ein schwebendes Investitionsvorhaben von damals 15 Millionen DM aufhalten lässt, nur weil sich ihm 20 Abgeordnete der PDS in den Weg stellen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach, Sie haben es im Koalitionsvertrag festgeschrieben.)

Aber, meine Damen und Herren, sehen wir doch realistisch zurück. Was also sind die Ursachen, die dazu führten, dass jener hoch gelobte Transrapid nicht von Hamburg nach Berlin schweben sollte? Und sehen wir genauer hin!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Weil die 1,6 Milliarden in den Westen gehen sollten. Ganz einfach!)

Was passiert denn derzeit in Nordrhein-Westfalen und was in Bayern? Der Transrapid, Herr Dr. Born,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Weil die 1,6 Milliarden in den Westen gegangen sind. Ja, so ist es!)

scheiterte an seiner eigenen Unvernunft. Sowohl Unternehmensberater, Industrievorstände wie Politiker mussten einsehen,

(Zuruf von Jörg Vierkant, CDU)

dass es nicht ausreicht, Planungsunterlagen mit spitzen Bleistift so lange zu frisieren, bis das Vorhaben eben vernünftig erscheint. Auch eine so großartige Idee muss sich praktisch rechnen, muss wirtschaftlich sein oder wenigstens einen Vorteil gewähren, der so gewaltig ist, dass wenigstens ein wenig Ineffizienz erträglich ist. Aber selbst die prognostizierten Fahrgastzahlen stimmten mit

der Wirklichkeit nur zum Teil überein. Und das unter anderem daraus errechnete Kosten-Nutzen-Verhältnis war so abenteuerlich riskant, dass die Deutsche Bahn AG als einer der beteiligten Betreiber heilfroh war, als das Abenteuer Transrapid zu Ende war.

(Jörg Vierkant, CDU: Die sowieso.)

Und wenn ich vorhin erwähnte, dass sich der technologische Fortschritt in jüngster Vergangenheit in Grenzen hielt, erscheint es mehr als logisch, dass sich die Ungeheimheiten der Vergangenheit auch bei den heutigen Projekten wiederfinden. So liegt beispielsweise eine Begutachtung des Bundesrechnungshofes zu den beiden Magnetschwebbahnverbindungen Metrorapid in Nordrhein-Westfalen und Transrapid in München vor. In beiden Fällen – in beiden Fällen! – kritisiert der Bundesrechnungshof ganz erhebliche Mängel bei der Darstellung der Kosten-Nutzen-Analyse dieser Schwebetechnikzüge.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Punkt für Punkt zeigen die Gutachter, wie mit unrealistischen Annahmen ein akzeptabler Kosten-Nutzen-Quotient herbeigeschrieben wurde. Der Bundesrechnungshof führt in seiner Stellungnahme detailliert aus, an welchem Punkt die angestellten Berechnungen nicht schlüssig sind.

Beispielsweise wurde bei der Ermittlung des Fahrgastaufkommens und den damit verbundenen Erlösen ohne plausiblen Grund vorausgesetzt, dass konkurrierende Bus- und Bahnverkehre mit Inbetriebnahme der Magnetschnellbahnverbindung eingestellt werden. Die Einsparungen, die sich daraus ergeben sollen, dass anstehende Investitionen in die Bahn

(Reinhardt Thomas, CDU:
Die spenden wir dann für China.)

jetzt nicht mehr unternommen werden müssen, sind nach der Auffassung des Bundesrechnungshofes unangemessen hoch veranschlagt. Des Weiteren, Kosten für notwendige Park-and-ride-Anlagen wurden nicht eingestellt.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Auch erforderliche Schallschutzwände wurden nicht mit eingerechnet. Beim Nutzen wurde in der Machbarkeitsstudie eine Komponente „Entlastung des Straßenverkehrs“ hinzugerechnet, wie es bei spurgebundenen Verkehrsmitteln im Gegensatz zur Straßeninvestition bisher nicht üblich ist und wohl bei einer weiteren Individualisierung des Nah- und Fernverkehrs auch nicht zu erwarten ist. Beim Metrorapid ist außerdem nicht berücksichtigt worden, dass Bestellerentgelte notwendig werden.

Die Liste lässt sich fortsetzen. Kritische Betrachter sind gar der Meinung, dass sich die Machbarkeitsanalyse zu den erwähnten Strecken wie eine Gebrauchsanweisung zum Schönrechnen von unsinnigen Projekten liest.

(Reinhardt Thomas, CDU: Deswegen
will China auch die Großstädte mit
dem Transrapid verbinden, nicht?!)

Meine Damen und Herren, dass sich die erklärten Gegner des Metrorapid über diese Kritik des Bundesrechnungshofes freuen, liegt auf der Hand und es ist ihnen natürlich auch nicht übel zu nehmen.

Gestatten Sie mir aber, Ihnen die Reaktion des bayerischen Verkehrsministers, des Herrn Otto Wiesheu von der

CSU, der ja unbestritten zu den Protagonisten des Transrapid zählt, zur Kenntnis zu geben. Seine Reaktion in der Presse auf den Bericht des Bundesrechnungshofes vom 28. Juni im letzten Jahr zeigt die ganze Schizophrenie der kritiklosen Befürworter. Ich zitiere aus dieser Pressemitteilung. Dort heißt es: „Insgesamt sieht Wiesheu sich durch den Prüfbericht bei den von ihm vorgebrachten Kritikpunkten an der Machbarkeitsstudie größtenteils bestätigt.“ Und weiter im Detail: „Auch bei der unüblicherweise mit einberechneten Entlastung des Straßenverkehrs hat Bayern im Projektbeirat grundsätzliche Bedenken geäußert.“ Um aber die eigene Position doch noch zu retten, kommt Wiesheu dann zu dem Schluss, „daß die Kritik des Bundesrechnungshofs ‚damit zu 80 % das Metrorapid-Projekt‘ trifft“, und setzt dem Ganzen dann noch die Krone auf, indem er feststellt: „Außerdem würde sich beim Metrorapid-Projekt der Nutzen-Kosten-Quotient massiv reduzieren, wenn die Bestellerentgelte des Landes nicht in die Berechnung einfließen würden.“ Das heißt, die Kosten wachsen gegenüber dem Nutzen und sie müssen ausgeglichen werden, zum Beispiel oder höchstwahrscheinlich durch höhere Fahrpreise für die Nutzer. So weit Bayerns Verkehrsminister Otto Wiesheu von der CSU.

Meine Damen und Herren, angesichts derart harscher Kritik an den Zahlenakrobaten, die es doch nur gut mit der schönen Technologie meinen, können einem die Vertreter der Industrie auch schon fast Leid tun,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie reden über eine
Straßenbahn in Nordrhein-Westfalen.
Das dürfen Sie nicht vergessen.)

wenn sie sich jetzt auch noch an so einem Wagnis wie dem Eurorapid beteiligen sollen.

Ich rede vom Eurorapid, von der Schwebetechnik.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Von einer Straßen-
bahn in Nordrhein-Westfalen. Das hat
nichts mit einer Fernstrecke zu tun.)

So las ich am 24. Januar in der „Westfälischen Rundschau“, ich zitiere: „Nach langem Zögern haben sich die beiden Transrapid-Hersteller Siemens und Thyssen-Krupp“ – nach langem Zögern! – „doch bereit erklärt, sich mit 200 Millionen Euro zu beteiligen.“

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

„Vermutlich“ – so die „Rundschau“ – „sind die Firmenchefs bereits beim Start der Magnetschwebbahn in China durch Kanzler und NRW-Ministerpräsidenten ‚schanghait‘ worden. In der Seemannssprache bedeutet dies das zwanghafte Anheuern von Matrosen –“

(Beifall Peter Ritter, PDS)

„vermutlich“ fühlten sich die Hersteller! – die Hersteller! – „ähnlich bedrängt, als sie von der Politik in das Boot der Finanzierung“ (der neuen Technik) „geholt worden sind.“

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

„Es könnte sonst aber kaum jemand verstehen, wenn Firmen, die von einem Durchbruch sprechen und ihre Technik in den höchsten Tönen loben, keinen finanziellen Startschub leisten wollen. Glauben sie an die Vorteile der Schwebetechnik, müssen sie sich auch mit Investitionen beteiligen.“ So weit die „Rundschau“. Und da sage ich: Das ist wohl richtig so.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Allerdings komme ich an dieser Stelle nicht drum herum, unserem neuen Bundesverkehrsminister Herrn Stolpe ein Kompliment zu machen. Schließlich hat er trotz aller Großzügigkeit bei der Bereitstellung von reichlich Fördermilliarden für den Metrorapid quasi als oberster Dienstherr der Deutschen Bahn AG weitsichtige Vorsicht walten lassen. Herr Stolpe möchte die Bahn AG aus den Reihen der beteiligten Unternehmen doch lieber heraushalten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das glaubt er wohl. –
Jörg Vierkant, CDU: Das ist auch sinnvoll.)

Mir scheint, er will sie zu Recht vor einem unkalkulierbaren Risiko schützen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die von der
Bremsfusion stehen ständig drauf.)

Und da sage ich, so geht man verantwortlich mit Steuergeldern um.

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Jörg Vierkant, CDU)

Meine Damen und Herren, einen Punkt des vorliegenden CDU-Antrages möchte ich dann noch einmal aufgreifen, die geforderte Aufnahme des Transrapid-Projektes in den vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes.

(Jörg Vierkant, CDU: Die
Lufthansa muss da mit rein.)

Ich rede jetzt über den Bundesverkehrswegeplan.

Meine Damen und Herren von der CDU, ist Ihnen in den letzten Jahren in der Opposition der Bezug zur bundesdeutschen Wirklichkeit tatsächlich schon so unübersehbar abhanden gekommen? Kennen Sie die Zusammenhänge von Staatseinnahmen und -ausgaben so wenig und sind Ihnen die Grundsätze der Verteilung der Mittel in einer föderalen Struktur schon so fremd, dass Sie diesen Antrag hier stellen?

(Jörg Vierkant, CDU: Überhaupt nicht! Überhaupt nicht!)

Gestatten Sie mir, Sie mit einem einfachen Bild wieder an die Zusammenhänge heranzuführen. Der Möbelfabrikant versteht sich in Konkurrenz zum Automobilhersteller, nicht etwa, weil er meint, dass man mit seinem Sofa bequemer reist, sondern weil er weiß, dass sich der Eigentümer des Geldes irgendwann entscheiden muss, wofür er es ausgibt – entweder für ein neues Auto oder für ein neues Sofa. Sie aber, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, sollten sich durchringen, endlich einmal Prioritäten zu setzen. Heute ist es der Eurorapid, den Sie im Bundesverkehrswegeplan prioritär gesetzt haben wollen, gestern war es die Autobahn A 14, davor sollte der Autobahnzubringer nach Rügen Priorität haben und morgen wird es vielleicht eine feste Brückenverbindung von Rostock nach Gedser sein. Früher wäre Ihnen doch klar gewesen, dass der maßlos unterfinanzierte Bundesverkehrswegeplan aus allen Nähten platzt. Wenn Sie jetzt fordern, dass der sündhaft teure Transrapid auch noch aus diesem Topf finanziert werden soll, können Sie damit nur meinen, dass eine Reihe anderer Verkehrsprojekte in Mecklenburg-Vorpommern aus diesem Programm herausgenommen werden sollen.

(Jörg Vierkant, CDU: Weil Fortschritt Sünde ist.)

Da ich bereit bin, Ihnen eine gewisse Ernsthaftigkeit bei Ihrem Antrag dennoch zu unterstellen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Oh, oh, oh!)

bitte ich Sie, mich und die interessierte Öffentlichkeit jetzt einmal darüber zu informieren, welche Verkehrsprojekte wollen Sie denn dem Eurorapid gerne opfern.

(Dr. Ulrich Born, CDU: In Nordrhein-Westfalen
die Eisenbahnstrecke, die wollen wir nicht.)

Meine Damen und Herren, glaubt wirklich immer noch jemand im Saal, die PDS verhindere das Losschweben von Transrapid-Bahnen? Wir machen lediglich darauf aufmerksam, dass wir eine Verkehrspolitik für falsch halten, die finanzielle und materielle Ressourcen sowie Humankapital für unvernünftige Prestigeobjekte verschleudert,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

anstatt sie zum Ausbau einer flächendeckenden, bezahlbaren und gerechten Verkehrsinfrastruktur zu verwenden. Dazu gehören ein bezahlbarer Schülertransport und zeitsparende Ortsumgehungen ebenso wie ein ineinander verzahnter öffentlicher Personennahverkehr und ein Schienenpersonennahverkehr,

(Jörg Vierkant, CDU: Pferde-
gespann und Leiterwagen.)

ein ökologisch sinnvoller Gütertransport auf der Schiene genauso wie ausgelastete Fährverbindungen zwischen den Ostseeanrainern.

Ich danke Ihnen. Die PDS-Fraktion wird diesen Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Petters für die Fraktion der CDU.

Andreas Petters, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte zunächst drei Vorbemerkungen:

Dr. Born hat in seiner Rede ausführlich zum Planfeststellungsverfahren Stellung genommen. Ich denke, darauf hat der Minister überhaupt keine Antwort gegeben. Und ich finde es einfach ignorant, wenn man überlegt, wie viel Gelder in dieses Planungsverfahren hineingegangen sind, dass man einfach Steuergelder in den Sand setzen möchte. Aber das scheint hier überhaupt kein Thema zu sein.

Die zweite Vorbemerkung. Ich finde es eigentlich schade, dass wir nach der heutigen Handwerkerdemonstration dieses wichtige Thema auch für die regionale Wirtschaft, gerade in Westmecklenburg, in einer solchen Freitags-Nachmittag-Stimmung abfeiern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS:
Es ist ja erst Donnerstag.)

Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Thema.

Und drittens finde ich es einfach ein Armutszeugnis für die direkt gewählten Abgeordneten aus dem Landkreis Ludwigslust, dass sie sich zu diesem Thema hier nicht gemeldet haben, dass sie nichts dazu zu sagen haben, weil sie genau wissen aus den täglichen Diskussionen, wie wichtig dieses Thema noch für die Wirtschaft im

Landkreis Ludwigslust und im Landkreis Parchim ist. Wir haben zu wenig Aufträge.

(Angelika Gramkow, PDS: Na, das ist doch!)

Und aus diesem Grunde müssen wir auch diese Chancen ansprechen. Das gehört auch dazu, wenn man direkt gewählter Abgeordneter ist, meine Damen und Herren.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie wollten doch den Transrapid ganz woanders langfahren lassen und nicht bei Ludwigslust.)

Ich möchte vielleicht – und da ist Frau Schwebs sicher ganz interessiert, was wir uns denn insgesamt bei einigen Aspekten gedacht haben – etwas mehr dazu sagen. Denn wer den Landkreis Ludwigslust kennt, der weiß, wie die Verkehrssituation dort ist. Und ich danke noch mal der Abgeordneten Skrzepski, die so leidenschaftlich – und ihr Wahlkreis ist ja auf Rügen – für den Einsatz dieser Technik gestritten hat.

(Beifall Karin Strenz, CDU)

Und ich sage Ihnen ganz klar: Wenn Sie im Landkreis Ludwigslust leben und wissen, dass aus der Region Schwerin, Parchim, Ludwigslust jeden Tag 17.000 Menschen Richtung Hamburg pendeln, dann müssen Sie auch dies unter den Aspekten des Nah- und Fernverkehrs sehen und nicht einfach so tun,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ach, das wird durch den Transrapid geändert, Herr Petters?! Ich fass das nicht!)

als wenn das eine Technologie wäre, wo wir nur warten müssen, dass die Niederländer jetzt den Startschuss geben.

Und, Frau Seemann, wenn Sie meinen, sich hier mit einzubringen. Ich denke mal, Sie waren ja auch in diesem Verein, der gegen den Transrapid war.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ja, aus sachlichen Gründen.)

Und aus diesem Grunde haben Sie da jetzt eigentlich nichts Konstruktives beizutragen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Weil mir der Landkreis Ludwigslust am Herzen liegt – im Gegensatz zu Ihnen.)

Vielleicht interessiert es Sie, wie sich der Schienenpersonennahverkehr und -fernverkehr aus dem Landkreis Ludwigslust, Schwerin in Richtung Hamburg gestaltet.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich wohne nämlich schon immer im Landkreis Ludwigslust, Herr Petters.)

Kümmern Sie sich doch bitte um Ihr Gender-Mainstreaming! Da können Sie sich mehr einbringen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Herr Petters, jetzt reicht es aber! Bleiben Sie doch sachlich! – Zuruf von Peter Ritter, PDS – Angelika Gramkow, PDS: Sie können auch aufhören. – Glocke des Vizepräsidenten)

Ich kümmere mich um diejenigen Berufstätigen, die in Hamburg arbeiten und jeden Tag ein Verkehrsmittel benötigen, meine Damen und Herren.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir haben auch gute Verkehrsmittel. – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Sie haben ein Verkehrsmittel – ich bitte Sie!

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, die Zugverbindung ist auch nicht schlecht.)

Fahren Sie nach dem Fahrplanwechsel einmal nach Hamburg! Das möchte ich Ihnen wirklich empfehlen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich fahre öfter nach Hamburg mit dem Zug, Herr Petters.)

Ja?

(Angelika Gramkow, PDS: Das sollten Sie nicht glauben, ich lasse den Dienstwagen sogar mal stehen. Sie sind arrogant und ignorant in Ihren Ausführungen.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte die Würde des Hauses zu beachten und den Redner aussprechen zu lassen.

(Angelika Gramkow, PDS: Dem kann man ja nicht zuhören. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Dr. Ulrich Born, CDU)

Andreas Petters, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Nach dem Fahrplanwechsel gibt es teilweise Wartezeiten von über einer Stunde in Hagenow. Und Sie kennen die Bahnhöfe, die wir dort haben:

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

ohne sanitäre Einrichtungen, ohne jegliche Möglichkeit, sich bei schlechtem Wetter unterzustellen. Und das, sagen Sie einfach, das ist eine attraktive Nahverkehrsverbindung?! Oder ich denke – auch die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses müssen das ganz klar sagen können – auch an Fernverkehrsverbindungen nach Hamburg. Wir haben zwischen Düsseldorf und Schwerin nicht einmal einen Kaffee bekommen können. Wissen Sie das? Und das sind sechs Stunden Fahrzeit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ooh! – Harry Glawe, CDU: Das hat die PDS verhindert. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Nach diesem Fahrplanwechsel, meine Damen und Herren, ist es natürlich auch noch zu Verzögerungen gekommen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Herr Präsident, ich meine, dass es nicht möglich ist, hier zu reden.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich habe gedacht, wir können es tolerieren, weil sich wieder alle einkriegen.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Also ich möchte die Damen und Herren Abgeordneten doch noch einmal bitten, der Sitzung zu folgen und den Redner ordnungsgemäß ausreden zu lassen.

Andreas Petters, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Zudem kommen nicht nur Verzögerungen aufgrund des Fahrplanwechsels – und da hat das Verkehrsministerium ja auch wesentlich mitgearbeitet –, sondern auch durch die Bauarbeiten

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, richtig.)

an der Strecke Hamburg–Berlin dazu.

(Angelika Gramkow, PDS: Die wollten wir ja gerne, die Strecke.)

Die wollen wir ja haben,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

weil das ja auch eine moderne Technik ist, Frau Kollegin.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Aber nicht die Begleiterscheineungen.)

Und wissen Sie, auch wenn diese Fernverkehrsstrecke jetzt modernisiert werden soll, haben wir, denke ich mal, gerade im Fernverkehr mit dem Eurorapid eine ganz wichtige Alternative für diese Strecke, die mit viel, viel Geld zwischen Hamburg und Berlin schon mal im Rahmen des Projektes Deutsche Einheit Nummer 1 instand gesetzt worden ist und jetzt für viel Geld – 52 Millionen Euro! – und für einen geringen Nutzen modernisiert werden soll, um eine schnellere Fahrzeit zu erreichen. Und wenn wir ein alternatives Verkehrssystem für den Fernverkehr zur Verfügung stellen würden, hätten wir wunderbare Nahverkehrsbedingungen für den Raum Schwerin/Hamburg. Und da gibt es wirklich Probleme. Und wenn Sie einfach so darüber lächeln, dann sprechen Sie doch mal mit den Menschen vor Ort! Das machen wir zum Beispiel.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Petters, ich lebe sogar da.)

Das ist hier kein Dialog.

(Angelika Gramkow, PDS: Und viel, viel länger als Sie.)

Wissen Sie, im Rahmen der Verbesserungen dieser Fernverkehrsstrecke zwischen Hamburg und Berlin müssen insgesamt 18 Bahnübergänge geschlossen werden, ohne dass die betroffenen Gemeinden etwas davon haben. Weder in Grabow noch in Boizenburg wird der Intercity zwischen Hamburg und Berlin halten. Aber die Kosten dürfen sie tragen

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS – Dr. Margret Seemann, SPD: Aber der Transrapid wird da halten!)

Ich spreche hier über die Berufstätigen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das Thema ist Eurorapid und nicht irgendwas anderes.)

Ja, aber das müssen Sie doch mal im Zusammenhang sehen!

(Zuruf von Birgit Schwebs, PDS)

Da hilft dieser Tunnelblick einfach nicht.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und wenn Sie an die Finanzbelastungen der zuständigen Kommunen denken, meine Damen und Herren, dann werden Sie nicht mehr so lachen, und wenn wir davon hören bei der zugegeben schlechten Finanzausstattung unserer Gemeinden. In einer Kleinen Anfrage hat der Innenminister gesagt: Ja, wir geben es zu, dass die Finanzsituation der Städte Grabow, Boizenburg, Derselow

(Angelika Gramkow, PDS: Dömitz.)

und so weiter sehr schlecht ist.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Derselow ist keine Stadt, Herr Petters. Das sollten Sie wissen.)

Und diese Kommunen sollen 6 Millionen Euro aus ihrer Stadt für ein Projekt investieren, das für sie überhaupt nichts bringt. Ich meine, da können Sie drüber lächeln, aber das Innenministerium hat mir bis jetzt noch nichts gesagt, sie überlegen, wie sie diese Kommunen unterstützen, die ja allesamt – alle Kommunen – von der DB AG nach Eisenbahnkreuzungsgesetz verklagt worden sind, ein Drittel der Kosten zu zahlen. Und das ist ja noch nicht alles, meine Damen und Herren! Diese Kommunen – und die Kommunen sollten uns so wichtig sein, dass Sie hier auch zuhören, meine Damen und Herren,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Herr Petters, wer hat das Eisenbahnkreuzungsgesetz gemacht?)

das ist uns wichtig –, diese Kommunen müssen zusätzlich noch – und wir haben hier ja auch Abgeordnete aus diesem Landkreis – die gesamten Absicherungsmaßnahmen zahlen, denn bei Durchfahrten des ICE darf kein Fahrgast auf diesem Bahnsteig sein.

(Ute Schildt, SPD: Aber wir sprechen doch jetzt über Eurorapid.)

Und das wird nicht in einer Drittellösung erbracht.

(Beifall Gesine Skrzepski, CDU)

Deswegen, denke ich, meine Damen und Herren, als Alternative müssen wir hier ganz klar auch den Eurorapid ins Kalkül ziehen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da kann Frau Gramkow den Haushalt gar nicht umstricken, dass das alles so geht. – Angelika Gramkow, PDS: Das ist so was von billig. Als wenn wir das allein machen könnten, Herr Born.)

Ich möchte, dass unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine gute Nahverkehrsverbindung haben. Dazu haben wir eine Strecke mit staatlichen Geldern instand gesetzt. Und ich möchte, dass eine Fernverkehrsalternative durch den Eurorapid erbracht wird, und ich möchte, dass wir nicht so lange warten, bis endlich die Niederländer anfangen. Wir können auch von uns, aus unserer Richtung anfangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Wir bauen aus zwei Richtungen und irgendwann treffen wir uns.)

Und ich denke, ganz klar, meine Damen und Herren, nehmen Sie doch mal Kontakt auf, auch wenn Sie sich das so nicht vorstellen können, nehmen Sie Kontakt auf mit Ihrem Kollegen in Hamburg, der wird Sie gerne empfangen! Und wenn Sie das nicht machen möchten, wir können Ihnen da auch gerne einen Termin besorgen, Herr Minister.

Wie gesagt, ich sage ganz klar: Lassen Sie die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Ludwigslust nicht weiter zappeln! Sie würden gerne Verbesserungen im Nahverkehrsnetz sehen und sie würden natürlich auch gerne, wenn man ihnen die Gelegenheit gibt,

(Ute Schildt, SPD: Was denken Sie, was die Menschen in Demmin wollen?!)

wer das möchte, eine Anbindung mit dem Transrapid Richtung Hamburg in Kauf nehmen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Dann müssen Sie mal mit den Leuten im Landkreis Ludwigslust reden, Herr Petters!)

Ich rede jeden Tag mit den Menschen und nicht nur Sie.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich rede schon ein paar Jahre länger mit denen.)

Und ganz klar muss ich Ihnen sagen: Über Image haben wir ja gestern gesprochen und da wurde ich ja auch schon nicht verstanden. Ich hoffe, dass Sie mich heute verstehen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Woran das wohl liegt?)

Es ist einfach so, ...

(Dr. Margret Seemann, SPD: 70 Abgeordnete verstehen mal nichts.)

Es ist einfach so, meine Damen und Herren,

(Heinz Müller, SPD: Das ist wie mit den Geisterfahrern.)

für diejenigen Geschäftsreisenden, die nicht mit dem Bummelzug von Hamburg nach Schwerin fahren wollen, um den Minister zu besuchen, wäre der Transrapid, Euro-rapid eine sehr gute Alternative.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Und ich denke einfach, diesen Tunnelblick, den können wir uns hier als Parlament Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr erlauben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Viel Geld für eine sehr alte Technologie auszugeben! Und der Transrapid – das habe ich ja heute gehört – ist ja schon eine alte Technologie. Die Bahntechnologie ist noch wesentlich älter. Und wer mit der Bahn mal fährt – und die wenigsten tun das –, weiß genau, was sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer morgens in Richtung Hamburg und zurück antun, denn sie gefährden durch diese Verzögerungen ihre Jobs. Und wir sind froh in Westmecklenburg, dass wir diese Metropolregion Hamburg haben,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

sonst hätten wir auch nicht die niedrigste Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich weiß, Sie wollen alle nach Hause. Ich hoffe, dass dieser Antrag überwiesen wird.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heinz Müller, SPD: Ach was! – Dr. Margret Seemann, SPD: Wer hat denn das gesagt? – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Vielleicht hat der eine oder andere noch etwas dazu zu sagen. Ich würde mir wünschen, wenn wir über dieses wichtige Nahverkehrs- und Fernverkehrsprojekt Eurorapid in dieser Region Westmecklenburg auch im Ausschuss diskutieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Petters.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/162 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Bauausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Bei Zustimmung der Fraktion der CDU und einer Zustimmung der Fraktion der SPD, bei einer Stimmenthaltung der SPD, ansonsten Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS ist dieser Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Ich komme damit zur Abstimmung des Antrages in der Sache. Wer dem vorliegenden ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bei der PDS! Eine Stimmenthaltung bei der PDS.)

Bitte?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Eine Stimmenthaltung auch bei der PDS. – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Zwei Enthaltungen, also auch noch eine bei der PDS – fürs Protokoll.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Wer dem Antrag auf der vorliegenden Drucksache 4/162 in der Sache zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Zustimmung der Fraktion der CDU, jeweils einer Stimmenthaltung bei der SPD- und PDS-Fraktion, ansonsten Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich möchte die Mitglieder des Ältestenrates daran erinnern, dass um 15.20 Uhr die Sitzung des Ältestenrates stattfindet.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie gleichzeitig darauf hinweisen, ...

Vielleicht können wir hier die Sitzung ordnungsgemäß beenden. Danke.

... dass im Ältestenrat vereinbart worden ist, die Sitzung des Landtages am 9. April um 15.00 Uhr zu beenden,

(Heinz Müller, SPD: Und wann ist Beginn?)

so dass allen Mitgliedern des Hauses die Möglichkeit freisteht, an der Festveranstaltung „100 Jahre Industrie- und Handelskammer“ in Rostock teilzunehmen.

(Ute Schildt, SPD: Das ist gut. – Angelika Gramkow, PDS: Gut.)

Damit berufe ich die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 12. März, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Danke schön.

Schluss: 14.56 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Sigrid Keler, Rainer Prachtl, Wolfgang Riemann, Volker Schlotmann und Dr. Henning von Storch.